Nr. 62 — Halle (Saale), Sonnabend den 14. März 1914 — 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die Garpaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Ist Demokratie möglich?

Die Macht des Proletariats liegt in seiner Zahl. Keine andere Quelle der Macht steht ihm zur Verfügung. Aber diese genügt, um ihm den schließlichen Sieg im Klassenkampfe zu verbürgen. Denn seine Ueberzahl ist riesengroß und wächst noch immer mehr infolge der wirtschaftlichen Entwicklung. Von den rund 26 Millionen Erwerbstätigen, die es 1901 in Deutschland gab, waren fast 20 Millionen Arbeiter; heute sind es sicherlich noch mehr. Wie sollte man daran zweifeln, daß zuletzt der Tag kommen muß, an dem sich diese Riesenmassen nicht mehr von einer winzig kleinen Zahl Besitzender beherrschen lassen werden.

Jedoch die Zahl allein tut's freilich nicht. Es ist gerade keine neue Weisheit, daß die Massen organisiert sein müssen, um ihre Macht zur Geltung zu bringen. Das lehrt nicht nur die Kriegsgeschichte aller Zeiten, daß kleine Heere, wenn sie wohl organisiert und diszipliniert waren, den Sieg erfochten gegen übermächtige Gegner; das lehrt auch die wirtschaftliche Entwicklung. Nur durch Vereinigung, Zusammenhalt, Organisation konnten die wirtschaftlichen Gruppen zur Anwendung ihrer Macht gelangen.

Man sollte meinen, niemand habe dies klarer begriffen, als die Sozialdemokratie. Seit Jahrzehnten besteht ja ihre Tätigkeit hauptsächlich darin, die weiten Massen des Proletariats aufzurütteln, zur Erkenntnis dieser Wahrheit und dadurch zum Zusammenschluß zu bringen. Agitation und Organisation, das ist das A und O aller sozialdemokratischen Tätigkeit.

Aber man erwächst aus der Organisation selbst eine neue Gefahr. Große Mengen hat die sozialdemokratische Partei auf diese Weise auf die Beine gebracht. Zwar ist es immer noch die Minorität; aber wenn es gelungen ist, von 20 Millionen deutscher Proletarier über 4 Millionen zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels und über 2 Millionen zum Anschluß an die freien Gewerkschaften zu bringen, so will das schon etwas heißen. Mit Recht kann man sagen, daß hier bereits ein organisiertes und diszipliniertes Massenheer zur Verfügung steht. Reicht es freilich noch nicht aus, um den endgültigen Sieg zu erringen, weil neben ihm immer noch 16 bis 18 Millionen Gleichgültiger stehen, von denen erst noch mindestens ein erheblicher Teil auf die gleiche Art gewonnen werden muß, so ist doch der Wunsch verständlich, mit den bisher zusammengebrachten Kämpferscharen etwas Positives zu erreichen. Es ist durchaus verständlich, daß man sich nicht immer bloß mit der Gewinnung neuer Kämpfer begnügen will, sondern daß man einmal die bisher gewonnene Macht anwenden, daß man etwas durchsetzen will, was uns dem Ziele, der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei, näher bringt.

Die Frage, was man zunächst erreichen und wie man es erreichen will, soll uns hier nicht beschäftigen. Vielmehr kümmert uns das Organisationsproblem an sich. Wir haben uns gewöhnt, das Wort „Organisation" einfach in dem Sinne von Zusammenschluß zu gebrauchen. Ein Arbeiter ist „organisiert", wenn er Mitglied der Partei und der Gewerkschaft ist. Das ist aber nicht der eigentliche Sinn des Wortes. Vielmehr ist eine Körperschaft dann organisiert, wenn sie „Organe" hat, mit denen sie etwas auszuführen in der Lage ist. Die Tatsache der großen Mitgliederzahl allein genügt nicht; vielmehr müssen diese Mitglieder tätig sein, und zwar planmäßig; durch ihr planmäßiges Zusammenarbeiten muß irgendetwas erreicht werden.

In der Tat ergibt sich ja das durch die praktische Arbeit ganz von selbst. Will die Gewerkschaft z. B. einen Streik durchführen, so wird alsbald ein Streikkomitee gewählt, das sich sogar noch einen Obmann einsetzt. Sollen politische Erfolge erzielt werden, so werden Abgeordnete gewählt; die Wahlen selbst erfordern einen weitverzweigten Apparat verschiedener Organe; ja bloße Massendemonstrationen machen Leiter, Veranstalter, Ordner nötig, jede Versammlung braucht einen Vorsitzenden, einen Redner usw. Mit einem Wort: innerhalb der zusammenhaltenden Masse beginnt eine Scheidung, beginnt die „Organisierung" in eigentlichem Sinne; es bilden sich Organe zur Erledigung der verschiedenen Geschäfte.

Nicht alle, aber einen Teil dieser Organe nennt man Führer. Sobald also die Organisation zu wirken beginnt, heben sich aus der Masse Führer empor, was, wie wir gesehen haben, unter keinen Umständen zu vermeiden ist. Also bald sind unsere Gegner bei der Hand mit der Behauptung, daß hiermit die Unmöglichkeit aller wahren Demokratie erwiesen sei. Denn Demokratie bedeutet doch die Selbstherrschaft der Masse. Jedes Führertum jedoch bringe notwendig eine Bevormundung der Masse durch die Führer mit sich. Die Entscheidungen werden von den Führern getroffen, die Masse kann dabei nicht mitwirken. Es sei also in Wahrheit eine neue Aristokratie oder Oligarchie (Herrschaft einiger Wenigen) geschaffen, aber keine Demokratie. Professor Delbrück, in seinem jüngst erschienenen Buche über Regierung und Volkswille, schildert, wie es innerhalb der sozialdemokratischen Massen doch nur ein kleiner Teil ist, der regelmäßig die Versammlungen besucht und sich um die Parteigeschäfte kümmert. Diese kleine Zahl von Versammlungsbesuchern faßt die Beschlüsse, nach denen sich alle zu richten haben, wählt die Vorstände, die Beamten, die Delegierten zum Parteitag, und diese Vorstände, Beamten und Delegierten üben tatsächlich die Regierung innerhalb der Partei aus, bestimmen z. B., wer Abgeordneter werden soll usw. Die große Masse der Parteimitglieder beschränkt sich darauf, die von jenen gefaßten Beschlüssen auszuführen. Sie denkt und handelt also nicht selbst, sondern läßt sich bevormunden.

Es kann uns natürlich nicht einfallen, die Wahrheit und das Gewicht dieser Angaben zu bestreiten. Nur sind die beiden Schlüsse, die unsere Gegner gewöhnlich daraus ziehen, falsch. Sie meinen nämlich, es sei hiermit die Unmöglichkeit aller wahren Demokratie erwiesen, und es sei demnach besser, an dem „altbewährten" System der Aristokratie, die Oligarchie oder der Monarchie festzuhalten.

Um zunächst das zweite vorweg zu nehmen, so liegt ja wohl auf der Hand, daß die Mängel, die der gegenwärtigen Demokratie nachgesagt werden, nämlich die Unselbständigkeit und Bevormundung der Massen, jedem anderen Regierungssystem in noch viel höherem Grade anhaften. In der Aristokratie, der Oligarchie, der Monarchie wird es den Massen als heilige Pflicht hingestellt, sich bevormunden zu lassen; Hochverräter und Verbrecher ist, wer sich dagegen auflehnt. In der Demokratie hängt es schließlich von ihnen selbst ab, ob und wie lange sie sich bevormunden lassen. Daß aber die geborenen Führer in der Aristokratie und Monarchie die Massen mehr zu deren eigenem Besten leiten als die gewählten Führer der Demokratie, das kann nur jemand glauben, der den wirtschaftlichen Zusammenhängen mit so absoluter Unkenntnis gegenübersteht, wie der als Historiker mit Recht angesehene Professor Delbrück.

Wichtiger jedoch ist die andere Frage, ob nicht durch jene von uns zugegebenen Mängel der gegenwärtigen Demokratie die Unmöglichkeit aller wahren Demokratie überhaupt erwiesen sei? Um sie zu beantworten, brauchen wir nur der Ursache jener Mängel nachzuspüren. Warum bleiben die Massen den Parteigeschäften gegenüber lässig? Warum sind sie nicht in der Lage, die Führer als das zu behandeln und zu kontrollieren, was sie wirklich sind, nämlich als die Beauftragten der Masse, die zwar nicht im mindesten weniger Rechte haben als jedes andere Mitglied, aber auch durchaus keine Vorrechte? Warum lassen sie sich mehr oder minder bevormunden? Ganz einfach deshalb, weil es ihnen an der nötigen Zeit und der nötigen Bildung mangelt. Es fehlt heutzutage den Massen noch gar sehr diejenige Gewöhnung an Selbständigkeit, die nur eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit und ein gewisser Bildungsgrad verleiht. Die Massen werden ihre Geschäfte in dem Maße immer mehr selbst in die Hand nehmen, wie ihre wirtschaftliche und geistige Selbständigkeit wächst.

Damit zeigt sich, daß wir durchaus auf dem rechten Wege sind. Mit all ihren durchaus nicht abzuleugnenden Mängeln ist die gegenwärtige Demokratie doch schon ein hübscher Fortschritt gegenüber all jenen Regierungsformen, welche prinzipiell die Unterordnung der Massen unter die Führer fordern. Und die wirtschaftliche Entwicklung, die schließlich — wenn auch erst in einer sozialistischen Zukunft — jedem das tägliche Brot und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern wird, besonders aber die intensive Bildungsarbeit wird zuletzt auch die wahre Demokratie verwirklichen.

Frankreich und die internationale Lage.

Aus Paris schreibt man uns: Herr Doumergue ist, wie männiglich bekannt, Präsident der französischen Regierung und zugleich Minister des Aeußeren. Er hatte also bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern das obligate Exposé über die „auswärtige Lage" zu geben.

Herr Doumergue ist ein „braver Mann", dem man keine staatsmännischen Pläne, noch machiavellistische Absichten zutrauen darf. Wenn es nach ihm ginge, würde er die schwierigsten Probleme mit einem Lächeln und einem freundschaftlichen Händedruck „lösen". Er ist auch nicht ein Mann der feingeschliffenen Rede und der wohlerwogenen Phrase. Bei ihm macht der Ton die Musik. Er ist nun aber einmal der regierende Staatsmann Frankreichs und hatte sich also pflichtgemäß über die Balkanfrage mit ihren kleinasiatischen Eisenbahn- und Einflußzonen zu äußern. Er mußte über das mexikanische Abenteuer reden, über die Erdrosselung der chinesischen Republik mit Hilfe eines internationalen Finanzkonsortiums, über das Verhältnis zu Spanien in Marokko, über die Politik der Tripelentente und dabei natürlich auf das plötzliche Geschrei der bürgerlichen Presse Deutschlands, über die slawische Gefahr mit Hilfe des französischen Geldes, antworten.

Herr Doumergue wartete nicht ab, daß ihn die verschiedenen Redner aufstragten, sondern besteig als erster „Redner" die Tribüne und verlas was er zu sagen für gut fand. Im allgemeinen ist Herr Doumergue sich selber treu geblieben. Wenn er die verschiedenen Probleme berührte, so geschah das in der offenbaren Absicht, aller Welt zu versichern, daß keinerlei Grund vorhanden sei, durch unnötige Aufregung sich die Verdauung zu stören, daß alle Regierungen von aufrichtem Friedenswillen beseelt seien und daß, wenn es hie und da ein hitzchen Krieg gebe, die „Kraft des Rechts" schließlich siegreich sein werde. Die „Kraft des Rechts" kommt mehrmals in der Rede des Herrn Doumergue vor. Es klingt so schön, so männlich und friedfertig zugleich — und es steckt so gar nichts dahinter. Als charakteristisch für die Politik und das Rednertalent des Herrn Doumergue zitieren wir folgenden Satz: „Keine versteckte Absicht nährend, kein Ziel verfolgend, das es nicht eingestehen könnte, übt Frankreich eine Politik des hellen Tages und der Loyalität, entschlossen, andernteils in der Welt den Platz zu behaupten, auf den ihn der Ruhm seiner Vergangenheit, seine Kultur, die erfindungsreiche und stetige Arbeit seiner Bürger in allen Zweigen der wirtschaftlichen und industriellen Aktivität ein Recht gibt und den ihm garantiert seine militärische und maritime Macht, die es stark will, nicht um irgendwen zu bedrohen, sondern um über die Verteidigung seiner Würde, seiner Interessen und über die Prinzipien der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu wachen, die die Sprungfedern der modernen Zivilisation sind." Ist das nicht rührend? Man wird vergebens nach einem Satz, nach einer Anspielung suchen, die die Beziehungen zu Deutschland als „korrekt" bezeichnen, im Gegensatz zu den „freundschaftlichen" Beziehungen zu anderen Mächten. Ueber solche Dinge spricht Herr Doumergue einfach nicht. Nur so nebenbei erwähnte Herr Doumergue, daß „Uebereinkommen" zwischen den Interessenten der verschiedenen Nationen „unter der Aegide der Regierungen" abgeschlossen worden sind, über die Eisenbahnbauten in Kleinasien. . . . Herr Doumergue ist hier sehr diskret.

Interessant war die Mitteilung, daß eine Einigung über die Reformen in Armenien zustande gekommen ist. Bekanntlich hatte die deutsche bürgerliche Presse in ihrer jüngsten Kampagne u. a. von drohenden Plänen Rußlands in Armenien gefaselt. Die Mitteilung des Herrn Doumergue nimmt diesen Behauptungen den Boden. Unangenehm wird den englischen Konkurrenten der nordamerikanischen Kapitalisten die Erklärung sein, daß Frankreich den Vereinigten Staaten völlig freie Hand in Mexiko lasse.

Die Diskussion brachte das Eintreten des Herrn Deloucle, eines Briandisten, für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan. Herr Lenques, ein anderer Briandist, wiederholte diesen Vorstoß. Herr Doumergue antwortete überhaupt nicht und die Kammer verhielt sich kühl bis ans Herz hinan. Genosse Jaurès sprach sich scharf gegen die Finanzpolitik aus, die in China zur Erdrosselung der Republik, im Balkan zu neuen Kriegsrüstungen führt. Herr Doumergue beeilte sich, dem sozialistischen Redner beruhigende Versicherungen zu geben.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 13. März 1914.

Gesetzentwürfe vor dem Reichstage.

Die Beratung des Kolonialetats hat eine eintägige Unterbrechung erfahren durch mehrere Gesetzentwürfe, die am Donnerstag im Plenum zur Verhandlung gelangten. Der Entwurf über Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde nach einer kurzen Erörterung der Wohnungskommission überwiesen. Genosse Göhre erklärte, daß die Sozialdemokratie in der Kommissionsverhandlung alle Anstrengungen machen würde, um die Ausdehnung des Gesetzes auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften zu erzielen, während es nach der Absicht der Regierung nur auf solche Genossenschaften Anwendung findet, deren Mitglieder Reichs- und Militärbedienstete sind. Göhre hob mit Recht hervor, daß dann erst ein ansehnlicher Fortschritt erzielt werden kann.

Dann wurde das Postscheckgesetz in dritter Lesung angenommen. Genosse Südekum hob noch einmal die schweren Bedenken hervor, die unsere Fraktion schon bei der zweiten Lesung geäußert hatte. Er zeigte namentlich, daß nach dem von den bürgerlichen Parteien abgeschlossenen Kompromiß ein Gesetz zustande kommt, das einen irgendwie nennenswerten Aufschwung des Postscheckwesens nicht ermöglicht, und er sprach die Hoffnung aus, daß gerade die Mangelhaftigkeit des Gesetzes seine baldige Reform notwendig machen werde. Die Redner der bürgerlichen Fraktionen verteidigten ihr Werk und brachten die Vorlage auch zur Annahme.

Zuletzt wurde das Luftverkehrsgesetz in erster Lesung behandelt. Ministerialdirektor Lewald empfahl den Entwurf und erhoffte im übrigen eine Verständigung über einzelne bereits angefochtene Bestimmungen. Genosse Landsberg bedauerte, daß eine nationale Regelung der Verkehrsvorschriften einer internationalen Regelung vorausgehen solle, die bei einer solchen Materie sich gewiß empfohlen hätte. Er beklagte im einzelnen eine Reihe von Mängeln und Fehlern und hob namentlich hervor, daß die Vorlage den Behörden in manchen Fällen viel zu weitgehende Befugnisse anvertraut. Auch die Beschränkung der Haftsumme auf eine Höchstsumme erklärte unser Redner für unmöglich, und er forderte statt dessen die Verpflichtung zum Schadenersatz bei Unglücksfällen bis zur Grenze der höheren Gewalt. Die von unserem Redner beantragte Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern fand am Ende der Beratung statt. Auch der Zentrumsredner, Herr Dr. Belzer, wünschte eine weitherzigere Regelung der Haftpflicht, während der Nationalliberale Dr. Quarck eine vorsichtige Ausgestaltung für angemessen hielt. Für eine Erweiterung der Haftpflicht sprachen sich der Konservative Dr. Oertel und der Volksparteiler Siehr aus. Auch Genosse Bender brachte noch Material bei zugunsten der Anregungen, die von dem ersten Redner der Fraktion gegeben worden waren. Er forderte namentlich einen erweiterten Schutz der Steuerleute und Flugzeugführer.

Am Freitag wird die Duellinterpellation des Zentrums beraten. Die Beratung des Kolonialetats wird erst nächste Woche, und zwar am Donnerstag, fortgesetzt werden.

Die Arbeitslosenunterstützung in Bayern angenommen.

Der von der Regierung verlangte Zuschuß von 75 000 Mk. für kommunale Arbeitslosenversicherung wurde am Donnerstag in der Abgeordnetenkammer des bayerischen Landtags verhandelt und angenommen. Die sämtlichen Bauerngruppen, auch die den Liberalen beigesellten deutschen Bauernbündler, waren gegen die Bewilligung des Zuschusses. Vom Zentrum stimmte ein Teil dafür, ein anderer dagegen. Die Liberalen unterstützten auch den weitergehenden sozialdemokratischen Antrag auf Verdoppelung des Staatszuschusses. Der liberale Redner sprach sich gegen das Genter und für das Kölner System aus. Nach dem letzteren wird die Verwaltung in die Hände einer Gemeindebehörde gelegt. Genosse Timm führte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0001

aus, daß die jetzige Forderung ein Erfolg der sozialdemokratischen Aufklärung sei. Er wies entschieden den Vorwurf zurück, die Arbeitslosen seien arbeitsscheues Gesindel. Die geforderte Summe von 75 000 Mk. sei viel zu niedrig und der Zuschuß der Städte müsse 33 bis 50 Prozent betragen. Minister von Soden begründete die Regierungsforderung. Sie solle keine neue sozialpolitische Reform sein, sondern nur eine Maßnahme, die durch einen Notstand hervorgerufen ist. Der sozialdemokratische Antrag sei an sich berechtigt, aber die Finanzlage erlaube nicht seine Annahme. Eine Zwangsversicherung solle nicht eingeführt werden, aber angesichts der großen Notlage, unter der gerade Frauen und Kinder leiden, muß dieser ernste Versuch freiwilliger Versicherung unternommen werden, der wirtschaftlich und ethisch gerechtfertigt ist.

Die furchtbare Verwahrlosung der Zentrumserziehung auf dem Lande zeigte der Zentrumsbauer Pierenreutter, der die Arbeitslosen unflätig beschimpfte. Die Reichsversicherungsordnung sei das reinste Attentat auf die Bauern. Wenn es so weiter gehe, werde der gewerbliche Mittelstand ausgepreßt. Die Arbeitslosenversicherung würde eine Brutanstalt für arbeitsscheues Gesindel werden, wie die Krankenversicherung für Simulanten. Die Rede des christlichen Bauern rief stürmische Entrüstung hervor.

Genosse Timm legte gegen die brutale Beschimpfung der Arbeitslosen empörten Protest ein und kündigte an, daß diese Rede eines Zentrumsschriften unter den christlichen Arbeitern verbreitet werden würde. — Für die sozialdemokratische Forderung von 150 000 Mk. stimmte nur die Linke, ebenso für einen Staatszuschuß von 50 Prozent an die Gemeinden. Die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung wurde vom Zentrum und vom Bauernbunde abgelehnt, das Ganze schließlich gegen alle Bauerngruppen, einen Konservativen und einen Teil des Zentrums angenommen.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagsruhekommission des Reichstages kam am Donnerstag zunächst die Regelung der kaufmännischen Sonntagsarbeit für größere und kleinere Gemeinden gemeinsam, soweit sie in einem einheitlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebiete liegen, zur Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Genossen Hoch und Dr. Quarck das Gerücht zur Sprache gebracht, daß sich ein Teil des Zentrums mit der Regierung in Verhandlungen darüber befinde, ob sogar die völlige Sonntagsruhe für Gemeinden von über 75 000 Einwohner noch fallen gelassen werden solle. Abg. Dr. Hitze bestritt für die anwesenden Zentrumsmitglieder die Richtigkeit dieses Gerüchts und versichert auf ausdrückliche sozialdemokratische Anfrage, daß er wünsche, die Kommission möge an ihren bisherigen Beschlüssen festhalten. Dagegen kündigte die Regierung eine große Umfrage bei den Handelsvertretungen über die Grenze von 75 000 Einwohnern an, da zuviele Einsprüche gegen diesen Kommissionsbeschluß seitens der Städte und Prinzipale eingelaufen seien. Genosse Dr. Quarck erhob nachdrücklichen Einspruch dagegen, daß die Regierung nach ihren soeben abgegebenen Erklärungen wieder einmal nur die Geschäftsinhaber, nicht aber gleichzeitig die Angestellten befragen und hören wolle. Mache sie eine Umfrage, so habe sie die gebieterische Pflicht, beide Teile zur Aeußerung aufzufordern. Im übrigen müsse die Kommission ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung ihre Beschlüsse an das Plenum bringen und durchzusetzen suchen. In der Abstimmung wurde unter Ablehnung des sozialdemokratischen Verbesserungsantrages mit allen bürgerlichen Stimmen beschlossen, die einheitliche Regelung für gewisse städtische Verkehrsgebiete der Verwaltungsbehörde nur bedingungsweise zu übertragen. Dagegen wurde auf sozialdemokratischen Antrag der Zusatz beschlossen, daß die Angestelltenverbände ebenfalls zu hören sind und daß die einheitliche Regelung auch die völlige Sonntagsruhe einführen kann. Beschlossen wurde weiter die Beibehaltung der Möglichkeit weitergehender ortsstatutarischer Regelung und eine weitere Einschränkung der Ausdehnung dieser Regelung auf einheitliche Verkehrsgebiete, die nur fakultativ und abhängig von Prinzipalsanträgen von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen wurde.

Der teuere Kronprinz.

Die Nationalliberalen haben, wie bereits vorige Woche mitgeteilt, die Anregung gegeben, zu der Reise des Kronprinzen nach Afrika aus Reichsmitteln 200 000 Mk. zu bewilligen. Die Sache war so gedacht, daß die bürgerlichen Parteien sich auf einen Initiativantrag einigen sollten, um dem Kronprinzen die 200 000 Mk. als eine „freiwillige Gabe des Reichstags" überreichen zu können. Das Liebeswerben der Nationalliberalen hat aber offenbar wenig Erfolg gehabt, denn jetzt verlautet, die Regierung werde dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, in der 200 000 Mk. Zuschuß zu den Reisekosten des Kronprinzen gefordert werden. — Die Regierung sollte sich überlegen, ob sie dem Kronprinzen damit nicht einen regelrechten Bärendienst erweisen wird, denn es ist selbstverständlich, daß bei der Debatte die Person des Kronprinzen nicht aus dem Spiel gelassen werden kann. Denn für ihn wird ja das Geld verlangt. Der Kaiser hat seine Auslandsreisen stets aus seiner Tasche bezahlt, und der Kronprinz ist so reich, daß nicht der mindeste Anlaß dazu vorliegt, ihm aus den Mitteln der Steuerzahler 200 000 Mk. zu bewilligen. Die Reise dient schließlich in der Hauptsache der Jagd, denn von einer „Studienreise" kann schon deshalb keine Rede sein, weil der Kronprinz dort eben nur das zu sehen bekommt, was ihm die Beamten zu zeigen für gut befinden. Aus diesem Grunde kann auch nicht etwa gesagt werden, daß die Reise des Kronprinzen „im Interesse des Reiches" gelegen wäre.

Echt christliche Rettung der Kirchensteuern.

In Dortmund haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten seit Jahren gefordert, daß den ärmsten Bürgern der Stadt, die zu den finalierten Steuersätzen von 2,40 Mk. und 4 Mk. veranlagt sind, auch der kommunale Steuerzuschlag erlassen werden soll. Soweit über sozialdemokratische Anträge abgestimmt wurde, haben die Zentrumsstadtverordneten dagegen gestimmt. In diesem Jahre erklärte nun der Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, daß der Magistrat der Forderung zustimme, aber machte dem Zentrum das wunderliche, gesetzlich unbegründete Zugeständnis, daß der Erlaß nur erfolgen könne, wenn die Kirchengemeinden zustimmten. Und nun sagt das Zentrumsorgan, die Tremonia, die Kirchengemeinden würden ihre Zustimmung nur geben, wenn als Aequivalenz 25 Proz. der Kirchensteuern auf den Kommunaletat übernommen würden. Die Forderung der Schwarzen erregte natürlich großen Unwillen, zumal die katholischen Geistlichen in der Hauptsache Agitatoren des Zentrums sind und die Uebernahme der Kirchensteuern auf den Kommunaletat im letzten Grunde nichts weiter wäre als ein Beitrag zu den Agitationskosten des Zentrums auf dem Umwege durch den städtischen Steuersäckel. Die Dissidenten, deren Zahl sich unheimlich mehrt, würden so auch gezwungen, zu den Kirchenlasten beizutragen. Der kirchliche Apparat, der völlig im Dienste des Zentrums steht, ist in der letzten Zeit gewaltig ausgebaut worden. In den letzten 4 Monaten wurden in Dortmund allein drei neue katholische Gemeinden (Pfarrereien) begründet und bald jedes Jahr wird eine neue Kirche gebaut.

Wenn der Offizier schimpft.

Vor dem Kriegsgericht in Erfurt stand am Mittwoch der wegen Beleidigung Untergebener mit fünf Tagen Stubenarrest vorbestrafte Leutnant Buchrucker vom 60. Infanterie-Regiment in Weißenburg. Diesmal hatte er sich der Beleidigung Untergebener in sieben Fällen schuldig gemacht. Während einer Reserveübung in Bitsch beleidigte Buchrucker im Oktober 1913 Reservisten dadurch, daß er sie Sauberde, Saubande, Sauhausen titulierte und einen Reservisten frug, ob er ihm „in die Fresse rotzen" solle. Diese Fälle wurden in der Reußischen Tribüne kritisiert, was zur Klageerhebung gegen den Beleidiger führte. Die Beleidigungen wurden durch die Beweisaufnahme erwiesen und Buchrucker zu fünf Tagen Stubenarrest verurteilt. Der Verurteilte nahm die Strafe an. — Wenn solche Urteile in größerer Zahl gefällt werden, wird es bald irgendeiner Agitation gegen den Militarismus nicht mehr bedürfen. Die älteren Leute, darunter vielleicht Familienväter, die sich als Reservisten von einem Leutnant Sauberde, Saubande titulieren lassen müssen, denen der Träger von „Königs Rock" droht, ihnen seinen Unrat ins Gesicht zu werfen, sorgen schon, daß in weiteren Volkskreisen der Militarismus in das ihm gebührende Ansehen kommt. Das Erfurter Kriegsgericht war es bekanntlich auch, das einige betrunkene Reservisten die nach der Kontrollversammlung etwas Lärm machten, zu so unerhörten Strafen verurteilte, daß der Reichstag sich ins Mittel legen und ein Notgesetz zugunsten dieser Reservisten erzwingen mußte. Und dasselbe Kriegsgericht sühnt die unflätigsten Beleidigungen von Reservisten durch einen Leutnant mit fünf Tagen Stubenarrest. — Mehr als dieser Gegenüberstellung bedarf es nicht.

Farbe bekennen!

Es ist Zeit, ernsthaft zu werden. Die Justiz richtet mit erhöhtem Eifer Streikende, Rekruten und Männer und Frauen, die ehrlich und rückhaltlos aussprechen, was ist. Ein zivilrechtlich Unmündiger, der noch in kindlichen Auffassungen über Staat, Heer und Bürger lebt, durfte das Programm der Rücksichtslosigkeit der bevorrechtigten Kasten gegen alle anderen Menschen proklamieren.

Es ist Zeit, rücksichtslos zu werden!

Die Volksenergie verstand es, sich gegen die Rüstungswut zum ersten Male praktisch zur Wehr zu setzen, sie sorgte für die Rüstungssteuer der Besitzenden. Jetzt will man diese Tat dem Volke wieder heimzahlen, man geht ungeniert und geradeaus für die reaktionären Interessen vor.

Es ist also Zeit, ungeniert und geradeaus Mauern zu bilden, die Kultur und Volkswohl von Dünkel und Privatgeschäften trennen!

Warum duldest du in solcher Zeit noch Unentschlossene?

Und wenn sie sagen — alle die, die keine Arbeiterzeitung lesen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, die sich noch nicht der sozialdemokratischen Partei anschlossen, noch nicht Konsumvereinler wurden und ihre Frauen noch nicht aufgeklärt haben —, daß über der leidigen Politik die Sorge um die Familie und die wirtschaftliche Sicherheit stehe, dann sage ihnen, daß sie kurzsichtig sind, daß sie nicht richtig hören und zu wenig fühlen.

Die Politik läuft dem Arbeiter nach, wenn er auch vor ihr flieht, sie setzt sich mit ihm zu Tische, sie steckt im Brot, das er ißt, und kriecht mit ihm in die enge Kammer, in der er schläft. Politik machen heißt, die eigenen Interessen wahrnehmen. Millionen von Arbeitern kämpfen um Lohn und Zeit, und doch dulden sie Arbeiter in gleicher Lage als Unentschlossene in der Werkstatt und in der Fabrik neben sich. Damit verhindert ihr eben, daß eure Arbeit vollen Erfolg erzielt.

Duldet keinen Unentschlossenen um euch!

Farbe bekennen muß jeder, der Tag um Tag arbeitet, heute noch stumpf und uninteressiert dahinlebt, ohne zu wissen, daß es nur deswegen nicht anders wird, weil er nichts tut. Warum sagst du ihm nicht, daß er die Schuld an dem Elend seiner Klassengenossen hat?

Du sollst keinen Unentschlossenen um dich dulden!

Ja, wenn — und: ich habe ja schon — und: Aber —. Nein! Nicht Wenn und Aber und ich habe ja schon — jetzt muß etwas geschehen, jetzt, in dieser Woche müssen die Lauen zum Bekennen, zur Entschiedenheit gedrängt werden. In diesen acht Tagen gibt es keine Hindernisse, in dieser Woche gibt es keine Schwierigkeiten. Jetzt darf während der Zeit einer Woche über nichts anderes gesprochen werden, als darüber, daß die Zeiten dazu drängen,

daß jeder Farbe bekennt.

Sprich mit deinen Kollegen und Kameraden über ihre und deine Lage, über ihre und deine Not. Zeige ihnen die Ursachen eurer Unterdrückung, weise auf die Energie, die Entschiedenheit, die klare Farbe unserer Gegner hin.

In der roten Woche darf über nichts anderes gesprochen werden, als über die Ausbeutung des Arbeiters, das Elend der Unterdrückten, die Not der Arbeiterfamilien. Ueber nichts anderes sollst du reden, als über die raffinierte Politik derjenigen, die die Regierung mit aller Gewalt in den Händen haben und behalten wollen. Und sprich davon, daß ihr, untereinander einig, in Solidarität zusammengeschmiedet, zur begeisterten Masse geworden, zu eurem Rechte kommt.

Du darfst nicht über die Lauen und Zaghaften reden, du selbst gehörst zu den Unentschlossenen, wenn du nicht in dieser Woche dafür sorgst, daß die Macht unserer Zeitungen und Organisationen wächst.

Dulde keinen Unentschlossenen mehr!

Deutsches Reich.

— **Wie Deutschland kolonisiert!** In der Budgetkommission des Reichstages wurde bei Beratung des Etats für Kamerun festgestellt, daß: während der Etat für die gesamte Landeskultur 291 000 Mk. aufgewendet wissen will, für Reise- und Umzugsgebühren, Urlaubsbeihilfen usw. der Beamten allein 557 365 Mk. (101 053 Mk. mehr) gefordert werden, also pro Beamtenkopf 1137 Mk. Der Posten wurde auf 539 000 Mk. herabgesetzt. Die üblichen Ermahnungen zur Sparsamkeit werden für die Zukunft ebenso unfruchtbar bleiben wie sie es für die Vergangenheit waren.

Genosse Weis trug an der Hand umfangreichen Materials die Beschwerden von Eingeborenen vor, die von der Deutsch-Westafrikanischen Handelsgesellschaft, die unter dem Schutze der Kolonialverwaltung eine Monopolstellung gewonnen hat, in rücksichtsloser Weise und ohne entsprechende Entschädigungen enteignet, von ihrem Grund und Boden verjagt, um den Ertrag ihrer Arbeit und ihres Besitzes gebracht und in Konflikte, ja in die Verzweiflung getrieben werden. Staatssekretär Dr. Solf vertröstete auf Besserung der Verhältnisse, sobald erst mehr Beamte zur Verfügung stehen würden. Als ihm aber von verschiedenen Seiten bedeutet wurde, daß dies der Kommission nicht genüge, versprach der Gouverneur die sofortige Entsendung eines Spezialkommissars in die betreffenden Gebiete.

— **Ausweisungen in Schleswig-Holstein.** In den letzten zwei Wochen wurden nach einer bürgerlichen Meldung im Kreise Hadersleben sieben junge Dienstboten ausgewiesen, deren entsetzliches Vergehen darin bestand, daß sie in dänischen Versammlungshäusern gegangen waren oder an dänischen Festlichkeiten teilgenommen haben. Preußen offenbart immer wieder seinen barbarischen Charakter.

England.

Die Konzessionen an Ulster. Das große Geheimnis ist heraus. Die Regierung hat den mit bewaffneter Rebellion drohenden Ulsterleuten und der diese unterstützenden konservativen Partei ihre Friedensbedingungen angeboten. Die Rede des Ministerpräsidenten hat keine große Ueberraschungen gebracht, denn die Oeffentlichkeit war genügend vorbereitet worden. Die Grafschaften und Grafschaftsstädte der irischen Provinz Ulster sollen das Recht erhalten, innerhalb drei Monate nach der Gesetzwerdung der Homerulevorlage eine Urabstimmung ihrer parlamentarischen Wähler darüber vorzunehmen, ob sie wünschen, daß die betreffende Grafschaft oder Grafschaftsstadt für einen Zeitraum von sechs Jahren von der irischen Selbstregierung ausgeschlossen bleibe. Bejaht die einfache Mehrheit der Wähler die Frage, dann wird das betreffende Munizipium wie bisher regiert und behält seine volle Vertretung im Londoner Parlament. Dem Reichsparlament steht es natürlich frei, später die Frist von sechs Jahren zu verlängern oder jede andere Aenderung vorzunehmen. Vor dem Verlauf der sechs Jahre müssen aber mindestens noch zwei allgemeine Parlamentswahlen stattfinden, so daß die britische Wählerschaft reichliche Gelegenheit hat, eine unionistische Regierung einzusetzen, wenn sie die Homerulepolitik nicht billigt.

Es ist ein Kompromißvorschlag, der niemanden befriedigt: weder die Liberalen, noch die Konservativen; weder die irischen Nationalisten, noch die Ulsterleute. Aber wird die Konzession den Frieden bringen? Das ist die Frage.

Die wichtigste Moral der neuen Wendung ist die, auf die Mac Donald, der Redner der Arbeiterpartei, hingewiesen hat. Durch Drohungen und tätige Vorbereitungen zur bewaffneten Rebellion ist es einer Handvoll von hochgestellten Herren gelungen, eine Regierung, die Macht, parlamentarische Mehrheit, Vernunft, Gesetz und Gerechtigkeit auf ihrer Seite hat, so einzuschüchtern, daß sie sich zu der fragwürdigsten Konzession genötigt sah. Die konservative Partei, führte Mac Donald aus, die patentierte Partei von Gesetz und Ordnung, hat sich zu diesem Appell an die Ungesetzlichkeit und Anarchie hergegeben. Die Zeit wird kommen, wo die Herren das bitter bereuen werden, denn das Volk hat eine Lehre erhalten, die es noch nach vielen Jahren den Bestrebungen jener Agitatoren, die die Anwendung der Gewalt gegen die Klassenunterdrückung predigen, leichter zugänglich macht.

Oesterreich-Ungarn.

Die Arbeitsunfähigkeit des österreichischen Abgeordnetenhauses besteht weiter, da die Tschechisch-Radikalen ihre Obstruktion fortsetzen. Der Präsident Dr. Silvester hat den Seniorenkonvent einberufen, der nach einem Ausweg suchen soll, um eine Vertagung oder Auflösung des Abgeordnetenhauses hintanzuhalten.

Südafrika.

Botha und Smuts lenken ein. Man schreibt uns aus London vom 10. März: Es gibt doch eine Sprache, die auch die Gewalthaber von Südafrika verstehen! Die gigantische Protestbewegung der britischen Arbeiterschaft hat ihre erste Wirkung bereits gezeitigt. Gestern erklärten die Minister Smuts und Burton im südafrikanischen Parlament, daß die Verbannung der Neun nicht permanent sei, sondern daß sie zurückkehren können, wenn sie „zufriedenstellende Vorstellungen" machen. Der Frontwechsel hat sowohl in Südafrika, wie in England große Ueberraschung hervorgerufen, und wird allenthalben als ein Eingeständnis betrachtet, daß die schrankenlose Gewaltpolitik nicht zu halten ist. Selbst der Kapstadter Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß man die Deportationsklausel der Indemnitätsbill jetzt schon ganz allgemein als einen taktischen Fehler betrachtet.

Die Deportierten begrüßen die Nachricht als erfreuliches Symptom, aber lehnen es entschieden ab, ihre Rückkehr von der Gnade der südafrikanischen Minister abhängig zu machen. Sie wollen und müssen als freie Männer, mit allen Rechten und ohne jede Beschränkung oder Garantien und Versprechungen zurückkehren.

In Südafrika selbst haben die Arbeiter den Kampf bereits wieder energisch aufgenommen. Der besonders arbeiterfeindliche Johannesburger Korrespondent des Daily Telegraph berichtet von einer großen Arbeiterversammlung in Johannesburg, auf der das Verlesen eines Briefes des Internationalen Gewerkschaftssekretariats in Berlin einen sehr starken Eindruck gemacht hat. Unter den herrschenden Klassen Südafrikas, namentlich bei den Farmern, die während des Standrechts nach Herzenslust gewütet haben, scheint große Furcht vor einem internationalen Boykott südafrikanischer Waren zu bestehen. Auf der einen Seite ist in Südafrika bekannt geworden, daß die australischen Gewerkschaften Schritte planen, um die Zufuhr australischen Mehls, auf das Südafrika stark angewiesen ist, abzuschneiden. Auf der anderen Seite wird von einem Boykott südafrikanischer Exportartikel durch die englischen Arbeiter, eventuell schon durch die Seeleute und Docker gesprochen. Nach der Meldung des Daily Telegraph wollen sich die südafrikanischen Exporteure dadurch helfen, daß sie ihre Waren auf deutschen Schiffen direkt nach dem europäischen Festland schicken;

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0002

e englischen Arbeiter würden sich also nur selbst und die dustrie ihres Landes schädigen. Die südafrikanischen Kapita- en, scheint es, könnten einen tüchtigen Anschauungsunter- cht in internationaler Arbeitersolidarität noch gut brauchen!

Kleine Auslandsnachrichten. Der Termin für die euwahlen in Schweden ist nun festgesetzt. Am 27. März nd in Stockholm, am 29. in Blekinge, am 3. April in Göte- g und im übrigen Lande am 4. und 5. April gewählt. Die fizziellen Wahlergebnisse werden erst zwischen dem 17. und April bekanntgegeben werden.

Der Epirotenaufstand. Die Oesterreichisch-Ungarische orrespondenz meldet, daß in Koritza heftige Kämpfe attgefunden haben und daß die Epiroten die Stadt ach einem blutigen Kampfe, in dem die Albanier heldenhaften iderstand leisteten, besetzt haben.

Aus der Partei.

Die Bedrängung der freien Jugendbewegung.

Wegen sogenannten „Ungehorsam gegen die Gesetze" und Uebertretung des Vereinsgesetzes hatte sich der Angestellte der Zentrale für die arbeitende Jugend, Genosse Peters aus Berlin, vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Am 22. November hielt er im Breslauer Gewerkschaftshause ine Versammlung für Jugendliche ab. Zur Ueberwachung erschien ein Kommissar, der am Beginn alle Personen unter 18 Jahren aufforderte, das Lokal zu verlassen. Genosse Peters erklärte, daß alle Jugendlichen dableiben dürften, da es sich um keine politische Versammlung handele, worauf der Kommissar ruhig Platz nahm. Das Gericht erkannte wegen dieses Vorfalles jetzt gegen Genossen Peters auf 50 Mk. Geldstrafe. Eine „politische" Versammlung wurde als vorliegend erachtet. Die Verurteilung erfolgte wegen „Ungehorsam gegen eine behördliche Anordnung".

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse. Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer. Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. Umfang 16 Seiten. Preis 10 Pf. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt am Main.

Dieser Prozeß, der zu der Verurteilung unsrer Genossin Dr. R. Luxemburg zu einem Jahre Gefängnis führte, ist wohl eine der markantesten „Rechtsprechungen" der letzten Jahre. So wertvoll nun auch die Ausführungen des Staatsanwalts sind, so gehaltvoll die Reden der Verteidiger, über allem steht die wuchtige, aufrechte Rede unserer Genossin. So wird noch in späteren Jahren man gerne nach diesem Prozeßbericht greifen, der so recht die großen Gegensätze zwischen der herrschenden und der kommenden Partei zeichnet.

Alle Parteibuchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsboten liefern diese Broschüre.

Gewerkschaftliches.

Wachsende Streikbewegung in Rußland.

Unsere Scharfmacher, die der Meinung sind, durch drakonische Knebelgesetze und eben solche polizeiliche Ausführungsbestimmungen die moderne Arbeiterbewegung dauernd schachmatt zu setzen, sollten an dem russischen Beispiel lernen, daß sich eine klassenbewußte Arbeiterschaft auch durch noch so rigorose Polizeimaßnahmen nicht niederzwingen läßt. Laut Bericht des Kaiserlichen Konsulats in Petersburg, der sich auf Unternehmerangaben stützt, ist die Streikbewegung in Rußland im Laufe des 1. Halbjahrs 1913 bedeutend umfangreicher gewesen wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Folgende Aufstellung gibt über die Streikbeteiligung Auskunft:

Industriegebiete	Zahl der an den Streiks beteiligten Arbeiter: Metallindustrie	Textilindustrie	Sonstige Industriezweige	Zusammen
Moskauer	11 197	25 352	6 969	43 518
Petersburger . .	26 505	6 468	6 934	29 907
Südliches	19 030	—	1 948	20 978
Polnisches	1 874	35 227	1 078	38 179
Baltisches	4 611	306	1 534	6 451
1. Halbjahr 1913	63 217	67 353	18 463	149 033
1. Halbjahr 1912	43 739	49 501	21 973	115 177

In der für die russische Volkswirtschaft wichtigsten Metall- und Textilindustrie war also die Zahl der streikenden Arbeiter erheblich höher. Streiktage wurden im 1. Semester 1912: 1 305 007, im 1. Semester 1913: 1 412 304 gezählt. Selbstverständlich konnten infolge der Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisation nur die wenigsten Ausstände mit einem vollen Sieg der Arbeiter beendigt werden. Ueber den Streikausgang im 1. Semester 1913 machen die Fabrikanten folgende Angaben. Einen vollen oder teilweisen Sieg errangen 35 355 Streikende, 62 749 erlitten eine Niederlage und für 50 929 war das Resultat unbestimmt. Natürlich sind diese von sehr interessierter Seite ausgehenden Angaben mit aller Vorsicht aufzunehmen. Viele Streiks enden dem Anschein nach mit einer Niederlage der Arbeiter, aber nach einiger Zeit werden die strittigen Forderungen doch ganz oder teilweise bewilligt, weil die Fabrikanten eine abermalige Arbeitseinstellung fürchten. Ein Streik ist eben doch eine dem Fabrikanten meist sehr empfindliche Störung des Betriebs und die Tatsache, daß trotz aller polizeilicher Brutalitäten die russischen Arbeiter in höherem Maße wie früher zur Verteidigung oder Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zum Streik geschritten sind, bewahrheitet wieder das alte Wort: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht."

Die Polizei sprengt Betriebsbesprechungen.

Eine höchst sonderbare Handhabung des Vereinsgesetzes leistet sich die Dresdner Polizei. Vom Glasarbeiterverband war kürzlich eine Versammlung der Glasarbeiter der Firma Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens einberufen worden, die sich mit der gelben Bewegung bei genannter Firma beschäftigen sollte. Das Thema: Die Moral der Gelben hatte es der Polizei angetan, und so erschien zu Beginn der Versammlung ein Polizeibeamter zur Ueberwachung. Vom Versammlungsleiter wurde der Beamte darauf aufmerksam gemacht, daß er in einer Gewerkschaftsversammlung nach dem Vereinsgesetz nichts zu suchen habe. Der Beamte war jedoch anderer Meinung. Die höfliche Aufforderung des Versammlungsleiters, das Lokal zu verlassen, beantwortete der Polizist mit der Auflösung der Versammlung. Zum Nachmittage desselben Tages wurde nunmehr erneut eine Versammlung mit demselben Thema einberufen. Kurz nach Beginn dieser Versammlung erschien ein Polizeileutnant mit etwa zwanzig Schutzleuten, die sich im Saal verteilten. Auch diese Versammlung verfiel der Auflösung. Der vom Versammlungsleiter erhobene Widerspruch auf Grund des Vereinsgesetzes war erfolglos. Die Versammlung mußte sich der Gewalt fügen. Dieser polizeiliche Eingriff in die Versammlungsfreiheit wird damit natürlich nicht erledigt sein; es wird vielmehr Beschwerde dagegen erhoben werden.

Die genannte Firma hat sich von jeher den Bestrebungen der Organisation mit aller Gewalt entgegengestemmt. Die Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben gehören mit zu den schlechtesten in der Glasindustrie, und die Firma ist seit langem vom Verband der Glasarbeiter gesperrt. Die Firma versucht nunmehr, durch einen gelben Verein ihre Machtposition zu stärken, und die Polizei arbeitet jetzt in indirekter Form daran mit. — Für die Glasarbeiter besteht die Pflicht, die Betriebe der Firma in Dresden, Döhlen, Gertraudtenhütte und Usch auf strengste zu meiden.

Die Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie wird sich allem Anschein nach noch auf die übrigen Branchen erstrecken. Einige der Firmen, mit denen die Differenzen bestehen, beschäftigen neben den Waffenarbeitern auch noch Arbeiter, die Schneidenwaren herstellen, wie Messer und Haarschneidemaschinen. Diese Arbeiter sind bisher von der Aussperrung nicht berührt, sie sind auch nicht gekündigt. Die Fabrikanten verlangen jetzt von ihnen, daß sie an der Herstellung von Waffen mithelfen sollen. Die Arbeiter weigern sich natürlich, die von den Waffenarbeitern liegen gelassene Arbeit zu verrichten. Die Fabrikanten gehen aber rücksichtslos vor und kündigen jeden, der sich weigert, an den Waffen zu arbeiten.

Danach wird sich die Aussperrung auch auf die Branchen ausdehnen, die bisher mit der Fabrikation von Waffen nichts zu tun hatten.

Streik in der Görlitzer Möbelfabrik. Seit Mittwoch früh streiken in der Möbelfabrik (Inhaber Paul Nerger) die dort beschäftigten Tischler, Beizer, Polierer und Maschinenarbeiter. Mit der Firma Nerger ist im vergangenen Frühjahr ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Nach diesem Tarif ist am 1. März eine Lohnzulage von 2 Pf. fällig geworden. Die augenblicklich nicht gerade günstige Konjunktur glaubte Herr Nerger benutzen zu können, um sich über den durch seine Unterschrift anerkannten Vertrag hinwegzusetzen. Von 54 Arbeitern sollen nur 33 die vertragsmäßige Lohnzulage bekommen. Da wiederholtes Verhandeln des Fabrikausschusses sowie der Organisationsleitung mit Herrn Nerger resultatlos verlief, blieb für die Arbeiter nichts weiter zu tun übrig, als die Arbeit einzustellen.

Zuzug von Tischlern, Beizern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Görlitz ist streng fernzuhalten

Soziales.

Rückgang des Bierverbrauches.

Mit der fortdauernden Aufklärungsarbeit, der Ausdehnung vernünftiger Sportbetätigung und dem Ausbreiten der Enthaltsamkeitsbewegung geht der Verbrauch des außerdem auch noch von der Teuerung betroffenen Bieres immer mehr zurück. Es liegt darüber jetzt eine amtliche Zusammenstellung für das ganze deutsche Zollgebiet vom Jahre 1911 und 1912 vor. Am größten war die Abnahme im Bierlande Bayern. Unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr fiel dort der Verbrauch von Bier auf den Kopf der Bevölkerung von 246,0 auf 237,6 Liter. In Württemberg fiel der Verbrauch von 178,1 auf 166,5 Liter, in Baden von 146,0 auf 145,3, in Elsaß-Lothringen von 98,5 auf 92,3 Liter. Im norddeutschen Brausteuergebiet ging der Verbrauch von 83,0 auf 78,6 Liter zurück, für das ganze Zollgebiet ergibt sich ein Rückgang von 106,4 auf 101,3 Liter. Damit ist natürlich auch die Erzeugung von Bier zurückgegangen, und zwar im Gebiet der norddeutschen Brausteuergemeinschaft von 41,8 auf 39,54 Mill. Hektoliter. Es ist das eine Abnahme von 1,81 Millionen Hektoliter. Das steuerpflichtige Gesamtgewicht der verwendeten Braustoffe fiel von 760 394 auf 733 550 Tonnen. Damit fiel natürlich auch die Einnahme an Brausteuer. Nach Abzug der Ausfuhrvergütung fiel sie von 131,7 auf 127,5 Millionen Mark. Einschließlich der Uebergangsabgaben brachte das Bier statt 145,3 nur noch 140,7 Millionen, auf den Kopf der Bevölkerung statt 2,79 Mk. nur noch 2,67 Mk.

Allerlei.

Brot gesucht und den Tod gefunden.

In Strehlen im gelobten Lande Schlesien vermißte man vor etlichen Tagen zwei arme Schulmädchen. Endlich sah man auf einem Teiche bei dem benachbarten Töppendorf ein Körbchen schwimmen. Man suchte nun den Wassertümpel ab und fand die Leichen der bedauernswerten Kinder. Sie hatten noch am Abend in Töppendorf gebettelt und waren offenbar auf dem Heimweg in der Dunkelheit ins Wasser geraten; denn Spuren eines Verbrechens waren nicht zu sehen. Das Körbchen hatten sie beim Betteln gebraucht. Die Aermsten hatten also Brot gesucht und den Tod gefunden.

Während so schon blutjunge Menschenkinder vor fremden Türen betteln müssen und unter ungünstigen Umständen Opfer ihrer und ihrer Eltern Armut werden, wähnt man hoch oben, für den deutschen Arbeiter wäre gesorgt bis ins hohe Alter. Nur eigene Kraft kann die Arbeiterklasse aus geistiger und körperlicher Not befreien. Dazu aber gehört die Erkenntnis, daß der Zusammenschluß der Arbeiter in festgefügten Organisationen, regste Werbearbeit unter den noch fernstehenden Volksgenossen und Stärkung der Arbeiterpresse die Mittel sind, die Befreiung der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Der Kampf der Suffragetten.

Die Anhängerin des Frauenstimmrechts Mary Richardson wurde wegen Beschädigung der Venus des Velasquez in der Nationalgalerie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Das schreckt die Suffragetten aber nicht, denn schon wieder kommt eine neue Meldung über einen Gewaltakt:

Anhängerinnen des Frauenstimmrechts haben in der Nacht zum Donnerstag ein Haus in Stewarton (Grafschaft Ayr) in Brand gesteckt, um gegen die Verhaftung der Frau Pankhurst zu protestieren.

Austritt von 350 Offizieren aus dem ungarischen Landeskasino.

Der Austritt von 350 Offizieren aus dem vornehmsten Klub von Budapest, dem Landeskasino, erregt in allen Gesellschaftsschichten ungeheures Aufsehen und es wird ihm eine ernste politische Bedeutung beigelegt. Der Austritt der Offiziere erfolgt im Zusammenhang mit den jüngsten Ehrenaffären zwischen verschiedenen Mitgliedern des Offiziersstandes und ungarischen Politikern im Anschluß an den zwischen dem Grafen Gabriel Bay und dem Offizier der Parlamentswache entstandenen Ehrenhandel.

Salem Aleikum
Salem Gold (Goldmundstück) Cigaretten
Etwas für Sie!

Preis № 3½ 4 5 6 8 10
3½ 4 5 6 8 10 Pf. d. Stck.
Trustfrei!
Oriental. Tabak- und Cigaretten-Fabrik „Yenidze", Inh. Hugo Zietz, Dresden.
*3205

Aussergewöhnliches Angebot!
Solange der Vorrat reicht!
1 Posten Damen-Leder-Hausschuh in schwarz u. braun, Paar 1.78
1 Posten Herren-Leder-Hausschuh . . . . . Paar 2.38
1 Posten Damen-Halbschuh in schwarz und braun . . Paar 4.58
1 Posten Damen-Stiefel in schwarz und braun . . . . Paar 5.48
1 Posten Herren-Stiefel mit und ohne Lackkappe . . . . Paar 5.58
usw. usw.
Deutsches Schuhwarenhaus (G. m. b. H.)
Leipzigerstrasse 4. Halle (Saale) 7741 Gr. Ulrichstrasse 47.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191403 14-16/fragment/page=0003

Kronen-Glas Extra-Angebote.

Bestes deutsches kristallweisses Pressglas.

Alleinverkauf von Kronenglas-Servicen.

Kompotteller neue Muster 8 6	4 Pf.	Satz Kompottieren S.=6teil.	78 Pf.	Wassergläser 8 6	5 Pf.	Fruchtschalen auf hohem Fuß . .	58 Pf.
Kompottieren . . 18 15 12 8	7 Pf.	Zitronenpressen . . 18 10	8 Pf.	Menagen doppelte 9 6	4 Pf.	Konfektteller □ . . . 68	38 Pf.
Zuckerschalen . 35 25 18	12 Pf.	Obstservice 7 teilig	85 Pf.	Menagen zum Drehen . . 42	22 Pf.	Kuchenteller große . . 95	85 Pf.
Butterdosen 32 28	25 Pf.	Bierkrüge Krone	95 Pf.	Salz- u. Pfefferstreuer Metall-deckel	25 Pf.	Rahmservice 3 teilig. auf Glastablett .	95 Pf.
Käseglocken 58	38 Pf.	Wasserflasche mit Glas	38 Pf.	Toilettegarnituren 4teil.	95 Pf.	Saucenservice 7 teilig . .	95 Pf.

Ein grosser Posten **Oliven-Schliff, Kompott-Teller, Butterdosen, Karaffen** enorm billig.

Auf **Salon-Büsten** und **Standuhren** gewähren wir einen Rabatt von **20%**

M. BÄR

7737 Nachf.

Klapp-Sportwagen Ia. Fabrikate, mit u. ohne Gummiräder . . . . von 36.– bis 12.50 10.50 **8.50**

Kinderwagen besonders preiswert eleg. Kastenwagen m. Gummirädern **29.50**

Große Ulrichstraße 54.

Vereins-Anzeiger.

Die Veröffentlichung nachstehender Veranstaltungen erfolgt wöchentlich. Jahresbeitrag 5 Mk. pro Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sängerchor. Heute, Freitag, bei Streicher: Gesamt-Singestunde.

Mittwoch, ½9 Uhr, Böse b. Streicher, Freitag, ½9 Uhr, Tenöre i. Volksp.

Arb.-Samariter. Jed. Mittwoch in der Gold. Kette: Uebungsstunde.

Dachdecker-Verb. Jed. 1. u. 15. d. Mts. im Volkspark: Versamml.

Gemeindearb.-Verbd. Sonnabd. nach d. 15., i. Volkspark: Versamml.

Arbeiter-Radfahr.-Bund „Solidarität". Sonntag d. 15. März, nachmittags ½2 Uhr, v. Streicher nach Oppin. Am 27./3. abends 8½ Uhr, i. Lokal zu den 3 Königen: Versammlung.

Tabakarbeiter. Sonnabend n. d. 1. in Lohses Restaurant: Versamml.

Steinsetzer-Verb. Sonntag nach d. 1. i. Volkspark: Versammlung.

Bockwitz.

Arb.-Radf. Jed. 1. Donnerstag i. Mon., ab. 8½ Uhr, b. Ledwig: Vers.

Bitterfeld.

Deutsch. Holzarb.-Verb. Sonnabd., d. 21./3. i. Hohenzollern: Versamml.

Delitzsch.

Sozialdem. Verein.

Sonnabend d. 14. ds. Mts., abends 9 Uhr im Vereinslokal Lindenhof:

Versammlung.

Vortrag über:

Die Kämpfe der Arbeiter.

Eilenburg.

Arb.-Radf. Jed. Dienstag nach d. 15. eines jed. Mon. i. Tivoli: Vers.

Eisleben.

Soziald. Ver. Sonntag, 15. März, abds. 8 Uhr, b. Fessel: Versammlung.

Zentralvbd. d. Zimmerer. Mittwoch ab. 8 Uhr, Bürgergart. (Herling) Vers.

Gef.-Ver. Hoffnung. Jed. Mittwoch abs. 8-10 Uhr, b. Fessel: Probe.

Greppin.

Gesangverein Vorwärts. Dienstag Probe bei Schmidt.

Hettstedt.

Arb.-Gesangver. Freier Sängerchor. Jeden Sonnabend: Singestunde.

Merseburg.

Arbt.-Radf.-Bund Solidarität. Jed. Dienstag nach dem 1., abds. 8 Uhr, in der „Kaiser Wilhelmshalle": Mitglieder-Versammlung.

Mühlberg.

Gewerkschaftskartell. Jed. 1. Sonntag i. M., ab. 7 Uhr, i. Preuß. Hof: Vers.

Torgau.

Gewerkschafts-Kartell. Am Mittwoch nach dem 15. jeden Monats: Sitzung.

Wittenberg.

Mitgliedschaft d. Arb.-Radf.-Bundes. Am 17. März bei Geist: Versamml.

Fußbodenlackfarbe

Kilogramm-Dose 1 Mk., ferner alle Sorten **Farben, Lacke, Schablonen** empfiehlt [7555

MAX OTT

Steinweg 26.

VOLKSPARK

Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.

Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter

Mittagstisch

von 50 Pfg. an. f.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Preis 20 Pfennig.

Volksbuchhandlung Halle a. S.

Zur Konfirmation

empfehle in grösster Auswahl

zu enorm billigen Preisen:

Konfirmanden-Anzüge in soliden gemusterten und blauen Stoffen von **8** M. an

Konfirmanden-Anzüge in blau Chev. u. Kammg., 1- und 2reih. von **10** M. an

Konfirmanden-Anzüge in prima Cheviot, 2 reihig . . . . . von **13** M. an

Konfirmanden-Anzüge in blau Cheviot u. marengo, sehr elegant von **15** M. an

Konfirmanden-Anzüge Ersatz für Mass . . . . . von **18** M. an

Prüfungs-Anzüge

in modernsten Stoffen, 1- und 2 reihig

6.50 M. **7.00** M. **8.50** M. **10.00** M. **12.00** M.

Trotz der enorm billigen Preise 5 Prozent Rabatt.

Gustav Reinsch,

Marktplatz, im Roten Turm. 7732

Möbel auf Kredit!

Unerreichtes Angebot.

Mit **10 Mark** Anzahlung: 1 Bettstelle, 1 Tisch, 1 Kleiderschrank, 1 Stühle, 1 Spiegel, 1 Spiegelschränkchen oder: 1 Küchenbüfett, 1 Küchentisch, 2 Küchenstühle, 1 Rahmen, 1 Halter. Wochenrate 2 Mark.

Mit **20 Mark** Anzahlung: 2 Bettstellen, 1 Tisch, 1 Spiegel, 1 Spiegelschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Vertiko, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Küchenstühle, 1 Küchenrahmen, 1 Bandtuchhalter. Wochenrate 2 Mark.

Mit **30 Mark** Anzahlung: 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Vertiko, 1 Tisch, 1 Spiegel m. Konsol, 1 Diwan, 1 dreiteil. Tisch, 4 Stühle, 1 Paar farbige, 1 kompl., moderne Küche. Wochenrate 2 Mark.

Mit nur **1 Mark** Wochenrate liefern wir: Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Garderoben, Teppiche, Tischdecken, Portieren, Gardinen, Stores, Läuferstoffe, Schuhe, Stiefel, Kinderwagen, Federbetten, Bettzeug, Kleiderstoffe.

Paul Sommer,

Waren- und Möbel-Kredit-Haus ersten Ranges, Leipzigerstrasse 14, I. u. II. Etage.

7738

Passendes Geschenk!

Die Vögel der Erde.

– Mit 239 farbigen Abbildungen auf 30 Tafeln. –

Die Säugetiere der Erde

Mit 169 farbigen Abbildungen auf 30 Tafeln.

Die Käfer Europas.

Mit 465 farbigen Abbildungen auf 20 Tafeln.

Preis pro Band 2.50 Mark.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle (Saale),

Harz 29.

Monats-Garderoben-Haus 59

befindet sich: Grosse Ulrichstrasse 1 Treppe.

7713

Grösstes Lager **gutgereinigter Garderobe**, sowie **neue Garderoben** in **Ulstern, Paletots, Anzügen, Hosen.**

Konfirmanden- u. Prüfungs-Anzüge

durch Ersparnis der Ladenmiete

fabelhaft billig.

Gutschein! Dieses Inserat des Volksblattes wird beim Einkauf von 20 M an mit 1 M. in Zahlung genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 62 — Halle (Saale), Sonnabend den 14. März 1914 — 25. Jahrg.

Privatangestellte!

Welche Partei vertritt die Interessen der Privatangestellten?

Mit seltener Einmütigkeit haben die Handlungsgehilfenverbände aller Richtungen unlängst feststellen müssen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei gewesen ist, die bei der ersten Lesung des Sonntagsruhegesetzes die Interessen der Angestellten wahrgenommen und ihre Forderung nach völliger Sonntagsruhe energisch vertreten hat. Alle übrigen Parteien haben vollständig versagt und sich nicht im mindesten um die Versprechungen gekümmert, mit denen sie vor der Wahl um die Stimmen der Angestellten geworben haben.

Inzwischen hat die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzentwurfs mehrere Sitzungen abgehalten, deren Verlauf den Eindruck der ersten Plenarverhandlung nur noch verstärkt hat: Die bürgerlichen Parteien denken gar nicht daran, sich für die Einführung einer wirklichen Sonntagsruhe einzusetzen! Ein Antrag der Sozialdemokraten, der das Verbot jeglicher Sonntagsarbeit mit alleiniger Ausnahme des Verkaufs von leicht verderblichen Lebensmitteln verlangte, wurde von den Vertretern der Liberalen, des Zentrums und der Konservativen niedergestimmt. Dieselben Parteien lehnten auch alle Anträge ab, die die vollständige Sonntagsruhe wenigstens für alle Städte mit mehr als 10 000 oder 20 000 Einwohnern bezweckten, so daß schließlich nur die wenigen Großstädte mit über 75 000 Einwohnern übrig blieben. Das heißt mit anderen Worten, daß im großen und ganzen alles beim alten bleiben wird. Die hochgesteigerten Hoffnungen der Handlungsgehilfen werden also wieder einmal schmählich enttäuscht, und das allein durch die Schuld der bürgerlichen Parteien, denen eben an einer ernsthaften Sozialpolitik für Angestellte nichts gelegen ist.

Nicht anders war es bei der Konkurrenzklausel! Auch für deren Beseitigung hatten die Liberalen sowohl wie die Herren vom Zentrum den Angestellten vor der Wahl weitgehende Versprechungen gemacht. Als dann aber die Regierung mit ihrem unzulänglichen Gesetzentwurf herauskam, durch den im Grunde nichts geändert, sondern nur das alte Unrecht sanktioniert werden sollte, der sich überdies nur auf die Handlungsgehilfen bezog und die Techniker ganz unberücksichtigt ließ, — da zeigte sich wieder, daß nur die Sozialdemokratie mit Entschiedenheit für die Wünsche der Angestellten eintrat, während die übrigen Parteien ihre Interessen in gewohnter Uebereinstimmung preisgaben! Was nun schließlich als Ergebnis der Kommissionsberatungen das Licht der Welt erblickt hat und aller Wahrscheinlichkeit nach zum Gesetz erhoben wird, ist eine Sammlung von Halbheiten, an denen niemand Freude haben wird. Außer den Arbeitgebern natürlich, die dadurch auch fernerhin ihren Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Angestellten ausfechten und die schon so kümmerlichen Gehälter in Zukunft noch weiter herabdrücken können. Wieder durch die Schuld der bürgerlichen Parteien, denen an einer ernsthaften Sozialpolitik für Angestellte eben nichts gelegen ist.

Und wie war es bei der Beratung der Versicherungsgesetze? Wem haben die Angestellten die teuere Sonderkasse und den Zwang zur Doppelversicherung (in allgemeiner und Sonderversicherung) zu danken? Wer hat die Ausdehnung der Krankenversicherung über die Gehaltsgrenze von 2500 M. hinaus verhindert? Wer hat gegen eine angemessene Geburtshilfe, gegen Säuglingsschutz und Wöchnerinnenunterstützung gestimmt? Kurz: Wem verdanken wir all die Fehler und Schwächen der neuen Reichsversicherungsordnung? Es ist die Schuld der bürgerlichen Parteien.

Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Es vergeht ja kaum eine Woche, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht mehrmals die Wünsche der Angestellten vertritt und ihre Berechtigung gegen sämtliche übrigen Parteien verteidigen muß. So erst kürzlich bei der Beratung des Patentamtes, als es sich darum handelte, zu der bevorstehenden Reform des Erfinderrechts Stellung zu nehmen. Während der Redner der Sozialdemokratie energisch nach einem weitgehenden Erfinderschutz für die Angestellten und Arbeiter verlangte, bezeichneten die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen die Forderungen der Angestellten als zu weitgehend und redeten einer Einigung auf mittlerer Linie das Wort, bei der natürlich immer die Arbeitnehmer die Betrogenen sind. Die technischen Angestellten haben also ganz besondere Ursache, die sozialdemokratische Partei zu unterstützen, weil nur von ihr eine tatkräftige Vertretung ihrer Erfinderrechte sowie überhaupt die Schaffung eines zeitgemäßen Technikerrechtes zu erwarten ist.

Dasselbe gilt für die Bureauangestellten, gilt für die Angehörigen der künstlerischen Berufe, gilt für die landwirtschaftlichen, gilt für alle übrigen Privatangestellten! Die Angestellten sollten sich mehr mit der Politik beschäftigen, damit sie selbst leben können, von wem ihre Interessen vertreten, von wem sie verraten werden. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit sind in dieser Hinsicht äußerst lehrreich. Wem dies aber noch nicht genügt, der möge sich an das Wort erinnern, das Bismarck am 26. November 1884 im Reichstag ausgesprochen hat: **„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform gemacht haben, auch nicht existieren.“**

Die Rote Woche.

Der Gendarmenkampf gegen die rote Woche wird in der Provinz weiter fortgesetzt. In Münzdorf, Kreis Ohlau (Schlesien), schickte der Amtsvorsteher eine Verfügung des Landrats an die Gastwirte, in der es hieß: „Das Anheften sozialdemokratischer Plakate in der roten Woche vom 8. bis 15. März haben Sie mit größter Strenge zu verhindern und zu ahnden.“ Der Erfolg war, daß der Dorfgastwirt schleunigst das Verbandsplakat des Landarbeiterverbandes, ein Verbeschild der Volkswacht und eine Einladung zur Frauenversammlung von den Wänden herunterriß.

Damit werden der Landrat und der Amtsvorsteher zwar zufrieden sein, die Wirkung der roten Woche aber werden sie nicht abschwächen. Im Gegenteil!

Die christlichen Gewerkschaften gegen die rote Woche. Hinter dem Reichsverband und der bürgerlichen Presse dürfen die christlichen Gewerkschaften und ihre geistlichen Drahtziehen in der Hetze gegen die rote Woche nicht zurückbleiben. In Freiburg i. B., dem Sitz der Leitung der christlichen Gewerkschaften Badens, veröffentlichen die zwei Zentrumsblätter einen Aufruf, in dem aufgefordert wird, die rote Woche-Agitation mit dem Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu beantworten: „Wenn die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen letzteres tun, treten sie der roten Agitationswoche in der richtigen Weise entgegen.“

Die Antwort auf die christlichen Lockungen ist im voraus schon erteilt worden, denn die Freiburger Volkswacht bestätigt schon jetzt die Gewinnung von **200 neuen Abonnenten.** In Freiburg wurden auch **100 neue Mitglieder** für den sozialdemokratischen Verein gewonnen.

Weitere Erfolge der roten Woche:

In den ersten beiden Tagen der roten Woche wurden in Breslau 403 neue Parteimitglieder gewonnen.

Im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. beträgt der bisherige Gewinn der roten Woche: **2700** Mitglieder und **913** Abonnenten. Die letzten Tage sind besonders der Presse gewidmet.

Erfolge der Zeit.

Der Volksbote in Zeitz teilt mit: Wie aus den Mitteilungen unserer Vertrauensleute im Kreise zu ersehen ist, sind bis jetzt nahezu **400 neue Parteimitglieder** gewonnen worden. Das Schwergewicht unserer Agitation im Kreise ist aber erst auf nächsten Sonntag verlegt. Unsere Werber dürfen dabei nicht vergessen, in den Arbeiterfamilien auf die Gefährlichkeit der bürgerlichen Presse für die Arbeiterschaft hinzuweisen und dem Volksboten neue Leser zuzuführen.

*

Partei-Erklärung zur Denkmals-Schändung.

Wir haben gestern sofort erklärt, daß die Beschmutzung des Charlottenburger Kaiser-Friedrich-Denkmals ganz wie die Tat eines Spitzels oder Patrioten aussieht, durch die die sozialdemokratische Werbewoche diskreditiert werden solle. Jetzt erläßt unsere Berliner Parteileitung folgende Erklärung:

Das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg ist dadurch beschädigt worden, daß die Worte „Rote Woche“ in Anilinfarbe angebracht worden sind. **Die Versuche, die Handlung der Sozialdemokratie zuzuschreiben, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.** Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei eine derartige Handlungsweise verurteilt. Gewisse Umstände legen den Verdacht nahe, daß man es mit der verdächtigen Tat eines Spitzels oder eines fanatischen Gegners unserer Partei zu tun hat.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
J. A.: Eugen Ernst.

*

Der Frauentag in Paris

verlief imposant. Der Saal der Gelehrten war überfüllt. Es wurden Zustimmungsbriefe des Genossen Keir Hardie von der englischen Arbeiterpartei und der Genossin Klara Zetkin verlesen. Für die spanischen Genossinnen sprach Genosse Fabra Ribas. Die Versammlung nahm zum Schlusse eine Resolution an, in der gegen die Verurteilung der Genossin Luxemburg protestiert wird.

Gewerkschafter und Rote Woche.

Verschlechterung des Koalitionsrechts,
Zertrümmerung der Gewerkschaften,
Züchtung von Streikbrecherbanden,
Stärkung und Ausbau der Unternehmerorganisationen,
Hochhalten der Lebensmittelpreise!

Auf das vorstehende Programm ist das ganze Verhalten des Unternehmertums und der Agrarier eingestellt. Und alle Staatsmächte werden für die Verwirklichung der Scharfmacherpläne in Bewegung gesetzt. Die Rechtsprechung jetzt schon mit kühnem Schwunge sogar über das formale Recht hinweg. Kann man doch fast davon reden, daß mordende Streikbrecher grundsätzlich freigesprochen werden. Streikende dagegen für übel gedeutete Worte ins Gefängnis fliegen. Immer schlagen die oft Staunen, meistens aber nur Empörung hervorrufenden akrobatischen Interpretationskünste in unserer Rechtsprechung zum Nachteil für die Arbeiter aus. Stets zum Vorteil für das Unternehmertum. Diese Tatsache kennzeichnet die Tendenz, enthüllt die Klassenjustiz in ihrer häßlichen Nacktheit. Das Gleiche gilt von den Maßnahmen der Polizei. Wo und wie sie in das öffentliche Leben eingreift, stets ist die Wirkung ein Schade für die Arbeiter, ein Nutzen für das Unternehmertum. Manchmal könnte man glauben, die Polizeiorgane seien Angestellte des Kapitals, so vorzüglich funktioniert der Apparat zu seinen Gunsten. Vereinsgesetz und Koalitionsrecht sind dabei für die Polizei keine Hindernisse. Man verbietet Versammlungen, löst sie auf, treibt Lokale ab, denunziert Arbeiter den Unternehmern, spielt Nachtwächter der Streikbrecher, hilft Streiks kapitulieren und hemmt die gewerkschaftliche Bewegung auf vielerlei Art.

Zertrümmerung der Gewerkschaften mit dem Werkzeug der Gesetzgebung und Rechtsprechung ist ein Programmpunkt des Zentralverbandes der Industriellen, auf den er sich nach der Weisung des bekannten Herrn Bueck festgelegt hat. Und ein Ausfluß dieses Strebens ist die tolle Hetze gegen die Gewerkschaften, mit der Forderung eines sogenannten Arbeitswilligenschutzgesetzes.

Unter der Anwendung von Terror, durch unbehinderten Koalitionszwang treibt das Unternehmertum den von ihm gegründeten Streikbrechervereinen Mitglieder zu. Durch geheime Feme, mittels schwarzer Listen sucht es die gewerkschaftlichen Organisationen zu schädigen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben.

Auf der anderen Seite vollzieht sich der Zusammenschluß des Unternehmertums zu einer geschlossenen Heermacht gegen die Arbeiterschaft. Und bei seinen Organisationsbestrebungen findet das Kapital die liebevolle Unterstützung aller der Staatsgewalten, die sich eifrig bemühen, die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter zu hindern. Schutz der nicht organisierten Unternehmer gegen den Organisationszwang des Unternehmertums gibt es nicht. Klar und deutlich zeigt sich überall, daß die ganze Staatsmaschinerie auf die Wahrnehmung der Klasseninteressen der herrschenden Gesellschaft eingestellt ist.

Die beabsichtigte Schwächung und Schädigung der Gewerkschaften hat den Zweck, Lohnbewegungen zu verhindern oder unwirksam zu machen. Aber die Lebensmittelpreise sollen auf dem jetzt erreichten hohen Stand gehalten werden. Ja, man will sie sogar noch weiter hinauftreiben. Sollen doch Zölle auf Fische, Milch, Rahm, Gemüse, Obst neu eingeführt oder erhöht werden. Und die Regierung, die sich willfährig zeigt, bei dem Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter Hausknechtsdienste zu leisten, die alle Repressalien gegen die Gewerkschaften deckt und fördert, hat in den letzten Tagen zweimal in auffälliger Weise demonstriert, daß sie mit allen Kräften die auf ein Hochhalten der Lebensmittelpreise gerichteten Bestrebungen unterstütze.

So sehen sich die Gewerkschaften von verschiedenen Seiten in ihren Interessen in der allerempfindlichsten Weise geschädigt und bedroht. Durch gewerkschaftliche Maßnahmen können die Arbeiter dagegen wenig ausrichten. Der Kampf gegen die herausgestellten Angriffe auf die Arbeiterschaft liegt fast ausschließlich auf politischem Gebiet. Daraus ergibt sich für die Gewerkschafter mit zwingender Logik die Notwendigkeit, sich zum Schutz und zur Förderung ihrer gewerkschaftlichen Interessen auch politisch zu betätigen. Das haben viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter leider noch nicht begriffen. Kommt doch beinahe auf je drei Gewerkschaftsmitglieder nur ein politisch Organisierter.

Mit der gelegentlichen Abgabe eines Stimmzettels ist es nicht getan. In der Ausübung des Wahlrechts allein liegt nicht die politische Pflichterfüllung. Sie erfordert als unerläßlich auch die politische Organisation und das Lesen der Parteipresse. Die Grundlage der politischen Macht und des politischen Einflusses der Arbeiterschaft beruht in der Stärke und Geschlossenheit der Parteiorganisation und in der Verbreitung der Parteipresse.

Wer als organisierter Gewerkschafter nach dieser Richtung seine Pflicht versäumt, schädigt dadurch zweifellos auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen, stärkt die Stoßkraft des Unternehmertums.

Die Rote Woche bietet eine schöne Gelegenheit, politische Nachlässigkeitssünden wieder gut zu machen.

Darum, Gewerkschafter, hinein in die politische Organisation! Fort mit der bürgerlichen, kapitalistisch-dienstbaren bürgerlichen Presse aus dem Hause, hinein die Arbeiterzeitung!

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 13. März 1914.

Behördliche Schnüffelei in Preußen.

Große Sorge um die Sozialdemokratie macht sich neuerdings in Regierungskreisen bemerkbar. Darauf deutet ein geheimer Erlaß hin, der den untergeordneten Behörden aufgegeben hat, die sozialdemokratische Bewegung und alles, was mit ihr nur irgendwie in Zusammenhang gebracht werden könnte, zahlenmäßig zu erfassen. So ist den einzelnen Gemeinden aufgegeben worden, in eingehender Weise Angaben zu machen über Zu- und Abnahme in der Parteiorganisation, bei den freien Gewerkschaften und bei „sonstigen sozialdemokratischen“ Vereinigungen, wie Turn-, Radfahrer- und anderen Vereinen. Auch über das Hervortreten der Sozialdemokratie bei Gründung von Konsumvereinen, sowie über die Mitgliederzahl der Konsumvereine und deren Umsatz soll berichtet werden. Ferner sollen angegeben werden die sozialdemokratischen Stimmenzahlen bei den letzten drei Reichstagswahlen und den beiden letzten Landtagswahlen. Weiter werden Angaben verlangt über die Beteiligung bei den Gemeindewahlen und bei den Krankenkassenwahlen. Zuletzt wird noch gefordert, über die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften Bericht zu erstatten.

Der Gesamtbericht hat an die vorgesetzten Behörden im Anfang des Monats Februar eingesandt werden müssen. Die angeordneten Erhebungen sind erfolgt aus Interesse für die vermeintliche „Abnahme der sozialdemokratischen Partei“.

Es ist eigentlich schade um die mühevolle Arbeit, die da den Gemeinden auferlegt worden ist. Denn wenn den interessierten Kreisen so an einer genauen Feststellung über den Umfang der Sozialdemokratie wie der gesamten modernen Arbeiterbewegung liegt, werden sie es nicht verabsäumen dürfen, nach Verlauf der roten Woche aufs neue ziffernmäßige Angaben über die Sozialdemokratie anzuordnen. Die werden ihnen allerdings recht wenig behagen!

Oberbürgermeister Dr. Rive von Halle zeigte sich in der jüngsten Zeit besonders eifrig in Angriffen auf die Sozialdemokratie. Sollte ihn der Geheimerlaß der Regierung veranlaßt haben, so oft in den Sattel zu steigen, um die Rolle eines modernen, reichsverbändlerischen Sankt Georg zu mimen?

Das Lob des luftleeren Krankentransportwagens.

Kürzlich wurde uns aus dem Leserkreise berichtet, daß sich bei einem Krankentransport durch die Rote Kreuzkolonne Unzuträglichkeiten ergeben hätten. Es wurde in der Zuschrift weiterhin Kritik geübt an einem Beschluß des Krankenkassenvorstandes, wonach das städtische Krankenautomobil bei Krankentransporten nur mit Genehmigung des Kassenvorstandes benutzt werden dürfe. In einer Erwiderung sagt nun der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse:

Nach unseren Feststellungen ist der Krankenwagen alsbald nach dem Eintreffen der Meldung abgegangen und nach der Angabe der betreffenden Angestellten der Fabrik rechtzeitig, d. h. so schnell es möglich war, an Ort und Stelle eingetroffen. Es wird zugegeben, daß ein Gummireifen luftleer geworden ist, daß aber dieses Vorkommnis, das in wenigen Minuten beseitigt wurde, nicht geeignet ist, das Beförderungsmittel als nicht zeitgemäß hinzustellen. Ein gleiches oder ähnliches Vorkommnis ist bei anderer Beförderung nicht ausgeschlossen. Die benutzten Wagen entsprechen den Vorschriften des Roten Kreuzes und sind einwandfrei, worüber ärztliche und kreisärztliche Gutachten vorliegen. Achnliche Wagen werden ausschließlich vom Bergmannstrost zur Beförderung vieler Kranken benutzt. Wenn die Krankenkasse aus wirtschaftlichen Gründen dieses Beförderungsmittel zuläßt und Mehrkosten nicht übernimmt, so geschieht das im Interesse der Kassenmitglieder und kann von „Pfennigfuchserei“ keine Rede sein.

Unser Streben geht schon immer dahin, die Krankentransporte kostenfrei durch die Stadt ausführen zu lassen, weil wir die Krankenbeförderung für ungleich notwendiger und wichtiger halten, als die mit vielen Kosten verknüpfte Unterhaltung von städtischen Promenadenanlagen, Museen, die jeder kostenfrei besichtigen bezw. benutzen kann. — Hinzu kommt noch, daß die Feuerwehr aus dem Transportwesen zirka 8000 Mk. erzielt bei zirka 230 000 Mk. Ausgabe, also eine Einnahme, die gegenüber der Ausgabe und dem ganzen Haushalt bedeutungslos genannt werden muß. Wir sind deshalb schon seit Bestehen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0005

de. Kasse bei dem Magistrat um Herabsetzung der Transportgebühren eingekommen, mit unserer Vorstellung aber abgewiesen worden, so daß wir uns an die Stadtverordnetenversammlung wenden mußten, um die Herabsetzung der Gebühren zu fordern. In einer sozial fortgeschrittenen Zeit wird man es nicht verstehen, daß für den Transport eines Kassenversicherten von unter 1000 Mk. Durchschnittseinkommen genau derselbe Betrag berechnet wird, wie für den reichsten Mann der Stadt."

Wir stimmen mit dem Vorstand der Krankenkasse durchaus überein in bezug auf die Forderung, daß das städtische Krankenauto beim Transport von Schwerverletzten ohne weiteres und in jedem Falle vollkommen gratis zur Verfügung stehen müßte. Und wir bedauern recht lebhaft, daß die Eingabe der Kasse an die Stadtverordnetenversammlung trotz der warmen Fürsprache unseres Genossen Gröbel unberücksichtigt blieb. Von geringem Verständnis für diese Dinge zeugend — wenn nicht gar blamabel — erscheint uns dagegen der Vergleich zwischen dem Wert von Promenadenanlagen, Museen und der Krankenbeförderung. Das sind allesamt wichtige, notwendige Bestandteile der Kultur, die sich einfach nicht vergleichen lassen. Der Vergleich des Vorstandes der Krankenkasse ist ebenso unangebracht wie sein merkwürdiger Hinweis auf die „Eleganz" des städtischen Krankenautos, der auch schon in der Eingabe an die Stadtverordneten einigermaßen auffiel. Wir dielten das Wort zuerst für einen „falschen Jungenschlag", müssen aber heute gestehen, daß es recht gut zu dem überschwänglichen Lobe des luftieren Privatkrankenwagens paßt. Wir bleiben dabei: Wenn ein Menschenleben in Gefahr ist, hat das schnellste Beförderungsmittel in Tätigkeit zu treten, dabei muß gleichgültig sein, ob der Gefährdete ein Kommerzienrat oder ein kassenversicherter Arbeiter ist. In ernsten, eiligen Fällen, wo fünf Minuten Verzögerung den Vorteil des schnellen Beförderungsmittels aufheben und vielleicht das Leben des Kranken kosten, kann aber die Benutzung des Autos gar nicht von der Genehmigung des Kassenvorstandes abhängig gemacht werden!

Der Kassenvorstand wendet sich gegen den Ausdruck „Pfennigfuchserei". Sehr zu unrecht. Wenn er auch neuerdings wieder schreibt:

Wenn die Kasse aus wirtschaftlichen Gründen dieses Beförderungsmittel zuläßt und Mehrkosten nicht übernimmt, so geschieht das im Interesse der Kassenmitglieder

dann liefert er damit einen neuen Grund zu hartem Vorwurf. Die Benutzung eines Krankentransportmittels geschieht nach unserer Meinung nicht im Interesse der Kassenmitglieder, sondern einzig und allein im Interesse des Kranken, zur Erhaltung des gefährdeten Lebens. Die Auffassung des Krankenkassenvorstandes mag bureaukratisch sein, sozial verständig ist sie jedenfalls nicht.

* **Stadtverordnetensitzung.** Sechsunddreißig Punkte umfaßt die Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 16. März. A. Oeffentliche Sitzung: 1. Mittelbewilligung für Militärbauten. 2. Ankauf eines Bootshauses. 3. Unterstützung der Kanigesellschaft. 4. Aenderung eines Mietsvertrags. 5. Wasserversorgung und Beleuchtung der Berliner Brücken. 6. Neupflasterung der Reilstraße. 7. Haushaltsplan für 1914: Gemeindeabgaben, Insgemein, Feststellung des Gesamthaushaltsplanes. 8. Voranschlag zur Schwimm- und Badeanstalt. 9. Petition betr. den Betrieb des Hallenschwimmbades. 10. Unterstützungsgesuch. 11. Mittelbewilligung für Umbauten in Adelheidsruh. 12. Entlastung der Rechnung über die Kühlanlage des Schlachthofes. 13. Entlastung der Rechnung der kaufmännischen Fortbildungsschule 1912. 14. Nachbewilligung für das Wasserwerk. 15. Instandsetzungsarbeiten an der Moritzkirche. 16. Petition um Zufahrtsstraße zur Petruskirche. 17. Erneuerung von Schlachtwinden. 18. Nachbewilligung für den Schlacht- und Viehhof. 19. Veränderung von Aborten im Schlachthofe. 20. Petition um Uebernahme des Stadttheaterorchesters in städtische Verwaltung. 21. Berechnung der Kosten für die Kabelleitung nach Büschdorf. 22—24. Petitionen. 25. Verteilung der Zinsen des Schmidtschen Legatenfonds. 26. Abgaben für Benutzung der Fleischverkaufshalle. 27. Nachbewilligung für die Gas- und Wasserwerke. B. Nichtöffentliche Sitzung: 28. Pensionierung eines Beamten. 29./30. Anstellung von Lehrern. 31. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamts. 32. Anstellung eines Beamten. 1. Lesung. 33. Wahl eines Mitgliedes für den Grundsteueraustausch. 34. Wahl von Beisitzern in die Deputation für den Arbeitsnachweis. Weshalb in nichtöffentlicher Sitzung? 35. Pensionierung eines Beamten. 36. Erinnerungen zur Rechnung des Stadttheaters für 1911.

* **Der städtische Haushaltsausschuß** erledigte am Donnerstag mehr als ein Dutzend Vorlagen. Der Kanigesellschaft wurden 500 Mk. Unterstützung für ein Preisausschreiben geschenkt. Das Preisausschreiben gilt der Erlangung einer Schrift, die den Einfluß der Kantischen Philosophie auf die Männer der preußischen Erhebungszeit behandeln soll. — Den Direktoren und Lehrern an den höheren Schulen wurden grundsätzlich dieselben Gehaltssätze gewährt, die an königlichen Anstalten eingeführt sind. Augenblicklich hat das keine Mehrausgaben im Gefolge, da die Sätze bereits gezahlt werden, doch tritt eine Erhöhung ohne weiteres und sofort in Kraft, sobald der Staat die Gehälter an seinen Anstalten erhöht. — Die gärtnerischen Anlagen in der Giebichensteiner Straße erfordern einen Kostenaufwand von 9750 Mk., der bewilligt wurde. Der Promenadenweg vor dem Amtsgarten soll für Radfahrer gesperrt, für Reiter in einer bestimmten Breite zugänglich sein. In den Amtsgarten werden drei Eingänge vorgesehen. — Der Erwerbung des Bootshauses des Rudervereins für 8000 Mark wurde zugestimmt, ebenso der Gas- und Wasserleitung im Zuge der Berliner Straße und über die Berliner Brücke. Die Berliner Brücke selbst soll elektrisches Licht erhalten. — Bewilligt wurde die Neupflasterung der Reilstraße von Kurallee bis Angerweg, ebenso eine Anzahl Ueberschreitungen der Ausgaben beim Gaswerke, Straßenbahn, Straßenreinigung, Theater. Beim Wasserverbrauch der städtischen Gebäude ergibt sich eine größere Mehrausgabe, deren Summe jedoch noch nicht festzustellen ist. Das Plenum soll „im Prinzip" die Ueberschreitung gutheißen unter Vorbehalt der Feststellung der Summe. — Die Vermietung der Talschmiede soll für 4500 Mk. erfolgen, 500 Mk. mehr als bisher. — Die Pensionierung des Magistratssekretärs Gürtler wurde genehmigt (Pension jährlich 2601 Mk.). — Die Gehaltspetitionen der Bureaugehilfen, Kanzlisten und Steuerheber kamen wegen Erkrankung des Referenten noch nicht zur Verhandlung.

* **Der gelungene Hammelsprung.** Die Arbeiter einer größeren Hallischen Fabrik hielten unter höchsteigener Leitung ihrer Fabrik „herren" eine Betriebsversammlung ab, um sich mit der Vorstandswahl für die Betriebs-Unterstützungskasse zu beschäftigen. Es kam zu wiederholten Abstimmungen, da die gelben Arbeiterzersplitterer die Mehrheit auf ihrer Seite glaubten, trotzdem für jeden Unbefangenen das Resultat nicht zweifelhaft sein konnte. Man einigte sich schließlich auf den Vorschlag, eine Auszählung durch „Hammelsprung" vorzunehmen. Das Schicksal entschied hierbei für die selbstbewußten, aufrechten Männer, die als große Mehrheit zum Arbeitslokal hereinmarschierten, und wurde für die gelben „Braven", die durch den unteren Toreingang kamen, zum wirklichen Hammelsprung!

* **Der Blumenkorso auf der Saale** findet, so beschloß der Hallische Verkehrsverein in seiner Generalversammlung am Donnerstag, in diesem Jahre am Sonntag, den 14. Juni, statt. Herr Kaufmann Ritter machte neue Vorschläge, die eine andere Gestaltung des Korsos nach sich führen und so neue Anziehungskraft auf das Publikum ausüben dürfte. Bisher hatte man sämtliche Gondeln in einer Klasse prämiiert, dadurch war es kleinen Gondeln sehr schwer gemacht, in eine Konkurrenz mit den großen Vereins- usw. Gondeln zu treten. Nun wolle man die großen Gondeln als Sonderklasse betrachten, und sie entsprechend prämiieren. Um weiter den Auswüchsen an Größe, Form und Farbe zu steuern, macht Herr Ritter den Vorschlag, eine bestimmte Anzahl großer Gondeln vom Verein aus zu mieten und sie den sich meldenden Vereinen und Gesellschaften mit genauer Anweisung bez. der Ausschmückung und Empfehlung an einen bestimmten Gärtner weiter zu vermieten. Auf diese Weise könne eine gewisse Einheit in der Dekoration der Boote erzielt werden. Der Vorschlag wurde angenommen, doch sollen auch Vereine, die eigene Ideen verwenden wollen, von dieser Konkurrenz natürlich nicht ausgeschlossen werden. Im Gegensatz zu früheren Jahren soll dieses Jahr das Publikum das Schiedsgericht bilden, derart, daß jeder Teilnehmer sein Urteil auf eine Karte schreibt. Nach diesen Karten, die der Verein sammelt, sollen dann die Preise ausgeteilt werden. Die Neuerung wird sicher große Anziehung ausüben. Angeregt wurde weiter, mit den Schwimmklubs und den Halloren in Verbindung zu treten und mit dem Korso ein Wettschwimmen, auch humoristische Sachen und Ueberraschungen verschiedener Art zu verbinden. Andere Neuerungen wurden ebenfalls beschlossen, die weitere Ausführung wird einem zu wählenden Ausschusse überlassen. Für die Gondelführer auf der Saale hielt man einheitliche Kleidung für wünschenswert.

* **Die Osterferien** nehmen an sämtlichen hiesigen Schulen am Mittwoch, den 1. April, ihren Anfang und enden mit Mittwoch, den 15. April.

* **Stadttheater.** Auf die heutige letzte Aufführung der Oper Tiefland sei nochmals hingewiesen. Zum morgigen einmaligen Gastspiel des Herrn Alexander Moissi vom Deutschen Theater in Berlin in der Titelrolle von Shakespeares Hamlet sind nur noch Eintrittskarten für 1. Rang und Galerie erhältlich. — Die Sondervorstellung für die Fortbildungsschule am Sonntag vormittag bringt eine Aufführung der Oper Fidelio von Beethoven. Beginn 11½ Uhr. Sonntag nachmittag gelangt in Abänderung des Repertoirs als Fremden- und Schülervorstellung bei kleinen Preisen Meyer-Försters Alt-Heidelberg zur Aufführung. Abends: Operetten-Premiere Die Marine-Gustl von Georg Jarno. Montag vorletzte Aufführung des Bühnenweih-Festspiels Parsifal. Auf vielfache Wünsche aus dem Publikum beginnt diese Vorstellung erst um 7 Uhr. — Dienstag zum 18. Male Wie einst im Mai. Zur gleichmäßigen Verteilung der Abonnements-Vorstellungen erweist sich für die kommenden Tage — Mittwoch bis Freitag — eine Umstellung der Viertel als notwendig. Als 182. Vorstellung im zweiten Viertel wird am Mittwoch, den 18. März, Stella maris in neuer Einstudierung durch Kapellmeister Wilhelm König zum Benefiz für Frau Margarete Bruger-Dreys gegeben. Das 3. Viertel erhält als 183. Vorstellung am Donnerstag, den 19. d. M., Schirin und Gertraude, das 1. Viertel als 181. Vorstellung am Freitag, den 20. d. M., die Operettennovität Die Marine-Gustl. Sonnabend (184. Vorstellung im 4. Viertel) zum Benefiz für Oberregisseur Scholling, zum 1. Male Der Bogen des Odysseus von Gerhart Hauptmann.

* **Notlandung von Militärfliegern.** Gestern nachmittag mußte ein Militärflugzeug, das von einem Oberleutnant geführt wurde und aus Döberitz kam, infolge Benzinmangels in der Nähe der Grube v. d. Heydt zwischen Bruckdorf und dem Rosengarten Ammendorf eine Notlandung vornehmen. Hierbei stieß das Fahrzeug hart auf den Boden auf und erlitt Beschädigungen am Propeller und an den Antriebsrädern. Verletzt wurde niemand.

* **Selbstmord in der Lesehalle.** Ein anscheinend wohnungsloser Kaufmann wurde im Hausflur der Volkslesehalle mit einer Schußwunde in der rechten Kopfseite betroffen. Er wurde mit dem städtischen Krankenwagen der Königlichen Klinik zugeführt, verstarb aber kurz nach der Einlieferung. Seine hier wohnhafte und von ihm getrennt lebende Ehefrau wurde benachrichtigt. Die Ursache des Selbstmordes ist nicht bekannt.

* **Wem gehört der Ulster?** Die Polizei macht bekannt: Am 8. März 1914 ist, auf einem Zaune des Grundstückes Trothaer Straße Nr. 2 hängend, ein brauner Ulster mit großen schwarzen Knöpfen aufgefunden worden. Der Eigentümer wird aufgefordert, seine Rechte innerhalb von 6 Wochen im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 98, geltend zu machen.

* **Unglücksfälle.** In der Raabeschen Spinnerei wurden gestern nachmittag einem 17jährigen Mädchen aus Dölau zwei Finger einer Hand vollständig abgetrennt, als sie zwischen Zahnräder einer Maschine geriet. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte sich das Mädchen in ärztliche Behandlung begeben. — In der Schimmelstraße am Neubau des Hallenschwimmbades fiel ein leerer, mit zwei Pferden bespannter Lastwagen, der rückwärts geschoben wurde, infolge Scheuens eines Pferdes in die 5 Meter tiefe Baugrube. Menschen oder Tiere wurden nicht verletzt. An dem Wagen zerbrach die Deichsel. — In der Hafenstraße fand ein Zusammenstoß zwischen einem Zuge der Hafenbahn und einem Milchfuhrwerk statt, der dadurch entstand, daß das vorgespannte Pferd den Wagen rückwärts auf die Schienen schob. Der Milchwagen wurde nur leicht an der Seite beschädigt. — Heute morgen stürzte der Schlosser Hermann Köhler, Langestraße wohnhaft, als er sich nach seiner Arbeitsstätte begeben wollte, von seinem Rad und zog sich eine zwei Zentimeter tiefe Wunde am Kopfe zu. Von Kollegen wurde der Gestürzte in ein Haus der Wittestraße gebracht, wo er wieder zur Besinnung kam. Nach seinen Angaben hat K. einen Ohnmachtsanfall erlitten.

* **Kleine Nachrichten.** Die Ehefrau eines an einem hiesigen Spezialitätentheater auftretenden Artisten, die von ihrem Ehemann getrennt lebt und auswärts wohnt, wurde der Wache im Roten Turm zugeführt, da sie sich mit Selbstmordgedanken trug. Die bei der Frau vorgefundene Schußwaffe wurde in polizeiliche Verwahrung genommen. Nachdem die Frau sich beruhigt hatte, wurde sie wieder entlassen. — In der Leipziger Straße geriet eine Kraftdroschke in Brand. Der Führer konnte das Feuer durch Auflegen von Decken ersticken, so daß die herbeigerufene Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Der Schaden ist nur gering. — Vergangene Nacht wurde an der Robert Franzstraße ein großer Unfug vollführt. Vermutlich von Studenten wurde ein großer Kohlenwagen der Firma Westphal in den Flutgraben geschwirzt. Es machte viele Arbeit, das schwere Gefährt wieder hochzubekommen. — Ein sich umherntreibender Schulknabe wurde in der Kaffeehalle im Roten Turm angetroffen. Da die Pflegemutter sich weigerte, den Knaben wieder aufzunehmen, wurde er dem Kinderasyl zugeführt.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Studentische Volksunterrichtskurse. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Spaziergang. Treffpunkt: Peißnitzbrücke. (Siehe Inserat.)

Bölberg. Gemeindevertretersitzung. Der Kreisausschuß verlangte von der Gemeinde die Hälfte der Kosten für Beseitigung der Gosse am Hause Nr. 7 in Höhe von 50 Mk. Die Gesamtkosten betragen 180 Mk. Da es aber Sache des Kreises ist, die Sache selbst zu erledigen, machte die Gemeindevertretung einen Vorschlag zum Ausgleich. Sie wandte sich an den Landrat und setzte folgende Bedingungen auf: Wenn der Gemeinde Bölberg 200 Mk. zum neuen Spritzenhaus, ferner der Platz des Schulhofes als Bauplatz und die von der Bölberger Mühle vorgeschlagene Spritze anerkannt werde, dann werde die Gemeinde die 90 Mk. zahlen. Es ging dann folgendes Antwortschreiben ein: Zur Spritzenhausangelegenheit werde er schon sehen, was er (der Landrat) machen könne, aber die Sonderangelegenheiten solle man damit nicht verquicken, es müßten die 90 Mk. bedingungslos bewilligt werden. Nach kurzer Debatte wurden die 90 Mk. dann auch bewilligt. — Den Antrag der Kirchengemeinde wegen Trennung von der Küsterei von Wörmlitz beantragten unsere Vertreter abzulehnen, denn wenn dem Antrag zugestimmt würde, wären der Gemeinde zwecklos Kosten aufgehalst. In längerer Debatte wurde festgestellt, daß der Kirchenbesuch in Wölbera so schlecht ist, daß häufig Sonntag nur 3 bis 4 Personen in der Kirche anwesend sind, und diese wohnen in der Regel auch nicht in Bölberg. Der Antrag der Kirchengemeinde wurde einstimmig abgelehnt. Wenn nun von seiten der Regierung der Antrag doch durchgedrückt wird, dann können wir vielleicht in die Lage kommen, Kirchensteuern zahlen zu müssen. Das wäre freilich Agitationsstoff betreffs Austritt aus der Landeskirche. — Betreffend den Turmbau auf der Kirche zu Bölberg wurde ein Schreiben verlesen, daß ein Spender einen Teil zum Bau des Turmes geben wollte. Er frug an, wieviel Mittel die Gemeinde hätte. Es wurde beschlossen, den Antrag abzulehnen mit der Begründung, wenn er es machen lassen wollte, solle er alles zahlen, die Gemeinde hätte keine Mittel dafür übrig und ein anderer Spender sei nicht vorhanden.

Bölberg. Die Gemeindevertreterwahl für Bölberg findet am 18. März, abends 8 Uhr, im Kurzhalsschen Lokale statt.

Dölau. Bei der Gemeindeverterwahl am 12. März wurden in der dritten Wählerklasse 192 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf unseren Kandidaten 89 Stimmen, auf den Bergmann Friedrich Damm 103 Stimmen. Damm ist somit gewählt. In der zweiten Abteilung wurde der Prokurist Specht mit 32 Stimmen gewählt. Fünf ersttlassige Stimmen wählten endlich den Juwelier Steger zum Gemeindevertreter. — Während der Wahl der dritten Abteilung wurde der Genosse Fr. Naumann von einer krampfartigen Ohnmacht befallen, die sich zur Bewußtlosigkeit steigerte. Genosse N. wurde von hilfsbereiten Genossen ins Freie gebracht und durch Anordnung des Herrn Dr. Bohn mittels Krankenwagens nach seiner Wohnung geschafft. Der Kranke hat sich inzwischen wieder erholt.

Lettin. Die Gemeindevertreterwahl findet am Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Hübnerschen Lokal statt. Es ist Terminswahl, deshalb müssen alle Wähler der dritten Abteilung pünktlich um 8 Uhr zur Stelle sein!

Ammendorf. An der Stieftochter vergangen. Der Schmied Paul Queißer von hier machte sich im vorigen Jahre gegen seine jetzt 15 Jahre alte Stieftochter zweimal der Vornahme unzüchtiger Handlungen schuldig. Qu. steht im Alter von 40 Jahren und ist noch unbescholten. In der gestrigen Verhandlung vor der Hallischen Strafkammer, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, legte Qu. ein öffentliches Geständnis ab. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde er zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Radewell. Bei der Gemeindevertreterwahl wurde in der 3. Abteilung der Genosse Karl Rothe mit 134 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Löbejün. Die am Mittwoch, den 10. d. M., abgehaltene Frauenversammlung war gut besucht. Die Frauen waren zahlreich vertreten. Der Vortrag der Genossin Hennig-Leipzig wurde sehr beifällig aufgenommen; die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme. Sechs Frauen und drei Männer ließen sich als Mitglieder der politischen Organisation neu einschreiben. Im ganzen sind seit Sonntag 23 Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und sechs Volksblattleser gewonnen worden. Das Resultat läßt allerdings noch viel zu wünschen übrig. Wenn der Erfolg größer werden soll, muß noch viel mehr und angestrengter gearbeitet werden.

Könnern. Stadtverordnetensitzung. Das städtische Elektrizitätswerk hatte im Monat Januar eine Einnahme von 4088 Mark oder 594 Mk. mehr wie im Januar 1913. — Bekanntlich soll die Pumpstation des Wasserwerks um zwei Brunnen erweitert werden. Das dazu nötige Land ist bereits erworben. Der Vorstand der Licht- und Wasserwerke wurde ermächtigt, die Arbeiten nach dem Vorschlage der Firma Pfeffer Nachfolger Halle ausführen zu lassen. — Dann erfolgte die Beratung des wichtigsten Tagesordnungspunktes, nämlich die des Etats für das laufende Jahr. Der Finanzausschuß hatte aber alles derartig „fein" durchberaten, daß für das Plenum nur noch die Zustimmung übrig blieb. Man beschränkte sich auf das Verlesen der wenigen Veränderungen, so daß die Sache im Handumdrehen erledigt war. Einleitend gab der Bürgermeister einen kurzen Verwaltungsbericht über das verflossene Jahr. Dabei erfuhr man, daß die wirklichen Schulden unserer Stadt „bloß" 121 800 Mark betragen. Wenn die Schuldenlast gerade nicht übermäßig ist, so können wir uns doch damit fehlen lassen. Ein Stein des Anstoßes ist in der Bürgerschaft das neue Spritzenhaus geworden, das der Stadt 13 500 Mark gekostet hat. Statt dessen hätten viel wichtigere Sachen in Angriff genommen werden können. Zu erinnern ist hierbei an die schlecht gepflasterten und noch mehr an die ungepflasterten Straßen. Bei Regenwetter gleichen die letzteren zum Teil wahren Schlammpfühlen, so daß es unmöglich ist, von der einen Seite der Straße nach der anderen zu gelangen. Ein typisches Beispiel bietet der obere Teil der Rothenburger Straße; dort wagt tatsächlich niemand die Straße zu überqueren, ohne vorher sein Testament gemacht zu haben. Hier nach und nach Abhilfe zu schaffen, müßte der Stolz einer weisen Regierung sein. Hoffen wir, daß die gegenwärtige Generation diese Verbesserung noch erlebt.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

5000 Mark unterschlagen! Ein hiesiger, 23 Jahre alter Handlungsgehilfe Oe. unterschlug in den Jahren 1911—1913 der Firma, bei der er in Stellung war, nach und nach 70 Geldbeträge in Gesamthöhe von etwa 5000 Mk. Zur Verdeckung seiner Veruntreuungen nahm er in den Büchern falsche Eintragungen vor. Im Sommer 1913 gab er selbst seine Stellung auf; erst ein halbes Jahr nachher kam die so schwer geschädigte Firma hinter die Fälschungen und Unterschlagungen. Der junge Mann stammt aus Eisleben und hat bereits ein bewegtes Leben hinter sich. Zuerst war er dort Lehrhäuer, wurde aber infolge von vollendeten und versuchten Diebstählen für die

Kaffee, Kakao, Tee u. Zucker in bester Qualität zu extra billigen Preisen und mit 5% Rabatt. 7726

Zuckersüsse Apfelsinen Dutzend 35, 45 und 65 Pfennig

empfehlen **Pottel & Broskowski.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191403 14-16/fragment/page=0006

neun Monate Gefängnis erhielt, entlassen. Er versuchte sich dann in Harburg als Schiffsjunge, lief aber schließlich davon; gefaßt wurde er im eine Geldstrafe von 20 Mk. genommen. Die jetzige Firma kannte sein Vorleben noch nicht. Er will in die neue Stellung, in der er ein Anfangsgehalt von 75 Mk. bekam, (!) mit etwa 200 Mk. Schulden eingetreten sein. Um sie abzuzahlen, habe er die ersten Unterschlagungen begangen, nicht aus Mutwillen, sondern aus Not, da ihm der Gläubiger mit der Mitteilung seiner Vorstrafen an die Firma gedroht habe. Um die veruntreuten Beträge decken zu können, habe er sich auf Wettrennen eingelassen; aber statt einen großen Gewinn zu machen, sei er dadurch nur immer tiefer in Schulden und in die Notwendigkeit neuer Unterschlagungen geraten. In seiner Lebensführung will er keine bedeutenden Aufwendungen gemacht haben; doch wird von der Anklagebehörde vermutet, daß er die bedeutende Summe, die er in kaum zwei Jahren unterschlug und völlig verbrauchte, zum großen Teile in leichtfertiger Gesellschaft vergeudet hat. Der Staatsanwalt rügte die Handlungsweise des Angeklagten als äußerst frivol; zur einen in außerordentlich schnöden Vertrauensbruch erscheine eine Gefängnisstrafe von drei Jahren durchaus angebracht. Die Strafkammer erkannte auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte habe, trotzdem die so gröblich getäuschte Firma durch die Art ihrer Buchführung für Kontrolle nach jeder Richtung gesorgt habe, es dennoch in raffinierter Weise, wie sie nur selten gefunden werde, verstanden, die Firma lange Zeit zu hintergehen. Von wirklicher Not könne keine Rede sein.

Gefälschte Auftragszettel. Der ehemalige Apotheker Heinrich Elsing, der sich durch verschiedene Vorstrafen wegen Urkundenfälschung oder Betrugs seine ursprüngliche Laufbahn verscherzt hat, war im vorigen Jahre längere Zeit Provisionsreisender für eine Frankfurter Oelhandlung. Im April besuchte er auch Wiesbaden, wo er sich einem Kaufmann als „Direktor der chemisch-technischen Industrie" vorstellte. Er wußte so lange mit großer Zungenfertigkeit auf den Kaufmann einzureden, bis dieser sich auf Entnahme von Oel für 800 Mk. einließ, aber nur auf Kommission. E. fälschte darauf den Bestellzettel derart, daß aus dem Kommissionsgeschäft eine feste Bestellung wurde. Die Firma zahlte darauf an den Reisenden etwa 170 Mk. Provision, hatte aber nachher von dem angeblichen festen Auftrag nichts weiter als unnütze doppelte Transportkosten nebst anderen Verlusten. Nach den heutigen Angaben des Inhabers der Handlung soll E. sich noch mehr solcher falschen Bestellungen erlaubt und die Firma mit großer Raffiniertheit und Skrupellosigkeit um ganz erhebliche Summen geschädigt haben. In seinem Schlußwort bat E. die Strafkammer, sie möge ihn doch nicht zu hoch bestrafen und ihn nicht ganz fallen lassen. Er verbüßt zurzeit eine Gefängnisstrafe, die er in Wiesbaden wegen Betrugs erhalten hat. Wegen der Bitterfelder Straftat beantragte der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis. Das Gericht hielt zwei Monate Gefängnis für hinreichend, da es nur über dieser einen Fall abzuurteilen habe.

Sieben Schreibmaschinen gestohlen? Aus einer hiesigen Schreibmaschinenfabrik wurden im Jahre 1912 sieben Schreibmaschinen entwendet. Den Dieben vermochte man zuerst nicht auf die Spur zu kommen. Doch wurde schließlich ermittelt, daß der Schlosser William Göttmann, der eine Zeitlang in der Fabrik beschäftigt gewesen war, eine von den gestohlenen Maschinen an einen ihm bekannten Geschäftsmann verkauft hatte. Die Nummer war sorgfältig verschmiert worden. Als der Käufer das entdeckte und noch anderes Verdächtige erfuhr, brachte er die Sache selbst beim Direktor der Fabrik zur Anzeige. G. will die Maschine von einem Reisenden gekauft haben, der aber nirgends aufzufinden ist. Kurz bevor G. verhaftet werden sollte, floh er und gelangte bis nach Antwerpen. Vor seiner Flucht äußerte er zum Schwager des Käufers der Maschine, es sei eine dumme Sache; ihm selber könne zwar nicht viel passieren, aber er müsse dann noch die sechs anderen mit hineinreißen; ein Großkaufmann stecke auch mit darunter. Die übrigen sechs Maschinen seien gut verkauft. G. will freilich von alledem kein Wort gesagt haben. Nach den Angaben seines Verteidigers soll er geistig etwas defekt sein und stark an Nervosität und Gedächtnisschwäche leiden. Die Anklage gegen ihn lautete nicht auf Diebstahl, sondern auf Hehlerei. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Der Diebstahl der Maschinen müsse von Angestellten der Fabrik begangen sein und der Angeklagte beim Ankauf der in Frage kommenden Maschine unbedingt darum gewußt haben, daß sie aus dem Diebstahl herrührte.

Aus der Provinz.

Zu den Gemeindevertreter-Wahlen.

Weßmar. Den Gemeinderatswählern von Weßmar zur Kenntnis, daß die Wahl am Montag, den 16. März, von abends 8 Uhr an im Müllerschen Lokale stattfindet. Damit wir nicht von unseren Gegnern überflügelt werden, muß unbedingt jeder pünktlich zur Stelle sein. Der Maurer Otto Becker ist wieder aufgestellt für die dritte Klasse.

Bennstedt. Die Gemeindevertreterwahlen finden am Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr, in Henigs Gasthofe statt. Aus der 3. Abteilung scheidet Lenebrt aus. Als Kandidat in der 3. Abteilung ist der Maurer Wihaek aufgestellt. Arbeiter und Handwerker, erscheint sämtlich zur Wahl und wählt den Maurer Adam Wihaek.

Roitzsch. Laut amtlicher Bekanntmachung findet die Gemeindevertreterwahl Dienstag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur Glocke statt. Die 3. Klasse wählt zuerst, daher müssen die Wähler derselben Punkt 3 Uhr zur Stelle sein. Als Kandidat ist aufgestellt der Bergarbeiter Wilhelm Gast. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, sich pünktlich an der Wahl zu beteiligen, damit auch das letzte Mandat von der Arbeiterschaft erobert wird.

Fichtenberg. Bei der kürzlich stattgefundenen Gemeinderatswahl siegten die Gegner mit 11 Stimmen. Unser ausscheidender Genosse erhielt 8 Stimmen. Trotzdem hier eine starke Arbeiterschaft vorhanden ist, die sich aber nicht in genügender zur Wahl gekümmert hat, ist den Gegnern der Sieg leicht gemacht worden. Zwei Genossen sind noch gewählt.

Pröfen. Gemeinderatswähler! Unsere Vermutung, daß zur diesjährigen Wahl ein harter Kampf um die Mandate entbrennen würde, ist eingetroffen. Der Kampf beginnt. Aber nicht von bürgerlicher Seite, wie wir erwartet hatten, sondern aus den Reihen der Parteigenossen sind es Leute, die es für gut befinden, gegen die Aufstellung unserer Kandidaten vorzugehen und andere Kandidaten zu proklamieren. Aber nicht etwa politisch oder gewerkschaftlich organisierte, sondern uns gänzlich fernstehende Kandidaten bietet man der Arbeiterschaft. Am Mittwoch nachmittag trugen Schuljungen Einladungen zur Gründung eines Schlachtvereins und Aufstellung neuer Kandidaten zur Gemeinderatswahl von Haus zu Haus. Einberufer dieser Versammlung war der Parteigenosse Otto Kretschmar. Wir können nicht annehmen, daß der neugegründete Schlachtverein, der doch nur billige Fleischpreise für seine Mitglieder schaffen will, sich mit der Aufstellung der Kandidaten beschäftigt, denn dann kreiht man doch Politik. Es käme also nur der Einberufer in Frage, und dessen Absicht ist von der denkenden Arbeiterschaft durchschaut. Kein Wähler falle also auf diesen Trick hinein und höre nicht auf die Machinationen eines einzelnen. Jeder redlich denkende, aufgeklärte Arbeiter gebe seine Stimme nur den von der Partei mit großer Mehrheit aufgestellten Kandidaten, Parteigenossen, Gewerkschaftler, Arbeitskollegen! Tue jeder seine Pflicht, dann wird uns der Sieg gewiß sein. Erscheint alle nochmals Sonnabend, den 14. März, 9 Uhr, zur Versammlung bei Kalex.

Hettstedt. Unfallchronik. Am Dienstag fiel das 13jährige Söhnchen des Fahrradhändlers Beyer in die Wipper. Glücklicherweise wurde der Unfall von dem Postschaffner Bäcker bemerkt, der das Kind unversehrt dem nassen Element entriß. — Auf dem Freiensleben'schen Kupferschachte verunglückte der Bergmann Wagner aus Großörner. Dem Bedauernswerten wurde ein Bein zerquetscht. Er fand Aufnahme im Krankenhause.

An die Gleichgültigen und Lauen!

Nicht Partei ergreifen, das heißt: Keine Ueberzeugung haben oder sie verleugnen. Nicht Partei ergreifen, das heißt: In einer schmachvollen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, die das Herz der Menschheit durchzucken, die eigene Ruhe und Behaglichkeit den gewaltigen Fragen vorzuziehen, von denen das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt und so die Pflichten verraten, die wir dem Vaterlande schulden. Die Geschichte hat Verzeihung für alle Irrtümer, für alle Ueberzeugungen, sie hat aber keine Verzeihung für Ueberzeugungslosigkeit. Ferdinand Lassalle.

Gerbstedt. Stadtverordnetenversammlung. Die Tagesordnung der letzten öffentlichen Sitzung umfaßte acht Punkte. Zuerst wurde der Etat der Wasserwerkskasse auf 12 500 Mk. festgesetzt. Ferner nahm man zur Kenntnis, daß durch die Mansfeldsche Gewerkschaft 3042 cbm Wasser mehr an die Stadt geliefert wurde, als vertraglich vorgesehen war; dafür müssen 152,10 Mk. gezahlt werden, 5 Pf. pro cbm. Die gewünschte Pflasterung der Mansfelder Straße veranlaßte eine längere Debatte. Der Magistrat hat den Beschluß gefaßt, von der Pflasterung abzusehen, weil wieder mal kein Geld im Säckel war für diesen Zweck. Der Vorschlag, eine Anleihe aufzunehmen, wurde vom Bürgermeister bekämpft, da die Regierung hierzu die Genehmigung versagt. Hierbei leistete sich der Bürgermeister einige Seitenhiebe gegen die frühere Stadtverordnetenmehrheit, weil sie die Pflasterung der Straßen stets abgelehnt habe. Die Regierung habe damals einer Anleihe freundlich gegenüber gestanden. Ja, der gute Magistrat und die bösen Stadtverordneten! Da tat die Versammlung das beste, was sie trotz bürgermeisterlichen Abratens tun konnte, sie beschloß die Pflasterung und die Kosten durch eine Anleihe zu decken. Der Eisleber Magistrat hatte ein Schreiben betr. Schaffung einer Autolinie Allstedt—Eisleben—Volkstedt—Polleben—Helmsdorf—Gerbstedt—Belleben eingereicht. Die Versammlung steht diesem Projekt freundlich gegenüber. Allstedt hat mitlerweile abgelehnt. Der Ratsherr Eichler hatte sein Amt altershalber niedergelegt. Diese Gelegenheit nahm der Bürgermeister nochmals wahr, um gegen die oppositionellen Stadtverordneten, die vor einigen Jahren dem Herrn viel zu schaffen machten, einige Bemerkungen zu machen, die bewiesen, daß der Herr von der damaligen Opposition richtig eingeschätzt wurde. Er konnte sich nicht des Lobes genug tun über die Standhaftigkeit des aus seinem Amte scheidenden Ratsmannes in der (für den Bürgermeister natürlich) damaligen schweren Zeit, und forderte die Stadtverordnetenversammlung auf, ein Gleiches zu tun. Die Wahl fiel auf Kaufmann Mönicke, der mit elf gegen zehn Stimmen, die Landwirt Erdlich erhielt, gewählt wurde. Der Kämmereietatse wurde für 1912 dann noch Entlastung erteilt, nachdem eine Kommission eingehend die Rechnung geprüft hatte. Die Einnahme betrug 138 256,30 Mk., die Ausgabe 114 837,29 Mk., so daß ein Betriebsfonds von 23 419,01 Mk. verblieb. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

Sangerhausen. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich vor dem Landgericht Nordhausen am 10. Dezember v. J. der Nähmaschinenreisende August Hattenhauer zu verantworten. Das Gericht ist jedoch zur Freisprechung des Angeklagten von dieser ihm zur Last gelegten Straftat gelangt und hat ihn nur wegen Uebertretung der Provinzialverordnung für Radfahrer vom 15. Juli 1908 zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Angeklagte ist Reisender einer Nähmaschinenfabrik in Nordhausen für die Bezirke Kelbra und Berga. Zwecks Zeitersparnis pflegte er öfters die Wege zwischen dem Bahnhof und den in der Umgegend zu besuchenden Kunden mit seinem Fahrrade zurückzulegen. Während er eines Abends Mitte September in mäßigem Tempo auf der Mitte der Landstraße fuhr, begegnete er drei Männern, die gleichfalls auf der Mitte der Landstraße daherkamen. Da er, infolge der Dunkelheit diese drei Personen nicht hatte sehen können und diese auch, da er keine Laterne führte, ihn nicht wahrgenommen hatten, so kam es, daß er den in der Mitte gehenden Knopfmacher Sperber aus Sangerhausen umfuhr, der infolge des Sturzes einen Schädelbruch erlitt und an dieser Verletzung tags darauf im Krankenhaus verstarb. Daraufhin hatte sich der Angeklagte wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Das Gericht hat zwar angenommen, daß der Angeklagte mit der Möglichkeit hätte rechnen müssen, daß ihm selbst auf der Mitte der Landstraße ein Fußgänger begegnen könnte; und der Unglücksfall an sich wäre zweifellos vermieden geblieben, wenn der Angeklagte eine brennende Laterne geführt hätte, so daß ihn die Fußgänger hätten bemerken können. Jedoch ist das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten gelangt, indem es sagt, der Angeklagte habe mit einem derartig folgenschweren Unfall nicht rechnen können. Die tödliche Verletzung sei eine so entfernte Möglichkeit gewesen, daß ihre Außerachtlassung dem Angeklagten nicht zur Last gelegt werden könne. Eine Körperverletzung liege allerdings vor, jedoch sei deretwegen der Angeklagte nicht zu bestrafen, da es in diesem Falle eines Strafantrages bedurft hätte, der aber nicht gestellt war. Das Gericht hat weiterhin auch erwogen, ob der Angeklagte wegen „fahrlässiger Körperverletzung unter außer Achtlassung seiner Berufspflicht" gemäß § 230 Absatz 2 Str. G. B. zu bestrafen war, in welchem Falle es eines Strafantrages nicht bedurfte. Jedoch hat das Gericht auch diese Frage verneint, indem es sagt, der Angeklagte habe zwar erwiesenermaßen sein Fahrrad zur Erledigung von Geschäftswegen benutzt, jedoch sei nicht zu bejahen, daß er sich des Fahrrades gewerbsmäßig in seinem Betriebe bedient habe. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, welche der Reichsanwalt folgendermaßen begründete: Das Gericht sei zur Freisprechung des Angeklagten auf Grund eines irrigen Schlusses gekommen, indem es sagt, der Angeklagte habe mit der Möglichkeit eines derart schweren Unfalles nicht rechnen können. Jedoch sei dies eine rein tatsächliche Feststellung der Vorinstanz, die mit dem Rechtsmittel der Revision nicht angegriffen werden könne. Das Urteil sei also insoweit, als der Angeklagte von der Anklage wegen Vergehens gegen § 330 Absatz 1 freigesprochen worden ist, unanfechtbar. Rechtsirrig sei aber die Freisprechung des Angeklagten auch von der Anklage wegen „fahrlässiger Körperverletzung unter außer Achtlassung der Berufs- oder Gewerbepflicht"; denn das Gericht habe selbst festgestellt, daß der Angeklagte häufig das Fahrrad benutzt hat, um Kunden zu besuchen, also um Geschäftswege zu erledigen. Demnach habe er sein Fahrrad in Ausübung seines Gewerbes gewöhnlich benutzt. Auf Grund dieser Feststellungen sei die Auffassung des Gerichts rechtsirrig, wenn es trotzdem sagt, der Angeklagte habe sein Fahrrad nicht zur Ausübung seines Gewerbebetriebes benutzt. Der Reichsanwalt beantragte, das Urteil insofern aufzuheben, als der Angeklagte nicht wegen „fahrlässiger Körperverletzung unter Außerachtlassung seiner Berufspflicht" verurteilt worden ist, und die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen. Diesem Antrage entsprechend hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

— 185 Prozent Steuerzuschlag. Die am Mittwoch stattgefundene Stadtverordnetenversammlung beschloß, für das Etatsjahr 1914/15 den Steuerzuschlag auf 185 Prozent festzusetzen. Der Magistrat hatte 190 Prozent beantragt. Der ausführliche Sitzungsbericht mußte wegen des chronischen Raummangels für morgen zurückgestellt werden.

Torgau. Eine schlecht bekommene Gefälligkeit. Der Zigeuner, Pferdehändler Theodor Schmidt aus Liegnitz erhielt vom Schöffengericht Torgau drei Monate Gefängnis zudiktiert. Die Strafe trat er aber nicht selbst an, sondern er schickte seinen Freund, den Zigeuner Zul. Strauß nach Liebenwerda ins Gefängnis, der auch fünf Wochen von der Schmidtschen Strafe verbüßt hat. Für seine Gefälligkeit hatte ihm Schmidt 100 Mark Entschädigung gegeben. Wegen des Betrugs wurden beide von der Torgauer Strafkammer zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

— Eisenbahners Tod. Der Bahnmeister Kotte im nahen Zschackau wurde in der Nacht zum Donnerstag auf einer Streckenrevision zwischen hier und Zschackau von einer entgegenkommenden Lokomotive erfaßt, zur Seite geschleudert und sofort getötet.

Liebenwerda. Einer, der seine Pappenheimer kennt. Mit einer nicht alle Tage vorkommenden Betrugsaffäre hatte sich das hiesige Schöffengericht kürzlich zu beschäftigen. Ein geschäftskundiger Kleinkrämer aus Domsdorf sandte nach jedem Ordensregen oder wenn sich sonst Gelegenheit bot, an zahlreiche mit Orden und Titeln „ausgezeichnete" Personen Gratulationsschreiben mit nicht mißzuverstehendem Hinweis auf seine eigene angebliche Bedürftigkeit und der unzweideutigen Bitte um eine kleine Unterstützung. Den Schreiben fügte er ein ärztliches Attest über seine Ganzinvalidität, eine Mitteilung des Generalkommandos des 4. Armeekorps und eine Zehnpfennigmarke bei. Nach jahrelangem Treiben kam die Sache endlich infolge zahlreicher Rückfragen der Briefempfänger über die Verhältnisse des Angeklagten zur Kenntnis der Behörden. Wie zahlreich die Gaben an den Gratulanten einliefen, zeigt ein Einblick in das von ihm angelegte Buch. Danach hat er in der Zeit vom 1. August 1912 bis 25. Juli 1913 über 1922 Mark erbeten. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß der gerissene Geschäftsmann die fabrikmäßig hergestellten Gratulationen allen in Deutschland mit einem blechernen Piepmatz beglückten großen Kindern zugesandt, ja, in letzter Zeit seinen Gratulationsbetrieb sogar aufs Ausland ausgedehnt hat. Das Schöffengericht verknackte ihn zu vier Wochen Haft. Der Käsehändler aus Domsdorf verstand sich eben wie selten einer auf die Pische unserer Patrioten.

Allerlei.

Die Gefahren der Hochspannungsleitung.

Ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der Nähe von Strehlen zugetragen. Ein junger Landarbeiter, der zur militärischen Stellung nach Strehlen gekommen war und dort mit Kameraden des Guten zu viel getan hatte, kletterte auf dem Nachhauswege auf einen Mast der elektrischen Stromzuleitung der Ueberlandzentrale. Er wurde vom elektrischen Strom getroffen und stürzte vom Mast herunter. Im Fall verwickelte er sich in die Leitungen, die er mit herabriß. Da es unmöglich war, ihn ohne Hilfsmittel aus der Verwicklung der Drähte zu befreien, wurde ein Monteur der Zentrale herbeigeholt, der mit Gummihandschuhen versehen die Drähte entfernen wollte. Er kam jedoch durch irgendeine Unvorsichtigkeit mit einer ungeschützten Stelle des Körpers der Leitung zu nahe und wurde gleichfalls vom Strom getroffen. Er wurde auf der Stelle getötet und auch der junge Mann erlag auf dem Transport nach dem Krankenhaus seinen Verletzungen.

Kleines Allerlei. Verfündigung an einem altehrwürdigen Kunstwerk. Die Dresdner Stadtverordneten bewilligten mit 40 gegen 39 Stimmen die von der Regierung geforderten Mittel zur Errichtung einer Galerie für moderne Gemälde im Betrage von 450 000 Mk. Der Bau kommt trotz des Widerstandes eines Teiles der Bevölkerung in den Zwingeranlagen zu stehen, womit diese kunsthistorische Partie weiter verschandelt wird. — Ein Riesenbrand. In Portland (Oregon) sind sechs Häuserblocks durch ein Feuer zerstört worden. Auch zwei Dampfer wurden vom Feuer ergriffen. Der Schaden ist sehr groß. — Studentenstreik. Die Studentenschaft der Tierärztlichen Hochschule zu Wien beschloß, am Donnerstag in den Streik zu treten.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, und Parteinachrichten Paul Sennig, für Ausland und Feuilleton Karl Boch; für Gewerkschaftliches, Soziales, Buchwesen und Vereinsleben Wilhelm Koenen; für Halle und Saalkreis Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; für die Anzeigen Wilhelm Kerzig; Verleger Alfred Jähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Lest die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen Frau Marie Schmidt, Wilhelmstr. 7.

Decken Sie Ihren Bedarf an — **Uhren und Goldwaren** bei der als reell und billig bekannten Firma **Max Bernhardt.** Merseburger-Straße 164. Große Ulrichstraße 56. 122
Sorgfältige und solide Reparatur-Werkstatt für Uhren.

Schuhhaus zum - Roland - Gr. Ulrichstr. **52.** Filiale: Steinweg 19.

Billiges Angebot! **Damen-Stiefel** Derby mit Lack Grösse 36-42 nur **4.85** 7714

Billiges Angebot! **Herren-Stiefel** Derby mit Lackkappe Grösse 40-46 **5.45**

Knaben- u. Mädchen-Stiefel (genagelter Boden)

25-26	27-30	31-35	36-40
1.98	2.48	2.98	3.98

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0007

Kleider machen Leute!

Verkauf von eleganten neuen und zurückgesetzten Anzügen, Maß-Paletots, Ulsters 2c., teils aus ersten Werkstätten stammend, (auch auf Seide) für jede Figur passend am Lager, zu folgenden Preisen:

Getragene Jackett-Anzüge	7.90, 10.—, 14.— 2c.
Getragene Paletots	6.—, 8.—, 10.— 2c.
Getragene Ulster	8.—, 12.—, 16.— 2c.
Getragene Rock-Anzüge	8.—, 14.—, 18.— 2c.
Getragene Gehrock-Anzüge	12.—, 18.—, 24.— 2c.
Getragene Frack- und Smoking-Anzüge	20.—, 28.—, 33.— 2c.
Herren-Beinkleider	2.90, 3.50, 5.— 2c.
Gummi-Mäntel und Pelerinen	7.50, 9.50, 14.50 2c.

Frack- und Gesellschafts-Anzüge verleihen von 1.50 an.

Kaufhaus für Herrenbekleidung G. m. b. H.
R. Michalk

Sonntags geöffnet von ½12–½2 Uhr **11 Leipzigerstrasse 11** Keine Filialen am Platze

7744

7511

Sankt- patentamtlich

Rufus-Bräu geschützt.

Erstklassiges Tafel-Starkbier.

Aus Original-Münchner-Malz hergestellt.

30 Flaschen Mk. 3.60 frei Haus.

Händler erhalten Vorzugspreise.

*7546 Telephon 27 und 965.

Tapeten enorm billig

stets das **Neueste in grösster Auswahl.** Beachten Sie, bitte, die **Rester-Auslagen** meiner Schaufenster; die Preise sind auffallend billig und teils bis über die Hälfte ermässigt.

Bernstein-Fussboden-Lackfarbe

(das gute Fabrikat Tiedemann) trocknet über Nacht und kostet das Kilo, 2 Pfd., bei mir nur M. **1,10.**

7648 **Hall. Tapeten-Haus**

Geiststrasse 45, neben Thalia-Passage. **Steinweg 55.** **Grosse Steinstrasse 34a.**

15 % **Brotfabrik Karl Müller** **15 %**

6791 empfiehlt ihr

vorzügliches helles sowie dunkles Brot.

Filialen: Gr. Brunnenstr. 65 und Gleariusstr. 4 (am Hallmarkt). In **Kröllwitz** ist das Brot b. Herrn **Demmer, Talstr. 33,** zu haben.

15 % Die Rabattkarten können zu jeder Zeit im Haupt-Geschäft **Friedrichstr. 32** eingelöst werden. **15 %**

Schöne, gediegene 6252

Möbel-Ausstattungen

empfiehlt zu billigsten Preisen

Möbelfabrik

G. Schaible,

Grosse Märkerstrasse, am Ratskeller.

— Besichtigung gern gestattet. —

Prima Hasen u. Kaninchen in bester Qualität. 7711

Walter Raue, Zwingerstr. 27 u. Wochenmarkt.

Sommersprossen

kann jeder in zehn Tagen gänzlich beseitigen. Auskunft kostenlos. **Frl. E. Loessin, Berlin, Seestrasse.** (Rückmarke.) *3491

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.

Jahresproduktion 1914-1915 125 000 DW.

Zu haben beim *2798

Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor

Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedstr. — Tel. 3939 —

u. Allgemeinen Konsumverein und dessen Filialen.

7735

Neuheiten in **Klappwagen**

mit verstellbarer Lehne und Gummirädern . . . . . nur **10⁷⁵**

C. F. Ritter, Halle (Saale), Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Möbel

Brautausstattungen

in guter Ausstattung von **200—8000 Mark** stets am Lager.

Komplette Wohn-, Speise-, Herren-, Schlafzimmer-Einrichtungen.

Eleg. Salonneinrichtung.

in allen Holz- u. Stilarten.

Küchen-Einrichtungen

reizende neue Muster.

Einzelne Möbel

in großer Auswahl.

Durch grosse Gelegenheitskäufe

tabelhaft billige Preise.

Friedrich Peileke

Halle (S.) 7649

Möbel-Magazin

Geiststraße 24 u. 25.

Tischlerei u. Polsterwerkstatt im Hause.

Gegründet 1883.

Fleischhalle, Triftstraße, Postgebäude.

Inhaber: **Robert Hummel.**

Empfehle nur prima

Fleisch- und Wurstwaren

vom hiesigen Schlachthof.

Bestes Rindfleisch zum Kochen nur 75 ₰, feinste Bratenstücke o. Beil. 90—95 ₰, Schweinefleisch z. Brat. 80—90 ₰, Kalbfleisch diese Woche 75—85 ₰, Rot-, Leber- u. Stilwurst 80 ₰, Knackwurst 95 ₰, Schlackwurst 125 ₰, zarte, kleine Schinken ohne Knochen 125 ₰. 7707

Preise

für „Kleine Anzeigen": Die einspaltige Kolonel-Zeile kostet 20 Pfennig. Bei 5- und mehrmaliger Aufgabe Rabatt nach Uebereinkunft.

Kleiner Anzeiger.

Abonnenten

erhalten auf Kleine Anzeigen bis zu 6 Zeilen gegen Rückgabe der Abonnements-Quittung im Fälligkeitsmonat 50% Rabatt.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Expedition Volksblatt, Harz 42/44,

Zigarrenhandlung v. **A. Albrecht,** Lindenstraße 54
„ „ **E. Bendlin,** Torstraße 43
„ „ **J. Schneider Nachf.,** Beesenerstr. 23
„ „ **J. Sanow Nachf.,** Geiststraße 5
„ „ **P. Leuschner,** Mittelwache 9
„ „ **E. Jungmann,** Pfännerhöhe 33
Materialwarenhdl. v. **G. Gerig,** Triftstraße 28.

Ebenso nehmen die Volksblatt-Austräger Anzeigen entgegen.

Verkäufe.

Kinderwagen u. **Wagendecke** billig zu verkaufen [7502 **Eichendorffstraße 24,** II. l.

7708] **Achtung!**

Gelegenheitskauf aller Arten **Schuhwaren im** Schuhhaus **Reilstr. 18.**

Pa. frisches Kalbfleisch, amtlich vollwertig gestempelt, 5 Kilogramm-Paket 4.50 Mk., von der Keule 5 Mk., versendet [*3503 **H. Kropat,** Schlächterei, **Pokraken,** Ostpr.

7736] **Feinste**

Tafelmargarine u. Nußbutter

Lebensmittel 2c., anerkannt gut und billig, empfiehlt **Ludwig, Triftstrasse 22.**

Gr. Federb. 9 M., Kissen 3 M., r. Inlett, s. verk. Albrechtstr. 16, I. l. [7442

Hühner 13er Frühbrut, gute Eierleg., Farbe n. Wunsch, u. Gar. leb. Ank., tierärztl. untersu., m. schön. gr. Hahn, 15 Stck. 35 M., 12 St. 29 M. 8 St. 19.50 M., Probepostk. 3 Stck. 7.85 M. **A. Mandel,** Berlin-Hohenschönhausen, Steindamm 305. [*3498

Makulatur verkauft **Expedition Volksblatt.**

Fettes **Schwein** zu verk. [*3502 **Rietleben,** Brüderstraße 2.

Frische **Enten**-Bruteier, vom Wasser, zu verk. [7721] **Torstr. 29.**

Kaufgesuche.

Kaufe Sonnabend und Sonntag jeden Posten **Kanarienhähne u. -Weibch.** Zahle, wie bekannt, höchste Preise. [7720 C. Zengerling, Torstr. 20, II.

Arbeitsmarkt.

Lehrling geg. Vergütung **gesucht.** 1. Jahr 250, 2. Jahr 300, 3. Jahr 350 Mk., Schulgeld u. Krankenkasse frei. [7735 **Hugo Brattfisch,** Tapez. u. Dekorat., Rosenstraße 6.

Tüchtige Kesselschmiede sowie für autogene Schweißerei einen **tüchtigen Schweißer** für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn gesucht. Offerten unter V. H. 245 an die Exped. d. Ztg. erb. [*3505

Verschiedenes.

Volkspark, Burgstr. 27.

Wir empfehlen unsern neugebauten **kleinen Saal** zur gefl. Benutzung.

6333 **Zigarren, Zigaretten** empfiehlt Aug. Lehnhardt, Böllbergerweg 6 u. Delitzscherstr. 6.

Zigarren, Zigaretten empf. in großer Auswahl [7704 **Otto Raue,** Wegscheiderstr. 22. Fernspr. 4969.

Zigarren, Zigaretten u. Tabake zu haben bei **E. Bendlin,** Torstr. 43.

Zigarren, Zigaretten empfiehlt Ed. Jungmann, Pfännerhöhe 33.

Sofa aufpolstern von 5 Mk. an, **Matratzen** aufpolst. v. 3 Mk. an. 7687] **E. Dippold,** Adolfstr. 9.

Möbelfuhren, mit Verschluß, werden angenommen. [7576 **G. Weinholz,** Harz 48. Tel. 5138.

Die neuen Krankenkass.-Anmeldungen sind zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** Halle (S.), Harz 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 62 Halle (Saale), Sonnabend den 14. März 1914 25. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

234. Sitzung. Donnerstag, den 12. März nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke, Lisco.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr.

Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen.

Direktor im Reichsamt des Innern **Lewald** empfiehlt den Gesetzentwurf, der für sich selbst spreche.

Abg. **Göhre** (Soz.):

Der Entwurf bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege der reichsgesetzlichen Wohnungsfürsorge, aber nur einen unendlich kleinen, da er nur solchen Baugenossenschaften Bürgschaftshypotheken geben will, deren Mitglieder Reichs- und Militärbedienstete sind. Gegen eine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften wird in der Begründung angeführt, die zu starke finanzielle Belastung des Reiches und außerdem das Fehlen einer Kontrollorganisation. Aber zu einer Bürgschaft braucht man überhaupt kein Kapital, und das Fehlen der Kontrollinstanz würde, wenn es überhaupt ein Bedenken ist, auch gegen den Entwurf in seiner jetzigen Ausdehnung sprechen. Uebrigens würden die Gemeinden zur Ausübung der Kontrolle gern bereit sein. Wir beantragen, den Entwurf an die Wohnungskommission zu verweisen, in der wir seine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften als unsere Hauptaufgabe betrachten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Diez-Konstanz** (Z.), Abg. **Schulenburg** (natl.), Abg. **Wendorff** (Vp.), Abg. Dr. **Arendt** (Rp.), Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vg.) begrüßen den Entwurf zustimmend; der Abg. Wendorff wünscht ebenso wie Göhre seine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften, die Kleinwohnungsbau betreiben.

Der Entwurf wird an die Wohnungskommission verwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines

Postscheckgesetzes.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.):

Dadurch, daß zwischen dem Abschluß der Kommissionsberatung und der zweiten Lesung von den Parteien ein Kompromiß geschlossen worden ist, an dem natürlich Aenderungen im Plenum dann kaum mehr möglich waren, sind die Rechte der Minderheit zu sehr verkürzt worden. Man sollte daher in Zukunft einen solchen Kompromißantrag erst wieder an die Kommission zurückverweisen. Dann ist es eher möglich, sachliche Verbesserungen noch durchzusetzen. Die Bedenken, die wir gegen das Kompromiß haben, hat der Vertreter meiner Fraktion in der zweiten Lesung, Herr Abgeordneter Bogtherr, ausführlich dargelegt. Ein nennenswerter Aufschwung des Postscheckwesens ist von dem Gesetz nicht zu erwarten. Die Reichspostverwaltung scheint einen solchen Aufschwung geradezu zu fürchten. Die mangelhafte Ausgestaltung dieses Gesetzes gibt mir nur die eine Hoffnung, daß die Sache im Fluß bleiben wird. Das kann unmöglich der Abschluß unseres Postscheckwesens sein. Eine wirklich große Zukunft kann es erst haben, wenn eine Verzinsung der Guthaben, sowohl der Grundsumme wie der anderen Guthaben, bei der Postscheckanstalt erfolgt. Das würde natürlich stark in die Verhältnisse der Depositenbanken eingreifen. Aber gerade deshalb muß dies Ziel möglichst bald verwirklicht werden, denn so wie heute geht es mit unseren Depositenbanken auf seinen Fall weiter. Durch die ungeheure Ansammlung von Kapital in den Depositenbanken ist einigen hundert Menschen ein nichterträgliches Verfügungsrecht über einen großen Teil unserer Volkswirtschaft gegeben. Hier liegen Probleme vor, die mit Hilfe der Ausgestaltung des Postscheckwesens gelöst werden müssen. Wenn eine Bank wie die Deutsche Bank mit 200 Millionen Mark Aktienkapital, 112 Millionen Mark Reserven, 15 000 Millionen Mark Depositen hat und 12½ Proz. Dividende verteilt, so sieht das so aus wie eine achtbare wirtschaftliche Leistung. Bei genauer Analyse aber zeigt sich, daß zwar die Aktionäre Vorteil davon haben, daß aber volkswirtschaftlich hier mit einer enormen Verschwendung gearbeitet wird. Das heutige System der Heranziehung der Depositen scheint also ein schwacher Punkt bei unseren Großbanken zu sein, wenn ein Institut von einer solch beherrschenden Stellung im Wirtschaftsleben, wie die Deutsche Bank, ihre Funktionen nicht einwandfrei erfüllt. Würden nun die Postscheckkonten verzinst, so würde das Geld auch den Banken zur Verfügung gestellt werden, aber nicht von den einzelnen Depositeuren, sondern von der Verwaltung des Postscheckwesens, die sich aber dann natürlich ein gewisses Kontrollrecht über die Banken vorbehalten müßte. Bogtherr hat schon darauf hingewiesen, daß eine viel engere Verbindung des Postscheckverkehrs mit der Reichsbank notwendig wäre. Das liegt auf demselben Wege. Ebenso müßte eine Verbindung mit den öffentlichen Sparkassen angestrebt werden. Wenn wir heute auf der einen Seite Wohnungsgesetze machen, und auf der anderen Seite ruhig zusehen, wie die Banken Bodenspekulation treiben, die mit ihrer eigentlichen Tätigkeit gar nichts zu tun hat, so bewegen wir uns in einem circulus vitiosis. Eine bloß formelle Ueberwachung der Banken durch Reichskommissare nützt natürlich nichts; es kommt darauf an, daß man materielle Macht hat. Und die kann das Reich nur bekommen durch Ausbau des Postscheckwesens. Natürlich müßte Hand in Hand gehen ein Ausbau der Rechte der Volksvertretung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Dinge jetzt liegen, muß man also jetzt froh sein, daß das Gesetz so schlecht ist, daß es auf die Dauer nicht haltbar ist. Unser Ziel muß bleiben ein Postscheckgesetz, das ermöglicht, regulierend in unseren Geldverkehr einzugreifen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Beck** (natl.): Einen Abschluß des Postscheckwesens sehe auch ich in der Vorlage nicht, kann aber im übrigen dem Vorredner nicht folgen. Wir stimmen den Beschlüssen zweiter Lesung zu, und beantragen nur als Ergänzung, daß das Gesetz zum 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Abg. **Gothein** (Vp.): Am Ende der Entwickelung des Postscheckwesens sind wir allerdings mit diesem Gesetz, das immerhin gewisse Fortschritte bringt, nicht. Aber die Zukunftsmusik des Abg. Dr. Südekum erschien mir wenig erfreulich. Die Tätigkeit unserer Banken ist doch eine recht vorsichtige und umsichtige gewesen, und ich hätte eine Todesangst davor, daß die Riesensummen des Depositenverkehrs verwaltet werden sollten vom Bundesrat unter Mitwirkung des Reichstags. Bei der Parteizersplitterung, wie wir sie haben, würden wir damit nicht vom Fleck kommen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.):

Ich denke nicht daran, dieser Regierung bei der heutigen Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament eine so entscheidende Stellung zuzubilligen, habe vielmehr ausdrücklich betont, daß eine Entwickelung auf dem Gebiete unseres Verfassungswesens in der Richtung des parlamentarischen Regimes die Voraussetzung wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Racken** (Z.): Herr Südekum hat bei seinen Ausführungen übersehen, daß das Postscheckwesen sich selbst bezahlt machen muß, und daß die Post niemals so hohe Zinsen zahlen könnte wie die Depositenbank.

Damit schließt die Diskussion. Das Gesetz wird mit der vom Abg. Beck (natl.) erwähnten Hinzufügung angenommen.

Ein Gesetz über die Folgen der Verhinderung wechsel- und scheckrechtlicher Handlungen im Ausland wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt das

Luftverkehrsgesetz.

Ministerialdirektor **Lewald** empfiehlt den Entwurf, dessen Verkehrsbestimmungen den nationalen Verkehr regeln wollen, was einer internationalen Regelung vorausgehen müsse. Den Verkehrsvorschriften folgen dann entsprechende Haft- und Strafvorschriften, die in der Oeffentlichkeit zum Teil scharf kritisiert worden sind. In der Kommission, der der Entwurf ja wohl überwiesen werden wird, wird sich hoffentlich eine Verständigung finden lassen.

Abg. Dr. **Landsberg** (Soz.):

Die Regierung hat in dem Entwurf den Zukunftsperspektiven zu wenig Raum gegeben. Daß eine nationale Regelung der Verkehrsvorschriften einer internationalen Regelung vorausgehen muß, davon hat uns der Staatssekretär keineswegs überzeugt. Sollen wir denn solche Vorkommnisse, wie das Verhaften eines deutschen Fliegers, der aus Versehen die russische Grenze überflogen hat, und seitdem unter dem Verdacht der Spionage zurückgehalten wird, mit Grazie weiter ertragen, mit der Gelassenheit, die unsere Regierung bei Liebenswürdigkeiten des russischen Nachbars auszeichnet? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Daß die Führung eines Luftfahrzeuges an eine Genehmigung gebunden wird, und daß die Zulassung zurückgenommen werden darf, wenn sich später die Unzuverlässigkeit des Betreffenden ergibt, ist zu billigen, doch muß das Verwaltungsstreitverfahren zugelassen werden, das im Entwurf fehlt. Wenn es sich um die Entziehung der Erlaubnis zum Fahren außerhalb der Flugplätze handelt, läßt der Entwurf allerdings einen Rekurs zu, aber ohne aufschiebende Wirkung und ohne, daß Schadenersatz geleistet werden soll, wenn die polizeiliche Verfügung als zu Unrecht erlassen aufgehoben wird. Wenn die Erlaubnis wegen Gefährdung der Landessicherheit versagt oder entzogen wird, soll ein Rekurs nicht zulässig sein. Hierin spricht sich ein Mißtrauen gegen die Gerichte aus. Ich will nicht untersuchen, inwieweit es berechtigt ist, aber jedenfalls haben wir zu den Behörden, die statt dessen entscheiden sollen, ein noch viel größeres Mißtrauen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Als man die Bestimmung schuf, daß die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst bei mangelnder moralischer Qualifikation entzogen werden kann, hat wohl niemand daran gedacht, daß die militärische Behörde den Mut haben würde, einen moralischen Defekt bei jemanden anzunehmen, der sich aus vollster Ueberzeugung einer politischen Partei anschließt. Wir haben das aber erlebt. (Zuruf: Unerhört!) Zu Behörden, die mit einer Vollmacht derartigen Mißbrauch treiben, können wir kein Vertrauen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Haftpflichtbestimmungen des Entwurfs sind geradezu sklavisch den Bestimmungen des Automobilgesetzes nachgebildet, ohne daß der Unterschied in dem Wesen von Automobil und Luftfahrzeug irgendwie beachtet wird. Das Bürgerliche Gesetzbuch steht bei der Haftung grundsätzlich auf dem Standpunkt der Verschuldung, mit gewissen Ausnahmen, auf die ich hier nicht eingehe. Aber die Wissenschaft ist dazu gelangt, statt dessen das Prinzip der Gefährdungshaftung auszusprechen, und im beschränkten Umfange ist ihr das deutsche Haftpflichtgesetz und auch das Automobilgesetz gefolgt. Auch der vorliegende Entwurf erkennt die Gefährdungshaftung an, aber doch sehr beschränkt. Personen, die als Insassen eines Fahrzeuges beschädigt werden, sollen nur beim Nachweis der Verschuldung Ansprüche erheben können. Auch wird die Haftsumme beim Tode mehrerer Menschen auf 140 000 M. im Höchstfalle, bei Sachschäden auf 10 000 M. festgesetzt — wörtlich nach dem Automobilgesetz. Aber durch ein Automobil werden wohl kaum jemals mehr wie 5 Menschen beschädigt werden, ein in eine Menschenmenge hineinsausendes Luftfahrzeug dagegen kann unübersehbaren Schaden anrichten. Wir verlangen, daß ein Unternehmer eines Luftfahrzeuges bis zur Grenze der höheren Gewalt schadenersatzpflichtig gemacht wird. Man sagt, dann könne die Luftfahrzeugindustrie sich nicht entwickeln. Denselben Einwand hat man seinerzeit bei den Eisenbahnen und bei den Automobilen von den Interessenten erhoben, aber ohne Erfolg, und trotz der vollen Haftpflicht haben sich die Eisenbahnen und die Automobile recht gut entwickelt. Die volle Haftpflicht ist sogar die Voraussetzung für eine gesunde Entwickelung, denn die Luftschiffe könnten in späterer Zeit die Konkurrenz mit den Eisenbahnen gar nicht aufnehmen, wenn jeder, der sich der Eisenbahn anvertraut, auf vollen Schadenersatz rechnen kann, beim Transport durch die Luft dagegen nicht. Meine Freunde verlangen also, daß der Führer eines Luftfahrzeuges lediglich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch hafte und nicht nachzuweisen braucht, daß ihn ein Verschulden trifft. Der Unternehmer aber soll für den vollen Schaden bis zur Grenze der höheren Gewalt haftpflichtig sein. Ist er im einzelnen Fall schuldlos, so ist der Geschädigte sicher noch viel schuldloser. Den Einwand, die Industrie könne das nicht ertragen, beantworten wir: Wir verzichten auf eine Industrie, die sich nur entwickeln kann auf Kosten der Gesamtheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Entwurf beantragen wir, einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, in der wir uns bemühen werden, die Haftpflichtbestimmungen auszudehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Belzer** (Z.): Dem, was der Vorredner über die Regelung der Haftpflicht in dem Entwurf gesagt hat, kann ich mich durchaus anschließen. Diese Bestimmungen haben uns entrüstet. Es ist das nobile officium (Ehrenpflicht) des Reichs, in dessen Besitz 90 Proz. der Luftfahrzeuge sind, bei durch diese verursachten Unglücksfällen anständige Entschädigung zu gewähren. Allerdings wünschen wir auch nicht, daß die Entwickelung des Luftverkehrs durch allzu rigorose Haftpflichtbestimmungen erstickt wird. Wir hoffen, daß bald eine Verständigung über diese Materie erfolgt, die dringend der Regelung bedarf.

Abg. **Quard** (natl.): Wir wünschen im Gegensatz zu den Vorrednern im Interesse der Regelung des Luftverkehrs eine vorsichtige Ausgestaltung der Haftpflicht. Die Entschädigungssätze des Automobilgesetzes reichen hier allerdings gar nicht aus.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Uns scheint das Gesetz die richtige Mitte zwischen Zukunftsmusik und Gegenwartsarbeit zu bedeuten. In bezug auf die Regelung der Haftpflicht haben allerdings auch wir die schwersten Bedenken. Hier wird eine erhebliche Erweiterung der Haftpflicht vorzunehmen sein.

Abg. **Siehr** (Vp.) hält gleichfalls eine ausgedehntere Haftpflicht für notwendig. Im übrigen dürfe den Fliegern ihr Beruf nicht durch engherzige und kleinliche Polizeimaßnahmen verekelt werden.

Direktor **Lewald** sagt zu, daß der Bundesrat bei der Ausarbeitung der Vorschriften Sachverständige hören werde.

Abg. **Bender** (Soz.):

Um nur zuverlässige Personen zu Führern von Flugfahrzeugen zu haben, ist die Errichtung kommunaler und staatlicher Schulen statt privater nötig, ebenso wie das die Chauffeure für ihren Beruf verlangen. Ferner fehlt in dem Entwurf jeder Schutz für die Steuerleute, Maschinisten und sonstige Mannschaften der Luftfahrzeuge. Eine Begrenzung der Arbeitszeit dieser Leute, die eine äußerst nervenaufreibende Tätigkeit haben, ist dringend notwendig. Gewiß hat nach der Gewerbeordnung der Bundesrat das Recht, Vorschriften zu erlassen gegen übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit in bestimmten Gewerben. Aber von diesem Recht hat er vielfach keinen Gebrauch gemacht. Daher müssen Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit dieser Arbeiter, die bei ihrem Beruf stündlich den Tod ins Auge sehen, geschaffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag, 10 Uhr. (Kurze Anfragen, Duellinterpellation des Zentrums.)

Schluß: 6¾ Uhr.

H. Elkan

Halle (Saale), Leipzigerstr. 87.

Sonnabend, Sonntag, Montag, Dienstag
erhalten im Erfrischungsraume
alle Kinder
in Begleitung Erwachsener
1 Tasse Schokolade
mit Waffel
vollständig gratis!

7727

Reizende fertige **Mädchen-Kleider**
Ein Posten Russenkittel u. Waschkleidchen z. Aussuch. 1.38 **0.95**
Mädchen-Schulkleider. Wolle u. Waschstoff, alle Größen . . . 5.95 3.85 **2.75**
Eleg. moderne Mädchen-Kleider, eigene Anfertigung . 12.50 8.50 6.50 **4.75**
Mädchen-Kostüme, chice Ausführung 25.00 bis **12.50**

Sonnabend Sonntag **4 Kinder-Tage!** Montag Dienstag

Kinderpantoffeln in solider Ausführung Paar 95 75 48 **38**
Kinder-Schulstiefel kräft. Leder. Grösse 25 bis 35. Extra-Preis Paar **2.75**
Braune Kinderstiefel mit und ohne Lackkappen Paar 5.50 4.85 3.85 2.95 **2.75**
Kinder-Turnschuhe verschiedene Ausführungen Paar 1.80 1.35 **95**

Mehrere 100 **Mädchen-Schürzen**
Kinder-Hänger in schwarz, weiss und bunt, alle Grössen . . 1.68 1.18 **0.95**
Kinder-Reform-Schürzen, riesig billig . 1.68 1.38 **0.95**

Südwester 2.75 1.40 95 75 **48**
Kinder-Taschentücher 20 15 10 8 **5**
Schul-Tornister . 7.00 bis **95**
Frühstückstaschen . 75 60 **49**

Mädchen-Turnhosen 1.65 1.35 1.15 **95**
Schülermützen 1.95 1.75 **1.15**
Jockeymützen 1.25 75 48 **25**
Knab.-Klubmützen 1.40 95 65 **48**

Mehrere 100 Paar **Kinder-Strümpfe**
Baumwollene Kinder-Strümpfe, alle Grössen, durchweg Paar **38**
Wollene Kinder-Strümpfe 1.15 98 88 78 68 **58**

Neuheiten in **Knaben-Anzügen**
Knaben-Kittel-Anzüge :: letzte Neuheit :: 12.50 8.50 6.75 **4.50**
Prinz-Heinrich-Anzüge Buxkin- u. Kammgarnstoffe, . 14.50 9.50 7.50 **5.75**
Moderne Knaben-Anzüge :: Schlupf-Fasson :: 16.00 bis **8.75**
Haltbare Schul-Anzüge in solider Ausführung 6.75 bis **2.95**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0009

Aus der Provinz.

Der letzte Appell!

Genossen und Genossinnen! Soweit jetzt Berichte über den Anfang der roten Woche aus unserem Bezirk vorliegen, sind überall, wo unsere Genossen mit opferfreudiger Hingabe an die Arbeit gingen, zahlreiche Aufnahmen für die sozialdemokratische Partei gemacht, und neue Leser für das Volksblatt geworben worden. Der Beweis ist erbracht, daß trotz der außergewöhnlichen Krise in unserem Bezirk, dennoch Mitkämpfer gewonnen werden konnten, wo fleißig gearbeitet wurde. Es heißt nun, das Angefangene zu vollenden! Der kommende Sonntag muß daher voll für unsere Agitation ausgenutzt werden. Jeder Genosse und jede Genossin arbeite, agitiere von Mund zu Mund.

Holt die Säumigen heran! Arbeitet mit zielbewußter Ausdauer für unsere gerechte Sache.

Schulärztliche Untersuchungen auf dem Lande.

Das Zurückbleiben des flachen Landes in der Besserung der allgemeinen Gesundheitsverhältnisse hat dazu geführt, daß der Schularzt nunmehr auch in den Dörfern seine segensreiche Tätigkeit zu entfalten beginnt. Namentlich die Tuberkulose und die Säuglingssterblichkeit verheeren das Land, und gehen hier weit weniger zurück als in den Städten. Nach den Erfahrungen eines ländlichen Schularztes Karl Dohrn in Hannover, die er in der Zeitschrift Soziale Medizin und Hygiene veröffentlicht, sind etwa 25 Prozent der dörflichen Schulkinder krank und ärztlicher Beobachtung bedürftig. Besonders ist auch die zahnärztliche Pflege zu entwickeln.

Selbst in wohlhabenden Dörfern ist der Gesundheitszustand übel: „Meistens trägt Inzucht, mangelhafte Wohnungen und vor allem die schlechten Abzüge für das Herdfeuer die Schuld. Wenn man die Frauen, die man beim Eintreten ins Haus im dichten Qualm oft kaum findet, auf die halbverkohlten Balken an der Decke aufmerksam macht und ihnen klarmacht, daß ihre Luftröhren auch dauernd so gereizt und geweizt würden, so antworteten sie meist lachend, das wäre nur gesund. Erst später gehen sie dann durchweg zu, daß sie allerdings dauernd husten müßten. Nichts kann der Entsteherung der Tuberkulose besser den Weg ebnen als dieser chronische Reiz des beizenden Qualms."

Besonders wichtig wäre es, daß die Schulärzte auch die Ernährungsverhältnisse der Kinder prüften. Denn bayerische Sanitätsberichte weisen auf die mangelhafte Ernährung der ländlichen Bevölkerung hin, die auf die durch unsere Agrarpolitik verursachte Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen ist. Der Bauer bringt mehr und mehr alle seine Produkte auf den Markt und nährt sich selbst sehr ungenügend.

Schkeuditz. Kaninchenkäfige vor dem Reichsgericht. Das Landgericht Halle hat am 30. Oktober v. J. den Bauglaser Alfred Oditz in Schkeuditz wegen Vergehens gegen die §§ 4 und 10 des Gesetzes betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Fischler August Simang in Leipzig-Stünz hatte sich am 7. März 1908 einen von ihm erfundenen zusammenlegbaren Kaninchenkäfig durch Eintragung in die Musterschutzrolle des Kaiserl. Patentamts gesetzlich schützen lassen und diesen Schutz im Jahre 1911 auf weitere drei Jahre verlängert. Das wesentliche an den Käfigen, um dessentwillen sich S. sein Fabrikat auch hatte schützen lassen, war die Zusammenklappbarkeit des Käfigs, welche dadurch erreicht wurde, daß die sechs Kette, aus denen der Käfig bestand, untereinander mit Scharnieren verbunden waren, während die Zwischenwände und der eingelegte Innenboden herausgenommen werden konnten. Derartige Käfige hatte S. auf der Kaninchen-Ausstellung in Leipzig-Stötteritz im Jahre 1911 ausgestellt. Der Angeklagte hat nun noch im Jahre 1911 gleichfalls Kaninchenställe hergestellt und sich am 12. Oktober gleichfalls durch Eintragung als Gebrauchsmuster gesetzlich schützen lassen. Diese Kaninchenställe des Angeklagten sollten nur Nachbildungen der S.schen Fabrikate gewesen sein, und die Sachverständigen haben sich auch dahin ausgesprochen, daß die Fabrikate des Angeklagten eine Nachbildung der S.schen Käfige waren und nur unwesentliche, kaum merkbare Abweichungen hatten. Durch diese Nachahmung sollte der Angeklagte in die Rechte des S. eingegriffen und sich des ihm zur Last gelegten Vergehens schuldig gemacht haben. Die von dem Angeklagten angefertigten Kaninchenkäfige waren gleichfalls zusammenklappbar, weil ihre einzelnen Teile ganz wie bei dem S.schen Fabrikat mit Scharnieren unter einander verbunden waren. Der Unterschied bestand nur darin, daß bei dem Fabrikat des Angeklagten auch die Zwischenwände und der Innenboden durch Scharniere mit den anderen Teilen zusammengehalten wurde. Nachdem der Angeklagte sich seine Käfige hatte schützen lassen und derartige Fabrikate auf der nächsten Kaninchenausstellung in Leipzig-Stötteritz, die im Februar 1912 stattfand, ausgestellt hatte, bekam S. davon Kenntnis. Dieser verlangte darauf von dem Angeklagten, er solle seinen Musterschutz löschen lassen und vom weiteren Bau solcher Käfige Anstand nehmen oder eine Lizenzgebühr von 600 Mark bezahlen. Da aber der Angeklagte auf die mehrfachen Schreiben des S. nicht reagierte, strengte Letzterer zunächst gegen O. einen Zivilprozeß an und stellte schließlich gegen ihn Strafantrag, der wie bereits erwähnt, die Verurteilung des Angeklagten zur Folge hatte. Der Angeklagte hatte zwar zu seiner Verteidigung behauptet, er habe die Konstruktion der Kaninchenkäfige des S. überhaupt nicht gekannt gehabt, sei auch nicht auf der Ausstellung im Jahre 1911 gewesen, sondern habe die Konstruktion seiner Käfige lediglich auf Grund eigener Tätigkeit und eigener geistiger Arbeit rein selbständig erfunden. Das Gericht hat jedoch den Angeklagten des ihn zur Last gelegten Vergehens für schuldig befunden. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht hielt jedoch das Urteil der Vorinstanz für bedenkenfrei und erkannte deshalb auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Großlehna. Wahlergebnis. Bei der in Großlehna stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde in der 3. Klasse der Genosse Pfeifer gewählt. In Kleinlehna wurden gewählt die Genossen Recke und Prattke als Gemeindevertreter für die 3. Klasse, als Ersatzmann Nebrich. In der 2. Klasse hat Stichwahl stattzufinden zwischen dem Genossen Kunze und dem Bürgerlichen Kluge.

Querfurt. Versammlung. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die leider sehr schlecht besucht war. Ob hieran das bißchen Regenwetter schuld war, oder ob andere Motive dabei im Spiele waren, können wir nicht wissen. Genosse Wilke-Laucha erläuterte den Zweck der roten Woche und forderte zu reger Beteiligung bei den Arbeiten auf. Hauptsächlich den Frauen, die recht gut vertreten waren, legte er ans Herz, recht rege unter ihren Geschlechtsgenossinnen für die Partei zu agitieren. Nachdem behandelte Genosse Berendt in längeren Ausführungen die Wahlrechtsfrage und geißelte in scharfer Weise das Verhalten der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten. Nachdem er die Anwesenden ermahnt hatte, für die Erhaltung des Lokals Sorge zu tragen und in der roten Woche nach besten Kräften mitzuarbeiten, wurde die Versammlund mit einem Hoch geschlossen.

Delitzsch. Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordneten erledigten in ihrer letzten Sitzung die Festlegung der noch übrigen Haushaltspläne. Es schließen ab in Einnahme und Ausgabe: Der Armenetat mit 18000 Mk.; aus der Kämmereiverwaltung sind dazu 9500 Mk. Zuschuß erforderlich. Der Etat der Oberrealschule schließt mit 80500 Mk. ab. Dieser Etat erfordert gegen das Vorjahr einen erhöhten Zuschuß von 7210 Mk. Das eine ungünstigere Gestaltung eingetreten ist, hat seine Ursache in einer geringer gewordenen Besucherzahl der Schüler und in der Gehaltssteigerung der Lehrer. In Zukunft soll der Etat den Stadtverordneten erst vorgelegt werden, ehe er an das Provinzialschulkollegium gesandt wird. Der Kämmereikassenzuschuß beträgt 34350 Mk. Der Etat der höheren Töchterschule ist auf 32100 Mk. festgesetzt. Der erforderliche Zuschuß aus der Kämmereiverwaltung beträgt 21200 Mk. Der Volksschuletat beträgt 135600 Mk. Hier ist ein Zuschuß von 91800 Mk. notwendig. Der Etat der gewerblichen Fortbildungsschule ist auf 7490 Mk. festgelegt. Der Etat der Friedhofsverwaltung erfordert 2880 Mk. Bei diesem Etat sollen in Zukunft eventuelle Ueberschüsse nicht mehr der Kämmereikasse, sondern in einem besonderen Fonds für die Friedhofsverwaltung angesammelt werden. Sämtliche Etats wurden genehmigt. Hierauf wurden noch nachbewilligt 225,40 Mk., die für Revisionen der Maschinen am Wasserwerk erforderlich sind. Ferner fragen die Stadtverordneten Richter I den Magistrat bezüglich einer Gondellanlegestelle am Stadtgraben, und Leidenroth bezüglich der Straßenreinigungskosten, deren Preis von 1,50 Mk. auf 2,50 Mk. pro Frontmeter erhöht worden ist. Letztere Frage wurde dahingehend beantwortet, daß der bisher gezahlte Preis in keinem Verhältnis zu den Kosten für die Stadt stehe. An eine Herabsetzung ist demnach nicht zu denken.

Gräfenhainichen. Stadtverordnetensitzung. Da die Regierung die Wahl des Herrn Bergmann zum Beigeordneten bestätigt hat, wurde der Gewählte vom Bürgermeister in sein Amt eingeführt. Als unbesoldeter Schöffe wurde Stadtverordneter Stechert einstimmig gewählt. Auf Beschluß der Versammlung soll das Rathaus renoviert werden; man überwies die Sache der Baukommission. Statt 6 Mk. bewilligte man 8 Mk. als Beihilfe für bedürftige Konfirmanden. Für den Neubau und Reparatur der Judenberger-, Dübener- und Bahnhofstraße wurden die Kosten bewilligt. Auch soll die Feßnitzerstraße in Kürze gepflastert werden. Für den Krüppelfürsorgeverein bewilligte man einen Jahresbetrag von 20 Mk., ebenso wurden 125 Mk. bewilligt zur Anschaffung von Joppen für die freiwillige Feuerwehr. Da der Abfluß des Grabens von der Hallischen Straße bis zur Brauerei sich als zu wenig herausgestellt hat, beschloß man, Röhren von 50 bis 60 Zentimeter Weite zu legen. In die Kosten teilen sich die Stadt und die Anlieger.

Bitterfeld. Aufblühen der Filmindustrie. Die Greppiner Anilinfabrik hat dicht an der anhaltischen Grenze eine neue Filmfabrik errichtet, die noch diesen Sommer in Betrieb genommen werden soll. Die neuen Anlagen werden mit der bestehenden Fabrik das größte Unternehmen in Deutschland darstellen. Während jetzt nahezu fünfzig Gießmaschinen täglich etwa 60000 Meter Film herstellen, kann die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in der Folgezeit 260000 Meter am Tage liefern. Als neueste Errungenschaft gießt man jetzt unverbrennbare Films aus Acetil, da Frankreich, das Hauptabsatzgebiet neben Italien und Australien, vielfach nur Kinematographen-Theater konzessioniert, die mit feuersicheren Films arbeiten.

Greppin. Ein schöner Erfolg der Verbearbeit. Auch in unserem Orte wurde die rote Woche mit einer Frauenversammlung eingeleitet. Die Agitation, die am Sonntag einsetzte, war von guten Erfolgen gekrönt; wurden doch 13 Abonnenten fürs Volksblatt, ferner 34 Männer und 16 Frauen der Partei zugeführt; und noch ist die Agitation nicht zu Ende. Parteigenossen, heran an die Arbeit, zeigen Sie, daß wir nicht hinter den Städten zurückstehen wollen. Zum Frauentag hatten sich zu der am Sonnabend im Schmiedtschen Lokale einberufenen Versammlung etwa 150 Frauen und auch eine Anzahl Männer eingefunden. Genossin Pollender-Leipzig sprach unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung in anderthalbstündiger Rede über das Thema des Frauentages. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Eilenburg. Städtisches Elektrizitätswerk. Das abgelaufene Betriebsjahr war das zweite seit der Eröffnung des Betriebes. Es wurden 70 neue Anschlüsse ausgeführt, so daß die Gesamtzahl am Ende des Jahres 370 gegen 300 im Vorjahre betrug. Die Zahl der angeschlossenen Lampen stieg von 2828 auf 4390. Es wurden ferner 41 Motore mit einer Leistung von zusammen 137,66 PS neu angeschlossen. Die Gesamtleistung aller angeschlossenen Motore ist von 235,7 PS auf 337,36 PS gestiegen. An das Leitungsnetz waren am Ende des Berichtsjahres angeschlossen: 4043 Metallfaden=314 Kohlefadenlampen, 33 Bogenlampen, 121 Motore, 53 Apparate, zusammen 4564 Stück Stromverbrauchsgegenstände gegen 2927 Stück im Vorjahre. Elektrizitätszähler waren am Ende des Berichtsjahres 485 Stück im Betrieb. Das Ein- und Ausschalten der zur Straßenbeleuchtung benötigten Lampen geschieht durch automatische Schaltuhren. Die Gesamtlänge der Leitungen betrug 65861,4 Meter, die gesamte Stromentnahme pro 1912/13 von den Landkraftwerken Kulkwitz betrug: 1. gemessen in der Umformerstation 166257 Kilowattstunden, 2. gemessen in den Transformatorenstationen A, B und C 9015 Kilowattstunden. Also insgesamt 175272 Kilowattstunden. Der Verlust in den Leitungen und Elektrizitätszählern beträgt 8,5 Proz. Die Bilanz am 31. März 1913 betrug in Aktiva und Passiva in Summa 191383,85 Mk. Die Gewinn- und Verlustrechnung betrug am 31. März 1913: 29906,72 Mk. Unter den Verlusten sind hauptsächlich Abschreibungen enthalten, sowie Betriebsunkosten, Gehälter usw. Das Werk hat also ganz gut gewirtschaftet.

Düben. Ueberlandzentrale. Die Elektrische Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld hat im Laufe der vergangenen Woche mit den Gemeinden Tornau, Söllichau, Durchwehna und Authausen Stromlieferungsverträge abgeschlossen. Aus dem Delitzscher Kreise haben die Gemeinden Sausedlitz, Boßdorf, Spröda und Scholitz diese Ueberlandzentrale zur Stromversorgung verpflichtet.

Eisleben. Selbstmord eines wegen Totschlags Verfolgten. Der Arbeiter Otto Heyer, der beschuldigt wird, den Raubüberfall auf die Frau Wolter in Charlottenburg begangen zu haben, bei dem diese schwer verletzt und ein bei ihr wohnendes junges Mädchen gewürgt wurde, ist Donnerstag im Walde zwischen Klosterode und Emseloh als Leiche tot aufgefunden worden. Bei ihm wurde ein Zettel aufgefunden, in dem er behauptet, nicht der Täter zu sein, sondern den Selbstmord aus Furcht vor der Untersuchungshaft begangen zu haben.

Eisleben. Ein Anwärter auf die Belohnung? Bekanntlich haben in Berlin Personen, die allem Anschein nach zu den sogenannten „Staatserhaltenden" gehören, an ein Denkmal und an Häuser mit roter Farbe die Worte: „Rote Woche" gemalt. Für dieses „Kapitalverbrechen" will die Polizei 1000 Mk. Belohnung ausgeben dem, der die Urheber der „Verbrechen" auch das Zaeblättchen mitgewirkt hat. Aber wie, wenn es sich herausstellt, daß patentierte Ordnungshelden die Anstifter waren? Unsere Genossen und Anhänger sehen, daß jedes Vorkommnis gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet wird. Kaum ist etwas geschehen, so weiß eine gewisse Presse, der ein polizeihrundähnlicher Geruchssinn in solchen Dingen eigen ist, wo die Täter zu suchen sind. Der Zweck der Uebung ist, unsere Werbung in der roten Woche zu erschweren, indem man durch solche Nachrichten die für uns bestehende Sympathie zerstören will. Trotz aller Verleumdungsversuche muß die Agitation in den zur Verfügung stehenden Tagen noch kräftig betrieben werden.

Teutschenthal. Gemeindevertretersitzung. Die Rechnung wurde vorgelegt, geprüft und für richtig befunden. Sie schließt mit einem Kassenbestand von 9667,33 Mark ab. In den Schulvorstand wurden gewählt die Herren Frey, Pahlt, Werner Bolle und Genosse Bernstein. Der für das nächste Jahr vorgelegte Etat schließt mit einem Ueberschuß von 997,60 Mk. ab. Darauf wurden noch einige von unseren Genossen gestellte Anfragen erledigt und einige von ihnen gestellte Anträge für die nächste Sitzung zu Protokoll genommen.

Helbra. Musterung. Alle jungen, gestellungspflichtigen Leute seien darauf hingewiesen, daß das diesjährige Musterungsgeschäft wie folgt abgehalten wird: Am 27. März im Gasthof zum Hohenzollern in Helbra für die Ortschaften: Helbra, Jahrgang 1892 und 1893, sowie für früher Geborene aus Helbra. Am 28. März ebendaselbst für Helbra, Jahrgang 1894, sowie Benndorf. Die Militärpflichtigen haben pünktlich früh 7¾ Uhr zu erscheinen.

Helbra. Die Volksschule im Kampfe gegen „Zwiebelwurst und Käse." Eine recht traurige Aufgabe hat sich unsere evangelische Volksschule gestellt. Nachdem die üblichen Zeremonien: Gesang und Gebet den Anfang des Lehrbeginns verkündet haben, dann haben einige Lehrer und Lehrerinnen nichts eiligeres zu tun, als die Klasse resp. die Schüler zu durchschnüffeln, ob daheim die Mutter ihrem Kinde vielleicht Zwiebelwurst oder Käse mit zur Schule gegeben hat, und wehe dem Kinde, wo das der Fall ist. Und das passiert in Helbra alle Tage. Jede Mutter wird wissen, wenn sie ihrem Kinde Frühstücksbrot gibt, daß die Kinder ängstlich an die Hülle riechen, ob ja nicht etwa das Brot riecht, denn sie wissen genau, daß es Lehrer, und vor allen Dingen Lehrerleuleins gibt, deren Nasen geradezu darauf dressiert sind, festzustellen, aus welchem Rangen wohl der Geruch stammt. So erging es erst jetzt wieder einem kleinen Mädchen, welche „Zwiebelwurst" mit in der Stulle hatte. Das Brot mitsamt der Wurst wurde dem Kinde sofort abgenommen und ins Fenster gelegt, wohlgemerkt ins Klassenfenster, damit es nun erst recht zu riechen war. Auf den Geruch kam es ja auch vielleicht gar nicht an, sondern nur, um ihre „Gewalt" zu konstatieren. Das Kind war früh ½8 Uhr zur Schule gegangen und hatte bis mittags 1 Uhr Schule und mußte bis dahin — hungern. Vielleicht war es früh schon hungrig von zu Hause fortgegangen. Die Lehrerin und die übrigen Kinder haben in der Zeit mehrmals gegessen, daß aber die Kleine auch Hunger haben könnte, das fiel der Lehrerin natürlich nicht ein. So mußte das Kind die Unvorsichtigkeit der Mutter büßen. Es ist geradezu unerhört, daß sich Lehrer und Lehrerinnen derartiges erlauben. An andern Orten wird mit Eifer darüber gewacht, daß die Kinder nicht hungrig in der Schule sitzen, und die Sozialdemokratie fordert mit Recht Schulspeisung für arme Kinder. Aber hier sind es die verantwortlichen Personen, welche die Kinder zur Strafe hungern lassen. Aber es ist schon so: Die Dummheit der Eltern rächt man an den Kindern. Würden sich die Eltern in Helbra nicht alles ruhig gefallen lassen, würden sich die von ihnen erhaltenen Lehrer und Lehrerinnen nicht derartiges erlauben. Aber wir leben nun mal im schwärzesten Mansfeld.

Sangerhausen. Schweres Unglück auf dem Bahnhofe. Freitag früh wurde auf dem hiesigen Bahnhofe der Weichensteller Emil Schröder aus Walbhausen von einem aus Erfurt einlaufenden Personenzuge überfahren und sofort getötet. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe getrennt.

Nur noch 7 Tage! **Ausverkauf** Nur noch 7 Tage!

wegen Geschäftsverkauf. Versäumen Sie nicht die günstige Gelegenheit, sich mit **guten** aber **billigen** 7745

Schuh-Waren zu versehen. Es sind noch grosse Vorräte in **Konfirmanden-Stiefeln**

Damen-, Herren-, Kinderstiefeln und **Hausschuhen** vorhanden. **Tief herabgesetzt** sind die Preise.

Jacobs Schuhhaus später Inh.: Gustav Menzel, **nur Gr. Ulrichstr. 45**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191403 14-16/fragment/page=0010

Hausfrauen!! Haben Sie schon Mandelmilch-Pflanzenbutter-Margarine

Sanella

als Ersatz für Naturbutter in Ihrem Haushalt aufgenommen?

Sanella kostet **pro 1/2 Pfd. nur 45 Pfg.**

Nur echt mit dem Namenszug des Erfinders Geh. Medizinalrat Professor Dr. Oskar Liebreich

Liebreich

Tausende von Hausfrauen gebrauchen diese täglich zum **Kochen, Braten, Backen und aufs Brot.**

Nachahmungen weise man zurück!

Alleinige Produzenten: **Sana-Gesellschaft** m. b. H., Cleve, **Rheinland.**
Fabrikniederlage: **Halle (Saale), Prinzenstraße 18,** Telephon 863.

7706

Konsumverein für Ammendorf u. Umgeg.

(e. G. m. b. H.)

Sonntag den **22. März,** nachmittags 3 Uhr, im Saale des **„Burgschlößchen,"** Burg in der Aue

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das vergangene Geschäftshalbjahr.
2. Ausbau einer weiteren Organisation in der Genossenschaft.
3. Bericht über die Entwickelung der Volksfürsorge.
4. Geschäftliches.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Aufsichtsrat:

Paul Schmidt. Karl Sauer. *3504

Konsumverein Eilenburg und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag den 29. März, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Tivoli:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1913, sowie Genehmigung der Halbjahrs-Bilanz.
2. Bericht über die stattgehabte gesetzliche Revision.
3. Bericht über den Stand des Neubaues.
4. Anträge der Mitglieder.
5. Verschiedenes. *3507

Zu recht zahlreichem Besuche laden wir die verehrlichen Mitglieder höflichst ein.

Der Vorstand: Schmidt. Burckhardt.

Damen-Kopfwäsche mit Frisur **1 Mk.**

Frisieren 75 Pfg. Bedienung auch ausser dem Hause.

Grösstes Spezial-Haargeschäft. Spezialität: **Zöpfe**

Stück von Mk. **1.50** an, **2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 bis 30.**

7739 Versand nach Einsendung einer Haarprobe.

Zopf-Siebert, **Halle (S.),** nur Leipzigerstr. 33 u. 79 I. Telephon 3129.

Sonnabend den 14. März cr.:

Schlachtefest.

ff. Wurstwaren, à Pfund 90 Pf.

Freitag nachmittags:

— Frisches Gehacktes, à Pfund 90 Pf. —

F **G. Gerig,** Triftstraße 28.

Es ist heute schon Stadtgespräch,

dass man die schönsten Blusen am billigsten, bei grosser Auswahl, kauft im Blusen-Spezial-Geschäft **Klara Kayser, 26 Kl. Ulrichstr. 26.**

(Bitte genau auf meine Firma zu achten.) {7739

Hals- und Lungenleidenden

teile ich aus Dankbarkeit durchaus unentgeltlich (nur gegen Einsendung des Briefportos) mit, wie ich durch ein ebenso einfaches wie billiges und dabei doch so überaus erfolgreiches Verfahren von meinem langwierigen Leiden (altem starken Asthma, Husten, Auswurf, Nachtschweiss, Abmagerung usw.) befreit wurde.

Leop. Dick, Grossk.Snigsdorf 239, Rheinland.

*2903

Hosenträger (Endwell-System) 85, 95 Pf, 1.—, 1.25 bis 2.00.

Gummi-Hosenträger 75 Pf. 1.00, 1.25, 1.50 bis 4.00.

Zelida-Dauer-Wäsche bestes Fabrikat elegant, praktisch, dauerhaft.

Kragen von **50** Pf. an.

7743 **Kertzscher,** unt. Leipzigerstr. 26, Grosse Ulrichstr. 63.

Sohlleder-Ausschnitt,

sämtliche Bedarfsartikel, Pantoffel-Plüsch und -Korde empfiehlt 6553

Schuhmacher-Rohstoff-Genossensch.

Olearius str. 5.

Filiale I: **Reilstr. 2,**
Filiale II: **in Ammendorf, Friedenstr. 19.**

Goldsachen

werden billigst repariert von

R. Voss, Geiststr 46.

Eigene Goldschmiede-Werkstätte.

Elektr. Betrieb. Vergolden und 7705 **Versilbern.**

— Kaufe altes Gold. —

Sangerhausen.

Pr. Mastochsenfleisch,

Schweine-, Hammel- und Kalbfleisch, alle Sorten frische Wurst, ff. Trüffel- u. Sardellenleberwurst

F. Dienemann,

Regelsgasse 14/16. *2471

Merseburg

Tiefer Keller.

Sonnabend den 14. März cr.:

Schlachtefest

Wurstverkauf

auch außer dem Hause.

*3501 **August Kohlhardt.**

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen in Buchbindereien, Geschäftsbücher-, Kartonnagen-, Etuis-, Luxuspapier-, Papierwaren- und Galanteriewaren-Fabriken!

Sonnabend den 14. März, abends 8 Uhr, im Volkspark, Burgstraße:

Öffentl. Versammlung

7710 Das Thema lautet:

Wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der gewerkschaftl. Organisation.

Referent: **Kollege Max Kratzsch, München.**

In den neuesten Mustern und Moden sind weit über

500 Jackett-Anzüge

in nur schicksten, modernsten Frühjahrs-Mustern eingetroffen und zum **billigen Verkauf** gestellt.

Serie I:	Serie II:	Serie III:
Jackettanzug in schönen Mustern, in vielerlei Farben 1- und 2reihig, Stück nur **10.50**	**Jackettanzug** in hellen, braunen und dunklen Mustern, in vielerlei Farb., 1- und 2reihig, Stück nur **13.75**	**Jackettanzug** in blauen, braunen, grauen und sonst. Modemustern, 1- und 2reihig, Stück nur **15.50**
Serie IV:	**Serie V:**	**Serie VI:**
Jackettanzug in allen nur denkbaren Farben, auch Marengo, mit gestreiften Hosen Stück nur **17.75**	**Jackettanzug** in den neuesten, vornehmsten, grünen und braunen u. kar., auch hell. Modefarb., Glockenfasson, 2reihig, gröft. Schlager d. Saison, Stück nur **19.50**	**Jackettanzug** in 2reihig, auch Cutaway-Fasson, in staunenerregend großer modernster Modemusterwahl Stück nur **23.50**

Auf alle Waren trotz der billigen Preise noch 5% **Rabatt.** 7703

Ernst Renner

nur 14 Marktplatz 14.

Achtung! **Steuerzahler.** Achtung!

Der

„Führer durch das preussische Einkommensteuer-Gesetz",

Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.,

ist ein guter Ratgeber in allen Steuerfragen. Besonders auch durch die Hinweise, wie man Reklamationen zweckmäßig betreibt.

Das sehr wichtige Buch ist durch alle Austräger und Filial-Expeditionen des Volksblattes zu beziehen oder auch direkt per Post gegen Einsendung von 35 Pfg. inkl. Porto von der

Volks-Buchhandlung Halle a. S., Harz 29.

Mirabellen 7740
2 Pfd.-Dose **80** Pfg.

Kirschen
2 Pfd.-Dose **80** und **100** Pfg.

Pflaumen (ohne Kern)
1 Pfd.-Dose **35** Pfg.
und 2 Pfd.-Dose **60** Pfg.

Stachelbeeren
1 Pfd.-Dose **45** Pfg.
2 Pfd.-Dose **80** Pfg.

Reineclauden
1 Pfd.-Dose **48** Pfg.
2 Pfd.-Dose **85** Pfg.

Pfifferlinge
1 Pfd.-Dose **55** Pfg.
2 Pfd.-Dose **95** Pfg.

Ananas-Erdbeeren
2 Pfd.-Dose **100** Pfg.

Stangenspargel
2 Pfd.-Dose **175, 195** Pfg.

Schnittspargel o. K.
1 Pfd.-Dose **50** Pfg.
2 Pfd.-Dose **90** Pfg.

Schnittspargel m. K.
2 Pfd.-Dose **110** Pfg.

Tomaten-Püree
1 Pfd.-Dose **40** Pfg.
2 Pfd.-Dose **70** Pfg.

Kohlrabi
2 Pfund-Dose **35** Pfg.

Preisselbeeren (ausgewogen)
1 Pfund **35**, 5 Pfund **165** Pfg.

Pfeffergurken
kleine, 1 Pfd. **60** Pfg.

ff. saure Gurken
1 Stück **5, 8** und **10** Pfg.

Louis Eisfeld,
Marktplatz 22 (I. Gold. Ring.).

Zum Schulanfang:

Schultornister

für Knaben u. Mädchen

Büchertaschen
Bücherträger
Schiefertafeln
Schieferkasten
Schultüten

7717

Griffel, Wetzen, Schwämme

empfiehlt billigst

Albin Hentze,
Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins,
24 Schmeerstr. 24.

Rossfleisch.

Diese Woche wieder ff.

Alles übrige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm,
Reilstrasse 10. 103

Frisch eingetroffen: 7731

Bücklinge 75 Pf.
frische Ware, feinste

Bratheringe 2 15
große Dose

Rollmops 4 Liter-Dose 1 75

Rotwurst
Leberwurst
Schwartenwurst
Pfund **68** Pf.

Sauerkohl Pfund 4 Pf.
große Landkäse 5 Stück 20 Pf.

Ernst Weinhold,
Gr. Klausstraße 1, am Markt.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Geschäfts-Auflösung.

Wegen Vermietung meines Ladens sollen die Warenbestände von

Emaillewaren in Haus- und Küchengeräten

bestehend in Wasser- und Toilette-Eimern, Teigschüsseln, Wannen, Koch- und Schmortöpfen, Kartoffeldämpfern, Kaffee- und Teekannen, Kasserollen, Wasserkannen, Waschschüsseln, Bratpfannen, Brattiegeln, Eierpfannen, Milch- und Rahmtöpfen und vielen anderen Artikeln zu staunend fabelhaft billigen Preisen bis Sonnabend den 21. März d. J. — bis auf das letzte Stück — verkauft werden. 7742

Schluss unwiderruflich Sonnabend den 21. März d. J., abends 9 Uhr.

Eilt! **Edmund Endert, Steinweg 19,** gegenüber der Jakobstrasse. *Eilt!*

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.

Sehen! Sonntag 2 Abschieds-Vorstellungen. Staunen!

Chester Dieck, der tollkühne amerikanische **Cyclist.**

Der Mann ohne Nerven!

Saltosprung aus 7 Meter Höhe mit dem Zweirad!

Der mysteriöse Deckenläufer.

Monatelang die Attraktion von Zirkus Busch, Berlin.

Der Künstler läuft — den Kopf nach unten — verkehrt an der Decke des Saales!

Zigeuner! **Original-Dobo-Zigeuner-Truppe.** Zigeuner!

Clown Peppo's Affen- und Hunde-Potpourri.

Jos. Weinreiss.

Der Beste seines Genres!

Hartsteins erfolgreichster Konkurrent!

Das Notquartier. 60 Minuten stürmisches Lachen.

Hierzu noch die anderen grossen Spezialitäten. [7725

Volkspark Burgstrasse 27.

Parteigenossen! Unterstützt Euer eigenes Heim!

Sonntag, 15. März cr., von mittags ab:

Grosses Preiskegeln.

Preise: 7709

Bar Geld und lebende Lämmer.

Apollo-Theater.

Heute, Freitag, 13. März: Fortsetzung der großen

Internationalen Ringkämpfe.

Heute ringen:

Langer, Wien, gegen **Buchheim,** Sachsen

Pietro, Luxemburg, gegen **Amalhou,** Tunis.

Großer Entscheidungskampf:

Stalling, Bremen, gegen **Eriksen,** Dänemark.

Vorher: Die großen Variété-Attraktionen. [7722

Drei Könige, Kl. Klausstr. 7.

Telefon 943.

*3508 Sonntag von 5 Uhr:

Bariton-Truppe.

Urkomisch, zum Tränenlachen! Vorzügliche Possen!

Reichhaltige Mittag- und Abendkarte.

„Passage-Theater"

Lichtspielhaus

Halle a. d. Saale. Leipzigerstr. 88.

!! Der große Tag ist gekommen !!

Denn ab heute ist unserem geschätzten Publikum die Gelegenheit geboten, der Vorführung der wirklich wunderbar gelungenen „Film-Biographie" des unvergesslichen und grossen Mannes:

Reichskanzler

Fürst Otto von Bismarck

beiwohnen zu können.

Ein Meisterwerk d. Filmkunst

Packende, historische Szenen wechseln mit landschaftlichen Idyllen und heiteren Anekdoten!

Da dieser Film auch der Jugend gezeigt werden darf, so finden am Sonntag von 3 bis 6 Uhr und von Montag, 16., bis Donnerstag, 19. März cr.,

Jugend-Vorstellungen

statt, in denen der Bismarckfilm gebracht wird.

Programmässig gelangt der Bismarckfilm vor erwachsenen am

Sonntags gegen 6 und 9 Uhr

Werktags gegen 5½ u. 8½ Uhr 7733

zur Vorführung. Die Direktion.

Merseburg.

Freie Volksbühne.

Sonntag den 15. März, abends 8¼ Uhr, in der Kaiser-Wilhelms-Halle:

Großer Theaterabend.

Zur Aufführung gelangt: *3446

Geschwister,

Schauspiel in 4 Akten (5 Bilder).

Hierauf: **Ball.**

Um zahlreichen Zuspruch bittet Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Halle (Saale).

Sonntag den 15. März von nachmittags 4 Uhr ab im neuen Saal des „Volksparks": [7715

:: Grosses Kränzchen. ::

Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Bauarbeiter-Verband, Delitzsch.

Sonnabend den 14. März, abends 8 Uhr, im Lindenhof:

Konzert und Ball.

Freundlichst ladet ein *3500 Der Vorstand.

Lindenhof, Halle-Cröllwitz.

Sonntag den 15. März, nachm. 4 Uhr:

Tanz-Kränzchen

verbunden mit

Gesangs- u. humorist. Vorträgen, 7723

wozu ergebenst einladet Otto Mutterlose.

Linon-Wäsche 7730

weiss,

Kragen

von **50** Pf. an.

Zephir-Wäsche

bunt, abwaschbar,

kompl. Garnitur

1.75 M.

bester Ersatz für **Leinen-Wäsche,**

keine Gummiwäsche.

Hugo Nehab

Nachf.,

jetzt

Grosse **3** Ulrichstr. **3**

(„Neues Theater").

Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.

Mitgl. d. Rabatt-Spar-Vereins.

5% Rabatt.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.

Direktion: Geh. Hofrat Richards.

Sonnabend den 14. März 1914:

177. Vorst. im Abonn. 1. Viertel.

Einziges Gastspiel Alexander Moissi v. Deutschen Theater in Berlin.

HAMLET

Prinz von Dänemark.

Tragödie in 5 Akten von William Shakespeare.

Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende 10¼ Uhr.

Sonntag den 15. März 1914 vormittags 11¼ Uhr:

Matinée für die Fortbildungsschule.

Fidelio.

Oper in 2 Akten von L. v. Beethoven.

Nachmittags 3½ Uhr:

Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Schülerkarten M. 1.30 a. d. Tagesk.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Abends 7½ Uhr:

178. Vorst. im Abonn. 2. Viert.

Novität: Zum 1. Male: Novität!

Die Marine-Gustl.

Operette in 3 Akten v. G. Jarno.

Unwiderruflich nächste Woche!

Ziehung am 18. März 1914

Schleswig-Holstein. Pferde-**LOTTERIE**

3261 Gewinne i. Gesamtwerte v. Mk.

80000

49 Pferde und 4 Equipagen = Mk.

63500

Hauptgew.: 1 eleg. Vierspänn. = Mk.

10000

Los 50 Pf. 11 Lose sortiert 5 Mk.

— Porto u. Liste 30 Pfg. extra, — empfiehlt u. versend. General-Debit

Gust. Pforte, Essen (Ruhr)

sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

*3345

Wasch-Gefässe,

dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück.

— Transport frei Haus. —

Badewannen von 3 Mk. an, Waschwannen von 5 Mk. an, Brühfässer m. Deckel v. 4 Mk. an, Schöpffässer, Stück 60, 75, 90 Pf.

Böttcherei Schülershof I, 18 dicht am Markt.

— Gegründet 1883. —

Kontirmanden-Anzüge

aus dunkelblauen, marengofarbigen und tiefschwarzen Stoffen, neueste Fassons, prima Verarbeitung, anerkannt bester Sitz.

12⁰⁰	15⁰⁰	18⁰⁰	21⁰⁰
24⁰⁰	27⁰⁰	30⁰⁰	33⁰⁰

Ich führe erstklassige Konfektion in grösster Auswahl und verkaufe wegen kleinerer Geschäftsunkosten

zu sehr billigen festen Preisen. 7712

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Julius Hammerschlag,

36 Gr. Ulrichstr. 36, nahe der Alten Promenade.

„Zum russen Zipfel."

Ritterstrasse 16. Ritterstrasse 16.

Sonnabend den 14. März 1914:

Fidele Unterhaltung u. neue originelle Dekoration.

ff. Speckkuchen. ff. Speckkuchen.

Es ladet freundlichst ein 7716

Bernhard Reuschel, Geschäftsführer.

Osendorf. *3506

„Gasthof zum Dreierhaus."

Sonntag, 15. März, abends 7 Uhr: **Kränzchen**

des Bandonionklubs „Saxonia", Radewell.

Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Studentische Volksunterrichtskurse

Sonntag, 3 Uhr, Peissnitzbrücke: 7718

Spaziergang nach Knolls Hütte.

Makulatur

zu haben in der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Roß-Schlächterei M. Zaubitzer

Steinweg 52, Tel. 3515

empfiehlt fortwährend prima Roßfleisch, nur I. Qualität.

Die feinsten Bratenstücke. 7728

Wurstwaren in bekannter Güte.

::: Prov. Sächs. Wohlfahrts-Ausstellung :::

Volksgesundheit u. Jugendpflege.

Aula der Handwerkerschule, Gutjahrstr.

Vom 17. bis 29. März 1914. Täglich geöffnet von 10—12 Uhr vorm., 4—10 Uhr nachm. Täglich ärztliche Vorträge u. Führungen.

Alles Nähere durch die Plakate. 7724 Eintritt frei.

Empfehle für diese Woche besonders billigst:

Extra gr. Hasen u. Ia. fr. Kaninchen, Rehblätter und Reh- und Hirsch-Kochfleisch.

7719 sowie sämtliches Geflügel.

E. Riemer jr., nur Halle, Wörmlitzerstr. 101 u. Wochenmarkt.

Telephon 3484. Telephon 3484.

Lederhandlung

W. Sobbe, Mittelstrasse 1.

999 Mitgl. d. Rab.-Spar.-Vereins.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191403 14-16/fragment/page=0012

Unterhaltungs-Beilage

Halle, 14. März — des Hallischen Volksblattes. — Nummer 62 — 1914.

Wo das Leben hart ist, ist's immer am härtesten für die Frau. K. Kipling.

Erkenntnis.

Von Edmondo de Amicis.

Albert, ein zehnjähriger Knabe, spielte im Zimmer seines Vaters, der in die Lektüre des Sozialistischen Aberglaubens, von Garofalo, vertieft war, als das Dienstmädchen eintrat und sagte: „Es ist der und der da; kann ich ihn eintreten lassen?" „Natürlich!" rief der Herr aufspringend. „Nach fünfmonatiger Kerkerhaft! Führen Sie ihn sofort herein!"

Bei den Worten „fünfmonatiger Kerkerhaft" ließ der Knabe sein Spielzeug fallen und zog sich in einen Winkel zurück, mit unruhigen Augen nach der Tür schielend; denn er konnte natürlich den Gedanken eines Kerkers nicht von dem eines Verbrechens trennen.

Er blieb unbeweglich stehen und sah mit Verblüffung, wie sein Vater auf die Tür zueilte und den Besucher herzlich umarmte; der war ein Mann von ungefähr fünfunddreißig Jahren, bleich, mit entschlossenen Gesichtszügen, ärmlich, aber nett gekleidet und von einfachem und offenem Gebaren.

Gastgeber und Besucher zogen sich in eine Fensternische zurück und nahmen eine lebhafte Konversation auf, in der Fragen und Antworten ohne Unterbrechung einander folgten. Als der Knabe unter anderem hörte, daß der Freund seines Vaters zwischen vier Gendarmen mit Schellen an den Handgelenken durch ein Dorf geführt worden war wie jener gemeine Mörder, den er eines Tages aus dem Schwurgerichtsgebäude herausführen sah, da wandelte sich sein Erstaunen in solch offenkundige Furcht um, daß der Gast, der ihn zufällig ansah, es bemerkte. Schon vorher aber hatte sein Vater es bemerkt.

Der holte an einem bestimmten Punkte des Gespräches ein Bündel Zeitungen aus einer Lade, die er dem Freunde mit den Worten brachte:

„Alles, was ich Ihnen zu sagen hätte, finden Sie gedruckt in diesen Blättern, die ich für Sie gesammelt und aufbewahrt habe. Fliegen Sie das durch, Sie werden sehen, daß man sich Ihrer während Ihrer Abwesenheit immer erinnerte. Hier ist mein Gefühl und das der anderen „Uebeltäter" zum Ausdruck gekommen."

Der Besucher nahm die Zeitungen, setzte sich mit dem Rücken gegen das Fenster und begann zu lesen. Der Gastgeber ließ ihn allein und wendete sich dem Knaben zu, eine Frage erwartend, die er schon in seinen Augen las.

Wirklich fragte ihn der Knabe mit leiser Stimme:

„Was hat er gemacht . . . dieser Herr?"

„Er hat fünf Monate Kerkerhaft durchgemacht," antwortete lächelnd der Vater.

Der Knabe blieb einen Augenblick unschlüssig. Dann fragte er schüchtern:

„Wer ist es?"

„Na alsdann," antwortete der Vater, indem er sich setzte und den Knaben an sich zog, „auf diese Frage kann ich dir leichter antworten. Aber ich fürchte, daß du es nicht verstehst. Paß gut auf. Du mußt wissen, daß es in jedem Lande eine Menge Menschen gibt, darunter viele Männer von großem Wissen und großem Geiste und auch so manche reiche Leute, die alle glauben, daß es für einen großen Teil des unendlichen Elends und der Ungerechtigkeit, welche die Welt bedrücken, ein Heilmittel gäbe. Und sie denken, das Heilmittel sei folgendes: daß nämlich die gegenwärtige Gesellschaft, in der das Leben jedes einzelnen ein Kampf gegen alle ist, sich umforme in eine große Gemeinschaft, in welcher alle arbeiten, nicht mehr für den Vorteil einiger weniger, von denen sie abhängig und mit deren Schicksal sie verknüpft sind, sondern direkt für die Gemeinschaft, die alle gleichmäßig belohnen wird; in eine große Gemeinschaft, in der nicht mehr wie heute viele, viele Menschen sich zu Tode mühen und dabei arm sind, viele andere keine Arbeit finden und hungern, während Tausende und Tausende, welche nicht arbeiten, im Ueberfluß leben. Hast du mich verstanden? Nun gut, alle diejenigen, welche wünschen und hoffen, daß ein Tag komme, an dem alle Menschen in Eintracht für ihr eignes und das gemeinsame Wohl arbeiten, ohne sich das Brot gegenseitig vom Munde wegzureißen, ohne sich gegenseitig zu hassen und zu fürchten, an dem alle an den Wohltaten der Kultur teilhaben wie die Kinder einer Familie, in der alle gleich geliebt und geschützt sind, alle die heißen Sozialisten. Und was machen diese? Nun folgendes: Sie sind mit all ihrer Kraft am Werke, den anderen zu beweisen, daß ein solcher Gesellschaftszustand möglich ist, und nicht nur das, sondern daß er sich allmählich notwendigerweise durch die Macht der Umstände entwickeln wird; um dies aber rascher und ohne Gewalttätigkeit zu erreichen, ist es notwendig, daß alle es wünschen und darauf hinarbeiten, indem sie der Masse einen klaren Begriff, um was für eine Sache es sich handelt, beibringen und ihr ein tiefes Gefühl der brüderlichen Eintracht einflößen, das zur Durchführung erforderlich ist; ist es notwendig, sie zu erziehen, ihre Pflichten zu erfüllen und ihre Rechte auszuüben, sie zu überzeugen, daß der einzige Weg, das Ziel zu erreichen, der ist, daß sie die Vertretung ihrer Interessen und ihres Willens Männern anvertrauen, welche an der Durchführung interessiert sind oder die auch zur großen Familie gehören, auf welcher die Armut und die Ungerechtigkeit lasten. Hab' ich mich verständlich gemacht? Nun, dieser Herr, den du hier siehst, ist ein Sozialist. Er ist ein Arbeiter, der sich um sein tägliches Brot abmüht; aber die ganze Zeit, die ihm übrig bleibt, geht er unter dem Volke umher, setzt den Leuten die Sache auseinander und erklärt sie ihnen, sucht seinen eignen Glauben auf die anderen zu übertragen, ohne zum Hasse gegen jemand aufzureizen; und nicht nur dies, er sucht dort den Haß zu löschen, wo er ihn findet, er mahnt die Heftigen, sich zu mäßigen, die Ungebildeten, zu lernen, die Zwieträchtigen, sich zu versöhnen, alle die Armen und Unzufriedenen, auf eine bessere Zukunft zu vertrauen, zu der wir friedlich und gesetzmäßig, einzig und allein durch die Kraft der Wahrheit und der Gerechtigkeit gelangen werden, wenn die Wahrheit von allen verstanden, die Gerechtigkeit von allen gewollt sein wird. Und beachte, daß er sich abarbeitet und abmüht, um ein Gutes herbeizuführen, von dem er sicher weiß, daß es ihm selbst nicht zugute kommen wird. Er lebt wie ein Armer, denn er ist arm. Aber er gibt den anderen auch jenes Wenige, das ihm überflüssig erscheint, uns aber notwendig erscheinen würde. Wenn er reich wäre, würde er für seine Ueberzeugung all sein Hab und Gut hingeben. Wenn man von ihm sein Leben verlangte, würde er auch dieses hingeben, denn er lebt nur für seine Idee. Er hat eine makellose Vergangenheit und ist gut und einfach wie ein Knabe. Du kannst dir denken, wie viele Männer ich in meinem Leben gekannt habe; nun sieh, er ist einer der ehrenhaftesten, uneigennützigsten, achtungswürdigsten, die ich je gekannt habe. Ich liebe und bewundere ihn."

Der Knabe blieb eine kleine Weile in Gedanken, bald auf seinen Vater, bald auf den „aus dem Kerker Entlassenen" blickend. Dann fragte er:

„Aber schließlich . . . warum haben sie ihn ins Gefängnis geworfen?"

„Weil er all dies denkt und sagt, was ich dir gesagt habe," antwortete der Vater.

„Ja, aber dann . . . können sie dich auch ins Gefängnis werfen, da du dasselbe sagst?"

„Sicher."

„Und warum haben sie ihn allein hineingeworfen?"

„Weil er alle diese Dinge viel lauter und offener sagt, das heißt, er ist uneigennütziger und aufrichtiger, er begehrt leidenschaftlicher das Gute, er ist mutiger und edler als ich."

Der Knabe sprach kein Wort mehr und starrte mit weiten Augen auf den Gast, der seine Lektüre fortsetzte.

„Mut," flüsterte ihm der Vater ins Ohr, „als er eintrat, bemerkte er, daß du Furcht vor ihm hattest wie vor einem Räuber; du bist ihm eine Genugtuung schuldig: geh und frag' ihn, ob es ihm gut geht."

Langsam ging der Knabe und schmiegte sich an die Knie des „Verurteilten", ohne ein Wort zu wagen; aber seinen blonden Kopf bot er jenem wie zu Liebkosungen dar. Der legte die Zeitung weg, warf einen Blick auf ihn und einen auf den Vater, verstand und lächelte. Sein starkes Herz aber, das mitten unter allen Verfolgungen und dem Schimpf der Handschellen keinen Augenblick der Schwäche gezeigt hatte, wurde erschüttert durch diese Handlung des Kindes, das ihm eine neue Generation vor Augen führte, eine Generation, die durch einen edlen Impuls der Seele zu der Sache getrieben wurde, die ihm heilig war. Er sah es einen Augenblick lang mit feuchten Augen an, dann nahm er den blonden Kopf zwischen seine Hände und drückte einen Kuß darauf, der ihm herzlich erwidert wurde.

Zu seinem Vater zurückkehrend, zeigte ihm der Knabe mit einer Gebärde der Verwunderung, daß seine Stirn naß war.

„Trockne dich nicht ab," antwortete der Vater; „es ist Taufwasser."

35] **Die Götter dürsten.** [Nachdr. verb.

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France.

Zwanzigstes Kapitel.

Während einer langen Gerichtssitzung des Revolutionstribunals sitzt Evariste Gamelin auf seiner Bank in der heißen Luft. Er schließt die Augen und denkt:

„Die Schlechtgesinnten zwingen Marat, sich in Löchern zu verbergen, und machen ihn so zu einem Nachtvogel, zum Vogel der Minerva, dessen Augen die Verschwörer in dem Dunkel erspähten, worin sie sich verbargen. Jetzt durchschaut ein kalter, blauer, ruhiger Blick die Feinde des Staates und entlarvt die Verräter mit einer Schärfe, die selbst jenem Volksfreunde fehlte, der nun im Garten der Cordeliers schlummert. Der neue Retter, ebenso eifrig und scharfsichtiger als der erste, sieht, was niemand gesehen, und sein erhobener Finger verbreitet Schrecken. Er unterscheidet die feinsten, unmerklichsten Schattierungen zwischen Gut und Böse, Laster und Tugend, die man ohne ihn zum Schaden des Vaterlandes und der Freiheit miteinander verwechselt hätte. Er zeichnet den schmalen festen Pfad vor, neben dem rechts und links nur Irrtum, Verbrechen und Verworfenheit liegen. Der Unbestechliche lehrt, wie man durch Uebertreibung und durch Schwäche dem Auslande dient, indem man die Kulte im Namen der Vernunft verfolgt und im Namen der Religion den Gesetzen der Republik trotzt. Nicht minder als die Verbrecher, die einen Le Peltier und Marat opferten, dienen auch die dem Auslande, die göttliche Ehren für sie verlangen, um ihr Andenken in Mißachtung zu bringen. Ein Agent des Auslands ist, wer immer die Ideen der Ordnung, der Klugheit und Opportunität verwirft, ein Agent des Auslands, wer immer die Sitten verletzt, die Tugend beleidigt und in seinem zuchtlosen Herzen Gott leugnet. Die fanatischen Priester verdienen den Tod; aber es gibt auch eine Art der Gegenrevolution, der Fanatismus zu bekämpfen, es gibt verbrecherische Glaubensobservanzen. Mit Mäßigung riskiert man die Republik zugrunde, mit Gewalttätigkeit auch.

„O furchtbare Pflichten des Richters, die der Weisheit des Menschen diktiert! Nicht nur die Aristokraten, die Föderalisten, die Verbrecher der orleanistischen Partei, die erklärten Feinde des Vaterlandes gilt es zu strafen. Der Verschwörer, der Agent des Auslands, ist ein Protens und nimmt alle Formen an. Er verkappt sich als Patriot, als Revolutionär, als Feind der Könige. Er heuchelt die Kühnheit eines Herzens, das nur für die Freiheit schlägt; mit dröhnender Stimme läßt er die Feinde der Republik erbeben. Er ist Danton; seine heftige Sprache verbeißt seine schnöde Lauheit nur schlecht, und seine Bestechlichkeit tritt endlich zutage. Ein Verschwörer, ein Agent des Auslandes ist jener heredie Samuler, der zuerst die revolutionäre Kokarde an seinen Hut steckte, es ist der Pamphletschreiber, der in seiner höhnischen, grausamen Gesinnung sich selbst den „Staatsanwalt für die Laterne" nannte, es ist Camille Desmoulins, der sein Herz entbillte, als er die verräterischen Generäle verteidigte und die verbrecherischen Maßregeln einer unzeitigen Milde verlangte . . . Es ist Philippeaux, es ist Hérault, es ist der elende Lacroix . . . Ein Verschwörer, ein Agent des Auslands ist der Père Duchesne (sein von Hébert redigiertes Revolutionsblatt, 1789), der die Freiheit durch seine niedrige Demagogie in den Staub zog und besten schmutzige Verleumdungen selbst für Marie Antoinette Teilnahme erweckten . . . Es ist Chaumette, den man doch als sanft und volksfreundlich kannte, als gemäßigt, bieder und tugendhaft in der Gemeindeverwaltung. Doch er war Atheist . . . Die Verschwörer, die Agenten des Auslands, das sind alle die Sansculotten in roten Mützen, Karmagnolen und Holzschuhen, die die Jakobiner durch wilden Patriotismus übertrumpfen wollten . . . Ein Verschwörer, ein Agent des Auslands, das ist Anacharsis Cloots (Joh. Baptist, Baron von Cloots [1755—94], in Kleve geboren, ein politischer Schwärmer, der unter dem Namen Anacharsis Europa bereiste, in der Nationalversammlung 1790 an der Spitze eines Haufens Fremder als Redner des Menschengeschlechts auftrat, 1792 Konventsmitglied wurde und 1794 als Hébertist unter der Guillotine endete. D. Uebers.), der Redner des Menschengeschlechts, der von allen Monarchien der Welt zum Tode verurteilt wurde. Aber von ihm war alles zu befürchten: er war ein Preuße . . .

„Jetzt sind alle diese Schlechtgesinnten, die Gewalttätigen wie die Gemäßigten, alle diese Verräter, Danton, Desmoulins, Hébert, Chaumette unter dem Beile geendet. Die Republik ist gerettet; aus allen Ausschüssen und Volksversammlungen steigt einstimmiges Lob zu Robespierre und zur Bergpartei auf. Die Gutgesinnten rufen: „Würdige Vertreter eines freien Volkes, umsonst haben die Söhne der Titanen ihr stolzes Haupt erhoben. Wohltätiger Berg, schirmender Sinai, aus deinem lochenden Schoße brach der heilsame Blitz hervor! . . .

„Dieses einstimmige Lob gilt auch dem Revolutionstribunal. Wie hold ist die Tugend und wie süß ist die öffentliche Anerkennung für das Herz eines unbestechlichen Richters!

„Und doch; wie seltsam und besorgniserregend für ein patriotisches Herz! Wie? Um die Sache des Volks zu verraten, gewügten nicht die Mirabeau, Lafayette, Bailly, Péthion und Brissot? Auch die, welche diese Verräter entlarvten, wurden Verräter! Wie? Alle, welche die Revolution wachten, taten dies nur, um sie zu vernichten? Jene großen Bürger, die Urheber der großen Tage, arbeiteten mit Pitt und Coburg für das Königtum der Orleans oder die Vormundschaft Ludwigs XVII.! Wie? Chaumette und die Anhänger Héberts waren ruchloser als die Föderalisten, die sie unter das Beil brachten, und verschworen sich zum Sturze der Freiheit! Aber wird Robespierres blaues Auge unter denen, die den ruchlosen Danton, den ruchlosen Chaumette stürzten, nicht morgen noch Ruchlosere entdecken? Wann endet diese entsetzliche Kette der verratenen Verräter, und was entdeckt der Scharfblick des Unbestechlichen noch?" . . .

Einundzwanzigstes Kapitel.

Tag für Tag ging Julie Gamelin in ihrem flaschengrünen Carrick in den Luxembourg-Garten, setzte sich auf eine Bank am Ende einer Allee und wartete dort auf den Augenblick, wo ihr Geliebter zu einer Dachluke des Palais hinausschaute. Sie machten sich Zeichen und tauschten ihre Gedanken in einer stummen Sprache aus, die sie sich ausgedacht hatten. Auf diese Weise erfuhr sie, daß der Gefangene in einer leidlichen Zelle wohnte, in angenehmer Gesellschaft war, eine Decke und einen Kochkessel brauchte und sein Mädchen zärtlich liebte.

Sie war nicht die einzige, die vor diesem zum Kerker verwandelten Palais nach einem geliebten Antlitz ausspähte. Eine junge Mutter neben ihr heftete ihre Blicke auf ein geschlossenes Fenster, und sobald sie es aufgehen sah, hob sie ihr Kind, das sie im Arme trug, hoch über ihren Kopf. Eine alte Dame im Spitzenschleier stand stundenlang unbeweglich auf einem Klappstuhl und hoffte umsonst auf einen Augenblick, wo ihr Sohn sich zeigte. Der aber spielte, um nicht von Rührung überwältigt zu werden, im Gefängnishofe mit der Wurfscheibe, bis der Garten geschlossen ward. . .

Während dieses langen Harrens unter dem blauen oder grauen Himmel saß ein Mann in reiferen Jahren auf der nächsten Bank. Er war ziemlich dick und sehr sauber gekleidet und spielte mit seiner Tabaksdose und seinen Uhranhängseln oder entfaltete eine Zeitung, in der er aber nie las. Er trug die alte bürgerliche Tracht, einen Dreispitz mit goldener Tresse, einen violetten Rock und eine silbergestickte, blaue Weste. Sein Aussehen war ehrbar; nach der Flöte zu urteilen, die aus seiner Tasche hervorsah, war er ein Musiker. Er ließ das verkleidete Mädchen nicht einen Moment aus den Augen, lächelte ihr immerfort zu, und wenn er sie aufstehen sah, so erhob er sich selbst und folgte ihr von fern. In ihrem Elend und in ihrer Vereinsamung fühlte Julie sich durch die zurückhaltende Sympathie, die ihr dieser Biedermann bezeigte, gerührt.

Eines Tages, als sie den Garten verließ, begann es zu regnen. Der Unbekannte trat auf sie zu, öffnete seinen riesigen roten Regenschirm und bat sie um Erlaubnis, sie damit beschützen zu dürfen. Mit ihrer hellen Stimme antwortete sie sanft, daß ihr dies sehr recht wäre. Doch beim Klang dieser Stimme und vielleicht auch wegen des leisen Frauenduftes, den sie ausströmte, verließ er sie plötzlich und setzte das junge Mädchen dem Gewitterregen aus. Sie begriff, und trotz ihrer Sorgen mußte sie lächeln (Fortsetzung folgt.)

Schreckensszenen im Reichstage.

Im Reichstage ging es, wie wir im Vorwärts lesen, neulich lebendiger zu als gewöhnlich. Auf der Tagesordnung war nämlich bemerkt worden, daß wegen der Ostmarkenzulage eine namentliche Abstimmung vorgenommen werden sollte. Wer eine solche Abstimmung versäumt, wird um zwanzig Mark gestraft.

. . . Der feierliche Augenblick der Abstimmung zieht sich immer weiter hinaus, denn mehr Redner, als man erwartet hatte, nehmen noch das Wort, um Herrn Kraetke Freundlichkeiten zu sagen, ihm wieder einen anständigen Scheitel zu kämmen, nachdem ihn Zubeil wie den leibhaftigen Struwwelpeter frisiert hatte.

. . . Die Herren Abgeordneten haben also Zeit — sie ergehen sich in den Wandelhallen, schlürfen ihren Kaffee im Restaurant, sitzen in Lese- und Schreibsälen herum, liegen in ihren Kojen unter dem Dachsuche auf dem Ohr oder plantschen in Badewannen herum.

Da gibt's im Saale eine bemerkenswerte Bewegung: Herr Kraetke, dessen Reden sich gleichen wie seine Dreipfennigmarken, hat seine letzte Marke verklebt und Platz genommen auf einem der Stühle, die nur von besseren Podezen gedruckt zu werden gewohnt sind. Herr Kraetke war also, wie man sehen, wenn auch nicht hören konnte, fertig geworden mit seiner — sozusagen Rede.

Mit der ihn auszeichnenden Donnerstimme, die man bei einiger Aufmerksamkeit auf eine Entfernung von tausend Millimeter noch zu hören vermag, verkündet Herr Kaempf, daß nun die namentliche Abstimmung stattfinden wird. Seine Schriftführer drücken auf die Huppenknöpfe, und nun beginnt ein Heulen in allen Teilen des Hauses, wie es seit dem Auftreten des bekannten Posaunenbläserkorps von Jericho kein menschliches Ohr mehr vernommen. Das Geheul von hundert Automobilhuppen in einen einzigen Ton konzentriert, ist ein zarter Strich über eine Stradivariusgeige im Vergleich mit dem mechanischen Höllenhunden, die im Reichstag losgelassen werden, wenn eine namentliche Abstimmung bevorsteht.

Und die Folgen sind fürchterlich: Im Restaurant fallen den älteren Herren vor Schrecken die Tassen aus den Händen. Von den Schlaflagern in den Kojen unter und über den Dächern tugeln die wohlbeleibteren Herren vor Entsetzen auf den Fußboden. Herr Oertel, der Prophet der notleidenden Landwirte, kann nicht wieder von dem Boden auf die Beine kommen, denn sie sind kürzer als der Durchmesser seiner schlanken Taille. Er schreit mit den zappelnden Füßen um Hilfe.

In den Wandelgängen rennen die Herren um die Wette dem Saale zu, auf daß keiner zu spät komme . . .

Ein Antisemit sitzt auf dem elektrischen Pferd im Zanderfaal und reitet kühne Attacken gegen Judäa — da beginnt das Geheul. Er gedenkt der gefährdeten zwanzig Mark — und nun wollte er wieder 'runter und da konnte er nicht. Seine Rosinante galoppierte weiter, denn der Diener, der sie abstellen könnte, ist durch entsetzliche Hilferufe in eine Badezelle gerufen worden

In der Badezelle hatte einer von Ostende geträumt, als ihn das Huppengeheul grausam in die nackte Wirklichkeit zurückrief.

„Hilfe! Hilfe!"

„Ich komme zu spät — her mit den Unterbuxen! — Nein, nein, das dauert zu lange — — —"

— Huhuhuhuhu!

„— — Her mit den Hosen und dem Rock! Her mit Badeschlappen!"

Mit den Schlappen an den nackten Füßen vermag der Mann ohne Hemde nicht zu laufen. Er nimmt sie in die linke Hand und rast aus dem Kellergeschoß dem Hauptgeschoß zu.

— Huhuhuhuhu!

Drei Treppenstufen nimmt er immer auf einen Sprung. Schneller und immer schneller springt er der Wandelhalle zu. So nimmt er das Rennen mit Trimborn und einem Dritten auf. Trimborn aber bleibt um Nasenlänge voraus.

Nun der Schlußsprut im Saale selbst: Trimborn und der Mann ohne Hemde! Nun heulen nicht mehr die Huppen allein, nun heult das ganze Haus.

Huhuhuhu! Hohohoho! Hahaha! Dann das letzte Hindernis: die Treppe zur Tribüne! Trimborn, der kurzsichtig ist, stolpert — oho! oho! — Der Mann, der kein Hemd am Leibe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191403 14-16/fragment/page=0013

und die Schlappen in der Hand hat, schlägt ihn. Aber beide retten ihre zwanzig Mark. Der Dritte, der das Rennen bis zur Tür des Sitzungssaales mitgemacht, hatte es als aussichtslos aufgegeben. Er hat alle Hoffnung fahren lassen und deshalb Platz genommen zwischen den Antisemiten.

Indessen verkündete Herr Kaempf mit Donnerstimme, daß die Abstimmung geschlossen sei.

Ein Liebesroman im Zuchthause.

Ueber den Liebesroman einer Gouverneursfrau mit einem Sträfling, bei dem der Gouverneursgatte wider Willen den Begünstiger und Förderer spielte, wird, wie der Fnf. aus Petersburg geschrieben wird, in der russischen Gesellschaft viel gelacht. Im Gouvernement Wjatka hatte sich ein „humanitärer Frauenverein zur Besserung der Strafgefangenen" gebildet, dessen Präsidentin die Gattin des Gouverneurs war. Die Obliegenheiten der Mitglieder des humanitären Vereins bestanden darin, daß sie die Strafgefangenen im Zuchthause besuchten und sie durch mündliche Belehrung, durch Leihen religiöser Lektüre und durch passende Beschäftigung zu bessern suchten. Der Gouverneur hielt von dem ganzen „modernen Unsinn" nichts und war nur dazu zu bewegen, seine Einwilligung dazu zu geben, weil ihn seine Frau, in die er sehr verliebt war, darum bat.

Unter den Gefangenen befand sich auch ein Schriftsteller, namens Bredniikow, der seine Verbrechen, die im Besitze nationalökonomischer und sozialistischer Bücher bestanden, laut einem Spruch des Kriegsgerichts im Zuchthaus büßen mußte. Die Gouverneursfrau merkte bald, daß sie ihn nicht belehren, dafür aber von ihm lernen könne. Da er ein ritterlicher Mann und von großer Bildung war, was sie beides bei ihrem Ehegemahl, einem biederen und ziemlich ungebildeten Beamten, vermissen mußte, so wuchsen sich die „belehrenden Unterhaltungen" recht kräftig aus und dauerten manchmal stundenlang, so daß der Gouverneur schon für die Gesundheit seiner Gattin fürchtete, die sich in ihrem humanitären Beruf aufrieb. „Die Frauen von heute! Zu komisch sind sie!" sagte er zu ihr. „Was soll dir die viele Menschenliebe?" Die Gouverneursgattin lächelte und erwiderte ihm, daß die Menschenliebe manchmal sehr beglückte. Der Gouverneur verstand das nicht, konnte es wohl auch nicht verstehen, wie es seine Frau meinte. Eines Tages machte seine Frau ihm den Vorschlag, die Stelle eines Dieners in ihrem Hause mit einem der schon gut erzogenen Sträflinge zu besetzen. Das verstand der Gouverneur sofort ausgezeichnet, zumal er ihm dann weder Lohn noch Kost zu zahlen brauchte. Er fand plötzlich, daß man anständigen Sträflingen ihr Los auf diese Weise erleichtern könnte und nannte diese eine „wirkliche praktische Menschenliebe". So kam der Schriftsteller in das Haus und der Gouverneur war des Lobes voll über diesen Sträfling. Zu seiner unangenehmen Ueberraschung mußte er aber eines Tages entdecken, daß er diese „Perle" verloren habe, und daß mit ihm zugleich seine Frau abhanden gekommen war. Anfangs ahnte er den Zusammenhang nicht, bald aber kam er dahinter, daß die Menschenliebe seiner Gattin derart war, daß sie nichts Außergewöhnliches mehr an sich hatte. Die Frau Gouvernеurin hatte auf kluge Weise verstanden, den Mann ihrer Wahl und Liebe durch den obersten Beamten selbst befreien zu lassen, um dadurch Gelegenheit zu erhalten, mit ihm zusammen die Flucht zu ergreifen. Durch einen Brief, den das Liebespaar aus Paris an den Gouverneur richtete, erhielt er die Gewißheit von der Flucht seiner Gattin.

Kleines Feuilleton.

Rasend.

Mein Freund Hahnelmann war zehn Jahre im Ausland gewesen. Als er wieder in der Heimat war, besuchte ich ihn. Ich fand ihn mißvergnügt über einem Wörterbuche sitzen. „Grüß Gott," sagte er, „gut, daß du kommst — ich kann's nicht finden." — „Was kannst du nicht finden?" sagte ich. — „Die verschiedene Bedeutung von „rasend", weiß du." — „Verschiedene Bedeutung? „Rasend" hat nur eine Bedeutung, eine Art Steigerungsgrad von „wild", versteht du." — „Ja, hat sich was, mein Lieber. Das muß vor zehn Jahren so gewesen sein, als ich ins Ausland ging." — „Und seither?" — „Seither muß „rasen" noch eine ganze Menge anderer Bedeutungen bei euch erlangt haben." — „Nicht, daß ich wüßte. Zum Beispiel?" — „Als ich gestern meiner Nichte ein Mitbringsel schenkte, sagte sie gärtlich das sei aber „rasend liebenswürdig" von mir. Nun bitt ich dich: da müßte ich also auf eine ungewöhnlich stark ausgeprägte liebenswürdig gewesen sein?" — „Ja, weißt du, das ist so 'ne Sache . . ." — „Und dann erzählte ich meiner Base ein lustiges Reiseerlebnis, und weißt du, wie sie's fand?" — „Na, lustig eben, oder komisch?" — „Nein, mein Lieber, „rasend komisch". Nun denke mal, was Komisches, das rast — ich kann es nicht begreifen." — „Hm, in der Tat . . ." — „Dann traf ich weiter Leute, welche fanden, das und das sei „rasend nett" von mir, und von einem anderen berichteten, daß er „rasend dumm" sei, ja, sogar ein „rasendes Blech" daherrede — nun denk ich mir, du bist ein wenig Philologe, und sicher wirst du mir die sonderbare Wandlung unseres lieben alten „rasend" gut erklären können?" — „Ja, weißt du," sagte ich, „das ist eine rasend schwere Sache . . ."

Gegen die Federmode

bringt die Halbmonatsschrift für das Deutschtum unserer Zeit Der Vortrupp (Verlag von Alfred Janssen, Hamburg) in einem längeren, die Grausamkeiten der heutigen Mode geißelnden Artikel von Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche den folgenden Aufruf:

Deutsche Frauen, deutsche Mädchen, die Schöpfung selbst bittet Euch, sie ruft Euer Mitleid an:

Macht dem grausamen Vogelmord ein Ende. Sprecht Euern Willen aus: es soll kein Vogel mehr getötet werden, um als Hutschmuck zu dienen.

Verzichtet auf alle Federhüte außer Hüten mit Straußenfedern, weil nur Straußenfedern durch Zucht gewonnen werden, alle anderen Federn aber, wenn sie nicht dem Schlachtgeflügel entkommen werden, nur durch grausame Vernichtung unersetzlicher schöner Vögel beschafft werden.

Wisset: Edelreiher und Paradiesvögel und manche andere Vogelarten stehen jetzt infolge der Hutmode unmittelbar vor ihrer Ausrottung. Der Handel sucht Euch über diese Tatsachen zu täuschen und streut Unwahrheiten aus. Abhilfe ist noch möglich, wenn Ihr helft, eine große Bewegung zum Schutze der gefährdeten Geschöpfe zu erregen. Andere Staaten haben schon den Handel mit den genannten Federn verboten. Nur Verbotsgesetze können helfen. Sprecht viel davon, dann kommen sie.

Lernt die Federn kennen, die auf Hüte gebunden werden, damit Ihr wißt, von welchem lebenden Wesen sie stammen. Die Kenntnis der Vogelwelt, eines der größten Wunder der Natur, wird Euch glücklicher machen. Denkt an das Schicksal des Tieres, dessen Federn Euch zum Kauf angeboten werden. Werbt für den Schutz der gefährdeten Vögel, indem Ihr sprecht von blutigen Federn, im Gegensatz zu harmlosem Federschmuck.

Bedenkt: die meisten Frauen, die blutige Federn tragen, sind sich der Grausamkeit noch nicht bewußt.

Es wird nichts unbilliges verlangt, sondern nur dies: Die Mode soll von den lebenden Tieren der Wildnis ablassen, bevor sie ausgerottet werden, und sich auf den Hutputz beschränken, der beschafft werden kann ohne blutigen Eingriff in die lebende Natur.

Laßt Euch nicht von der Mode beherrschen, sondern von Euren eigenen sittlichen Kräften, von Eurem Gewissen und Eurem Schönheitssinn. Mag die Mode an sich sein was sie will; in unserer Zeit ist sie nur ein Mißbrauch und wird von Unternehmern gemacht. Die Zeit, wo man bei edlen Frauen anfragte, was sich ziemt, ist nicht mehr. Heute sind es nicht gerade edle Frauen, mit deren Hilfe das Unternehmertum Moden aufstellt.

Verbittet es Euch, daß solch eine Mode Euch blutige Federn aufzwingen will; fordert harmlosen Hutschmuck.

Wenn Ihr nicht die Hutmacherin erzieht, dann gebietet sie Euch und gewöhnt Euch an Roheiten. Vergeßt nicht, daß Ihr als Käufer Macht habt; und Macht verpflichtet.

Bücherschau.

Aus Amerikas Arbeiterbewegung.

Eine hochentwickelte moderne Schiffsbautechnik hat die Entfernung zwischen der alten und der „Neuen Welt" auf ein nämlich immer geringeres Maß verkürzt; das Weltmeer scheint durch die drahtlose Telegraphie gleichsam überbrückt und die Entwicklung des Luftschiffwesens eröffnet hier gleichfalls noch ungeahnte Möglichkeiten. Als ganz natürliche Folge dieser verkehrstechnischen Fortschritte zeigt sich im letzten Jahrzehnt auch eine stärkere geistige Verbindung zwischen Europa und Amerika, als deren eine Erscheinung nur die sogenannten Austauschprofessoren genannt seien. Deutsche Politiker, Nationalökonomen, Gelehrte, Dichter, Schriftsteller, bedeutende und minder bedeutende Personen, führende Männer der Industrie und des Handels haben „Studienfahrten" nach den Vereinigten Staaten unternommen, und umgekehrt hat sich das Interesse der Amerikaner dem wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Leben Deutschlands in erhöhtem Maße zugewendet. Nur in einem haben die Amerikaner mit den Deutschen nicht gleichen Schritt zu halten vermocht: in der Zahl der Zeitungsartikel und Bücher, die als Folge dieser Studienfahrten in den letzten Jahren erschienen sind! Die meisten dieser modernen gelehrten deutschen „Amerikaforscher" hielten sich für verpflichtet, ihre auf Grund eines mehrwöchentlichen Aufenthalts in Amerika über das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" gesammelten, meist recht anfechtbaren Urteile und Meinungen in Serien von Zeitungsartikeln oder in dickleibigen Büchern niederlegen zu müssen. So ist im Laufe der letzten Jahre eine wahre Flut von Literatur dieser Art entstanden.

Brauchbare und gute Bücher über die amerikanische Arbeiterbewegung gab es bis jetzt, von dem Hilquittschen Buche und einer Schrift von Sombart abgesehen, so gut wie nicht. Das erklärt sich daraus, daß die deutsche und die amerikanische Gewerkschaftsbewegung erst seit etwa sechs Jahren in etwas nähere Beziehungen zueinander getreten sind und mehr Fühlung miteinander genommen haben. Aeußerlich tritt diese Wendung ein mit der Reise, die der Präsident der American Federation of Labor (Amerikanischer Gewerkschaftsbund), Samuel Gompers, im Jahre 1909 nach Europa unternahm. Praktisch ist bis jetzt dabei freilich nicht mehr herausgekommen, als der Austausch einiger schönen Reden und die billige Versicherung gegenseitiger Freundschaft. Umgekehrt ist auch kaum anzunehmen, daß die darauf erfolgten Agitationstouren von Führern der deutschen Sozialdemokratie in Amerika von wesentlichem Einfluß auf die Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung sein werden; die besonderen und oft eigentümlichen Erscheinungen der amerikanischen Arbeiterbewegung entstehen eben aus ganz bestimmten Ursachen und aus den anderen exotischen politischen und sozialen Verhältnissen des Landes heraus.

Zu dieser Erkenntnis wird jeder kommen, der die wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen Amerikas nicht bloß oberflächlich beobachtet, sondern sie gründlicher, auf Ursache und Wirkung hin untersucht und prüft. Zu dieser Erkenntnis ist auch der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Genosse Legien, gekommen, der jetzt die Erlebnisse und Eindrücke seiner dreimonatlichen Studienreise in Amerika, die dabei gesammelten Erfahrungen und gewonnenen Urteile, in einem vortrefflichen Buche*) veröffentlicht hat. Legiens Amerikareise war gleichsam der Gegenbesuch auf Gompers' Besuche bei deutschen Gewerkschaftsleitungen; sie galt der amerikanischen Gewerkschafts- und Parteibewegung in einem. Aber sie war zugleich auch mehr als eine bloße Agitationstour für den Sozialismus und die Gewerkschaftsfrage deutscher Auffassung: Es war dem Gen. Legien von vornherein darum zu tun, einen tieferen Einblick in das amerikanische Wirtschaftsleben, im allgemeinen und einen besonderen in das Wesen der amerikanischen Arbeiterbewegung zu gewinnen. Daß ihm das, trotz des relativ kurzen Aufenthalts von drei Monaten, gut gelungen ist, davon legt das Buch Zeugnis ab.

Auf den Teil des Buches, der eine allgemeine Schilderung des amerikanischen Lebens, des Versammlungswesens, Verkehrswesens, Hotelwesens, Schilderungen von Naturschönheiten und Reiseerlebnissen — unterstützt durch bildliche Darstellungen — gibt, soll hier nicht eingegangen werden. So interessant und lesenswert das alles ist: viel wichtiger ist das, was Legiens Buch über die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten enthält. Hier hat Legien es verstanden, in gedrängter Kürze alles das zu sagen und zusammenzufassen, was das Wesen der amerikanischen Arbeiterbewegung ausmacht. Und so wird das Buch nicht nur zu einer ausgezeichneten Informationsquelle, sondern der Verfasser bemüht sich auch, an alle Erscheinungen und Besonderheiten der Arbeiterbewegung Amerikas objektiv heranzutreten und auch ihre Ursachen einer ruhigen und sachlichen Prüfung zu unterziehen. Und gerade dieser Umstand erhebt Legiens Buch weit über andere ähnlicher Art. Wenn Genosse Legien in den Schlußbetrachtungen des Buches schreibt: „Ein abschließendes Urteil über die Arbeiterbewegung vermag ich nicht zu fällen . . . Ich bewundere die Fähigkeit von Leuten, die nach einem Aufenthalt von wenigen Monaten in den Vereinigten Staaten, ohne der Landessprache mächtig und über Newyork oder einige größere Städte des Ostens hinausgekommen zu sein . . . die Arbeiterbewegung der neuen Welt abschließend und nach ihrer Meinung zuverlässig beurteilen können." so spricht das nicht nur für seine Bescheidenheit, sondern auch zugleich für sein Buch.

Das maßvolle Urteil und die ruhige Sachlichkeit, die im allgemeinen Legiens Darstellung auszeichnet, bedürfen indessen doch eine kleine Einschränkung: Letzten Endes ist eben auch das sachlichste Urteil doch immer subjektiv gefärbt. Für den Genossen Legien sind die sozialistische Partei und die Gompersche Gewerkschaftsbewegung von vornherein die offiziellen und einzig maßgebenden Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten. Er nennt zwar ihre Taktik, die Art ihrer Tätigkeit und ihres Wirkens nicht unbesehen und nicht ganz kritiklos fein, urteilt aber doch über ihre unangenehmen Erscheinungen äußerst milde und nachsichtig. Wenn man diese Nachsicht bei der Beurteilung der Partei- und Gewerkschaftsrichtung, die mit Gompers nicht durch Dick und Dünn geht (der sozialistischen Arbeiterpartei und den Industrial Workers of the World) vermißt, so mag hierfür die einseitige und mangelhafte Information Legiens verantwortlich zu machen sein. Aber wenn man schon für den einen Teil Milderungsgründe übrig hat, muß man auch der anderen Seite mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen! — Die häßlichen Streitigkeiten zwischen den beiden in Amerika bestehenden Parteirichtungen ergeben sich — neben einer grundsätzlich und taktisch verschiedenen Auffassung des Klassenkampfes! — zum großen Teile aus der verschiedenen Stellung zu dem Gompersschen Gewerkschaftsbunde, aus dem jeder sozialistische Gedanke grundsätzlich verbannt ist. Alle Versuche, etwas sozialistischen Geist in diese im Grunde konservativ-zünftlerische Organisation hineinzubringen, sind bis jetzt an dem Unverstand der Führer und der Unreife und Verständnislosigkeit der Masse gescheitert. Nun muß man wohl verstehen, daß das wirkliche ziel- und klassenbewußte, sozialistisch fühlende und denkende Proletariat verbittern muß. Zumal wenn sie sehen, daß die so vielgerühmte politische und religiöse „Neutralität" des amerikanischen Gewerkschaftsbundes bei Lichte besehen, großer Humbug ist. Genosse Legien muß das ja selbst zugeben. Oder ist es etwa noch politische oder religiöse „Neutralität", wenn katholische Pfaffen auf den von katholischen Bischöfen „gesegneten" und „geweihten" Kongressen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes das große Wort führen, während das Wort „Sozialismus" aus den Versammlungen der dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Organisationen bei Strafe verpönt ist! Gewiß mögen die recht behalten, die der Ansicht sind, daß die organische Weiterentwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung nach der Richtung des Sozialismus nur auf der Grundlage der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen möglich ist, aber es heißt doch ein von keiner Sachkenntnis und Sachlichkeit getrübtes Urteil fällen, wenn man Anhänger der sozialistischen Arbeiterpartei in Bausch und Bogen als „Schädlinge" der Arbeiterbewegung hinstellt, wie das z. B. der Genosse Scheidemann in seinen amerikanischen Reisefizzen tut. Die Wahrheit erfordert dann aber auch zu sagen, daß von dem häßlichen, rüden Ton, mit der bedauerlicherweise beide sozialistische Richtungen gegenseitig ihre Preßpolemiken führen, auf jede Partei das gleiche Maß fällt, und es ist daher höchst ungerecht, dem einen Teil alle Schuld aufbürden zu wollen. Einsweilen ist auch die (zahlenmäßig bedeutungslose) sozialistische Arbeiterpartei noch offiziell als sozialistische Organisation anerkannt und als solche auch dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossen. Uns scheint, daß man dieser Tatsache ebensogut Rechnung zu tragen hat, wie der, daß die Sozialistische Arbeiterpartei in ihrem inneren Organisationswesen und in ihrer grundsätzlichen und taktischen Auffassung sicher dem wirklichen Sozialismus näher steht, als die große offizielle Sozialistische Partei, die sich allerdings einer besonderen amerikanischen „Eigenart" mehr angepaßt hat . . . Die andere Richtung einfach totzuschweigen, oder über die Ursachen und Gründe ihres Bestehens mit einer verächtlichen Handbewegung hinwegzugehen, das ist sicher ein sehr bequemes, aber auch ein höchst ungerechtes Verfahren.

In wohltuendem Gegensatze zu dem Genossen Scheidemann bemüht sich auch hier der Genosse Legien, möglichst objektiv, ohne indessen ganz gerecht zu sein. Dieser einzige Einwand, der gegen Legiens Darstellung zu erheben wäre, kann natürlich dem ausgezeichneten Buche von seinem großen Werte nichts nehmen. Wer sich über die amerikanische Arbeiterbewegung objektiv und eingehend unterrichten will, dem kann es nur empfohlen werden, und für jede Arbeiterbibliothek wird es eine wertvolle Bereicherung sein. K. B.

*) Aus Amerikas Arbeiterbewegung. Von Carl Legien. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Kommissionsverlag: Vorwärts-Buchhandlung, Berlin.

Professor Alfred Weber gegen Streikbrecherschutz.

Da die Aengstlichkeit vor dem Druck der Organisation auf den störenden, widerstrebenden Einzelnen im Laufe der Koalitionsrechtshetze zu der bekannten Schwenkung der Liberalen im Hansabund führte und selbst die Gesellschaft für soziale Reform der gewissenlosen Hetze der Scharfmacher erlegen ist, kann es mit besonderer Befriedigung begrüßt werden, daß sich doch einer der sozialpolitisch tundigen deutschen Professoren offen und auch mit Energie gegen die heuchlerische Hetze für den angeblichen Schutz armer bedrängter Arbeitswilliger wendet.

„Man kann sich gewiß einen Ruf nach Schutz der freien Arbeit denken, der grell und unheimlich klingen würde, den Notschrei terrorisierter, von ihren Mitarbeitern vergewaltigter Genossen . . . von Leuten, die zum Streik gezwungen werden, während sie verdienen wollen . . . Aber das ist nicht die Wahrheit: wir haben keinen Notschreier der Arbeitswilligen!" So sagt Prof. Alfr. Weber-Heidelberg in seiner zum Preise von 50 Pf. bei Ernst Reinhardt in München erscheinenden Broschüre Arbeitswilligenschutz. — Prof. Weber stellt fest, daß es sich nur um ein Unternehmergeschrei handelt, da die Herren Kapitalisten die Zeit für die Zertrümmerung der Arbeiterkoalitionen für gekommen halten. Die Zwangsarbeitsnachweise hatten trotz schwarzer Listen nicht den gewünschten Erfolg. Man gründete deshalb Scheinorganisationen, indem man käufliche Elemente zusammensuchte für gelbe Werkvereine, und hängte den Patriotismus „als prunkvollen Mantel um die mageren Knochen dieses kapitalistischen Kampfschäfts" — wie Weber sehr treffend sagt. Er erkennt aber auch, daß die Unternehmer nicht die ganzen Arbeiterrechte aufkaufen können, und deshalb jetzt die Absicht haben, ganze Arbeit zu machen, indem sie den Koalitionsgedanken zu zerbrechen trachten. Mit dem Streikpostenverbot träfe man „die Koalitionstendenz an einer ihrer Wurzeln . . . Sie wird eingekerkert, ihrer Lebensluft beraubt, erstickt. Das ist das eine, was man will." — Sehr kräftige Worte findet der Professor gegen die Forderung auf Verschärfung des gesetzlichen Arbeitswilligenschutzes, durch den die Arbeiterorganisationen „bis zur Unwirksamkeit gelähmt" werden sollten. Die Streikurteile der letzten Zeit hätten das deutlich bewiesen, und damit auch gezeigt, daß die Arbeitswilligen wahrhaftig Rechtsschutz genug genießen — „mehr als genug!" bestätigt Prof. Weber. Und er setzt dann auseinander, daß die weitere Beschränkung der Koalitionen zum Kulistaat führt. Mit ruhiger Konsequenz stellt der Verfasser schließlich fest — die Begründung dazu ist sehr lesenswert — daß das Recht der Koalitionen auf Festigung ihrer Formationen anerkannt werden müsse. Wörtlich sagt er: anerkennen müsse man „den sachlichen Druck, der darauf abzielt, die Nichtorganisierten zu veranlassen, in die Organisationen einzutreten; einen sachlichen Zwang, der z. B. darin besteht, daß man ihnen erklärt, man wolle mit ihnen nur als Organisierte noch zusammen arbeiten . . . . . Einen solchen sachlichen Organisationszwang werden wir bejahen müssen." — Gefriger Zwang, wie Ehrverletzung und ähnliches, dürfe jedoch nicht vorkommen.

So kommt der Verfasser zum Schluß zu einer Begründung der Erweiterung des Koalitionsrechts, wobei er noch besonders gleiche Behandlung von Unternehmern und Arbeitern nachdrücklich fordert.

Die Fehler der gediegenen kleinen Schrift sind ihre teilweise unständliche, teilweise zu sehr mit Fremdworten gespickte Gelehrtensprache und die völlig ideologisch gehaltene Einleitung, die bis zur achten Seite reicht. Aber hat man sich da hindurch gelesen, dann werden einem die weiteren 22 Seiten manche Belehrung und vielen auch innere Festigung bringen. Rednern, Gewerkschaftsfunktionären und sonstwie interessierten Genossen ist das Schriftchen für den Tageskampf wohl zu empfehlen. W. K.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140314-16/fragment/page=0014